

Daten +Analysen

Landesbetrieb für
Datenverarbeitung
und Statistik
Land Brandenburg



Quartalsheft

Öffentliche Ausgaben für Kultur 1998
nach Ländern



III
2001



Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk
Dipl. Wv. Holger-Jens Hoffmann
Telefon: (0331) 39 780
E-Mail: Holger-Jens.Hoffmann@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik
Dezernat Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: (0331) 39 403 - 405
Fax: (0331) 39 418
Internet: <http://www.brandenburg.de/lds/>
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

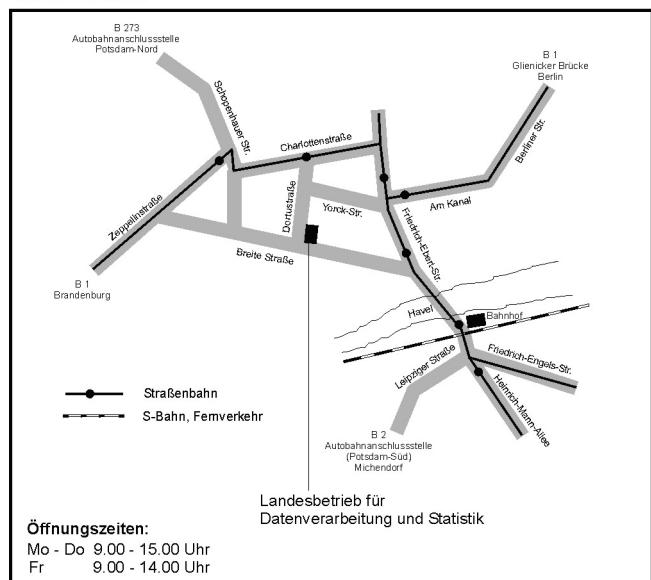
ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Dezember 2001
Preis: 8,00 DM

Auskünfte und Vertrieb

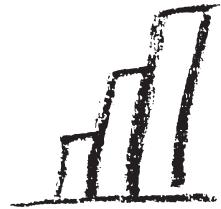
Informationsservice	Tel.	(03 31) 39 575
	Fax.	(03 31) 39 418
Vertrieb	Tel.	(03 31) 39 497
	Fax.	(03 31) 39 418

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

III 2001

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell

Immer mehr Familien ohne Kinder	5
Eine Million Gästeübernachtungen im Land Brandenburg	5
Nur noch leichter Bevölkerungsanstieg im Land Brandenburg	5
Erstmals über 3 Millionen Tonnen Getreide von Brandenburgs Feldern geerntet	5
Verdienstzuwachs im Handwerk Brandenburgs weniger als ein Prozent	6
Preisanstieg im Monat Oktober 2001 weiter abgebremst	6
Erstmals weniger Meister-BAföG	7
Jede siebente Lebensgemeinschaft im Land Brandenburg eine „Ehe ohne Tauschein“	7
Frauen im Alter eher pflegebedürftig als Männer- „Kurzbericht Pflegestatistik 1999“ liegt vor	8
Einführung hedonischer Methoden in die Preisstatistik	8
48. Tagung des Statistischen Beirates - Statistischer Beirat für bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer	8
Karte der Wahlkreise für die kommende Wahl zum 15. Deutschen Bundestag	9
Änderung des Saisonbereinigungsverfahrens beim Produktionsindex	9
Statistisches Bundesamt richtet Forschungsdatenzentrum ein	10
Bisher kein nennenswerter Effekt der Euro-Umstellung auf das Preisniveau beobachtet	10
Neue Schriftenreihe „Methodenberichte“ des Statistischen Bundesamtes	11
10 Prozent des deutschen Außenhandels im Jahr 2000 mit den Beitrittskandidaten	11
49. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker	12
Die Hochtechnikindustrien - Schlüsselsektoren in der Verarbeitungsindustrie -	12

Wussten Sie schon...?

Registergestützter Zensus	13
Kulturförderbericht 2000 erschienen	18
Investitionen für Umweltschutz im Jahr 1999	19

Beiträge

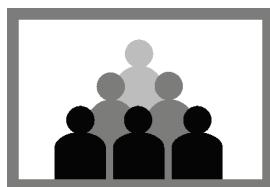
Aufbau des Unternehmensregisters URS 95 im LDS Brandenburg	21
Personal an den brandenburgischen Hochschulen.....	34
Wohlfahrt und Einkommen im Land Brandenburg	40
Löhne und Gehälter - Angestelltengehälter im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.....	56
Preisindex für die Lebenshaltung - Die Entwicklung ausgewählter Indexgruppen seit 1995	61
EVS 1998 - Aufwendungen Brandenburger Haushalte für den Privaten Verbrauch	67

Buchbesprechungen

Neue Veröffentlichungen

Aus Brandenburg

Immer mehr Familien ohne Kinder



Im Land Brandenburg gab es im Jahr **2000 1 051,6 Tausend Familien**, davon waren 57 Prozent (600,8 Tausend) Ehepaare, 12 Prozent (129,7 Tausend) allein stehende Männer und 31 Prozent (321,1 Tausend) allein stehende Frauen.

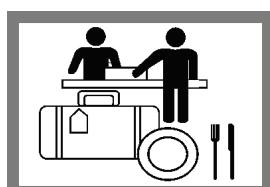
In den letzten zehn Jahren haben sich hier große Veränderungen ergeben. Seit 1991 zeigt sich folgende Entwicklung:

Die Zahl der Ehepaare ging um 5 Prozent zurück. Demgegenüber stieg der Anteil der allein stehenden Männer (+ 46 Prozent) und Frauen (+ 19 Prozent) an. Lebten im Jahr 1991 51 Prozent Familien ohne Kinder im Haushalt, so waren es im Jahr 2000 schon 57 Prozent.

Die traditionelle Eltern-Kind-Gemeinschaften werden immer weniger. Bei den **Ehepaaren mit Kindern** ist ein **Rückgang von 20 Prozent**, bei den **Ehepaaren ohne Kinder** ein **Zuwachs von 16 Prozent** zu verzeichnen.

Die Anzahl der **allein Lebenden** ist um **ein Viertel** angestiegen. Hier hatten den größten Anteil die allein Stehenden mit Kindern (+ 40 Prozent). Der Anteil der allein Stehenden ohne Kinder erhöhte sich gegenüber 1991 um 20 Prozent. Von den allein Stehenden mit Kindern waren im Jahr 2000 112,8 Tausend (75 Prozent) allein erziehend, hatten also Kinder unter 18 Jahren. Von 100 allein Erziehenden waren 19 Männer, 1991 waren 14 Männer allein erziehend.

Eine Million Gästeübernachtungen im Land Brandenburg

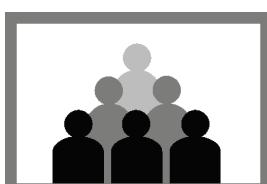


In den Brandenburger Beherbergungsstätten (mit mindestens neun Gästebetten) verweilten im **Monat Juni 2001** insgesamt **383 Tausend Gäste mit 1,0 Millionen Übernachtungen**. Bei den Ankünften bestand ein Zuwachs von 6,2 Prozent und bei den Übernachtungen von 3,2 Prozent.

Seit Jahresbeginn nutzten 1,4 Millionen Besucher mit 4,0 Millionen Übernachtungen Brandenburgs Beherbergungseinrichtungen. Das entsprach einem Anstieg bei den Gästen von 5,0 Prozent sowie bei den Übernachtungen von 4,6 Prozent. Elf der 13 Reisegebiete des Landes Branden-

burg erreichten ein höheres Übernachtungsaufkommen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit zweistelligen Zuwachsraten erreichten die Landeshauptstadt Potsdam sowie die Uckermark und die Prignitz besonders hohe Ergebnisse.

Nur noch leichter Bevölkerungsanstieg im Land Brandenburg

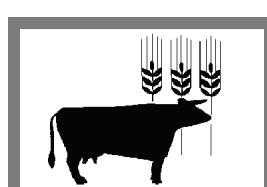


Nach ersten Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik lebten **Ende Dezember 2000** im Land Brandenburg **2 601 962 Personen** mit Haupt- bzw. alleiniger Wohnung.

Das sind 1 188 Personen mehr als am Ende des Vormonats. Gegenüber dem Jahresende 1999 war nur ein leichter Anstieg der Bevölkerungszahl um 755 Personen zu verzeichnen, da in den Monaten Januar bis April, im Juli und September die Bevölkerungsbilanz negativ ausfiel. Mit Ausnahme des Monats September gab es zwar monatlich Wanderungsgewinne, jedoch deutlich niedrigere als im Vorjahr. Daher reichten diese in den vorgenannten Monaten nicht aus, um die Sterbeüberschüsse auszugleichen.

Waren die Jahre 1995 bis 1999 vom Bevölkerungszuwachs geprägt, blieb die Bevölkerungszahl im Jahr 2000 relativ konstant.

Erstmals über 3 Millionen Tonnen Getreide von Brandenburgs Feldern geerntet



Die **Getreideernte 2001** bringt Brandenburgs Bauern voraussichtlich einen neuen **Ernterekord**. Die bisher vorliegenden Druschergebnisse aus der „Besonderen Ernteermittlung“ lassen erwarten, dass in diesem Jahr von Brandenburgs Feldern **3,13 Millionen Tonnen Getreide** (ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix) geerntet werden. Das ist die höchste jemals in Brandenburg eingebrachte Getreideernte.

Damit wird das bisherige Rekordergebnis von 2,79 Millionen Tonnen aus dem Jahr 1999 deutlich übertroffen (+ 12 Prozent). Gegenüber der durch Dürreschäden gekennzeichneten Vorjahresernte wird ein Drittel mehr eingebracht.

Die **Getreideanbaufläche** hat durch weitere Ausdehnung gegenüber dem Vorjahr um rund 5 000 Hektar auf nunmehr über 561 000 Hektar (+ 0,9 Prozent) einen neuen Höchststand erreicht. Vor allem liegt aber das Ertragsni-

veau mit 55,8 Dezitonnen Getreide pro Hektar über dem im Jahr 1999 erzielten bisherigen Rekord von 54,2 dt/ha.

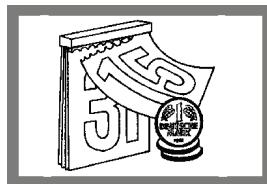
Spitzenerträge zeichnen sich vor allem beim **Roggen** und bei der **Wintergerste** ab. Beim Roggen wird erstmals in diesem Jahr ein Ertrag von mehr als 50 dt/ha erreicht. Das Land Brandenburg ist mit fast 254 000 Hektar Deutschlands größter Roggenanbauer vor Niedersachsen (159 000 Hektar). 30 Prozent der deutschen Roggenanbaufläche befinden sich in Brandenburg.

Die abgeschlossene Wintergerstenernte ergab einen Hektarertrag von über 67 dt/ha und übertraf damit den bisherigen Spitzenwert von 1999 um fast 10 Prozent.

Erste vorliegende Untersuchungsergebnisse der Verarbeitungseigenschaften bescheinigen dem Brandenburger Getreide auch in diesem Jahr eine hohe Qualität.

Inwieweit diese erfreulichen Ernteegebnisse sich für Brandenburgs Landwirte auch in entsprechenden Erlösen niederschlagen, muss abgewartet werden. Die zum Teil erheblichen Verluste durch die Dürreschäden des Vorjahrs können vermutlich nicht immer ausgeglichen werden.

Verdienstzuwachs im Handwerk Brandenburgs weniger als 1 Prozent



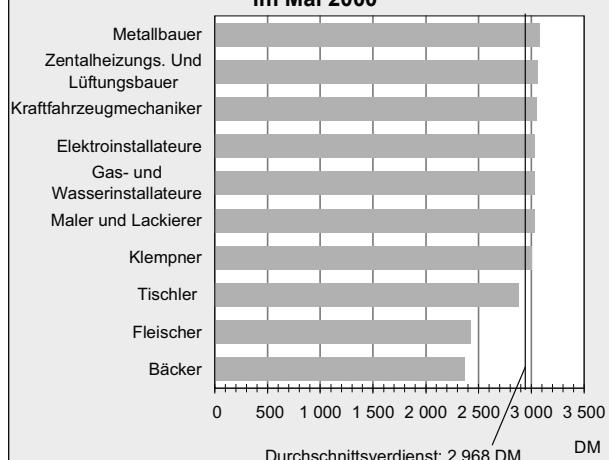
Die **Bruttomonatslöhne der vollzeitbeschäftigen Arbeiter und Arbeiterinnen** in zehn ausgewählten Handwerkszweigen Brandenburgs betragen im Mai 2001 durchschnittlich **2 968 DM**. Das waren nur 0,6 Prozent mehr als im Mai des Vorjahrs.

Gesellen kamen auf 3 018 DM und übrige Arbeiter erhielten 2 712 DM monatlich. Während Gesellen 0,8 Prozent Verdienstzuwachs verzeichneten, verdienten übrige Arbeiter 0,5 Prozent weniger als im Mai 2000.

Bei geringfügig veränderter Wochenarbeitszeit sind die **durchschnittlichen Stundenlöhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen** um 0,9 Prozent auf 17,06 DM gestiegen, darunter bei den Gesellen um den gleichen Prozentsatz auf 17,34 DM. Der durchschnittliche Stundenlohn der übrigen Arbeiter blieb mit 15,66 DM im Vorjahresvergleich nahezu unverändert. Die höchsten durchschnittlichen Stundenlöhne erzielten bei den Gesellen die Gas- und Wasserinstallateure mit 18,02 DM, gefolgt von den Malern und Lackierern mit 17,98 DM sowie den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern mit 17,88 DM. Mit weitem Abstand am Ende der Verdienstskala stehen Bäckergesellen mit 14,39 DM und Fleischergesellen mit 14,92 DM.

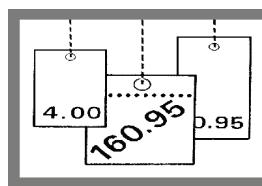
Der Verdienst der relativ wenigen **Frauen** - im Durchschnitt der zehn ausgewählten Handwerkszweige beträgt

Bruttomonatsverdienste vollzeibeschäftigter Arbeiter/innen im Handwerk in zehn ausgewählten Handwerkszweigen im Mai 2000



der Frauenanteil 7 Prozent - lag bei 77 Prozent des Männerverdienstes. Im Mai des Vorjahrs waren es knapp 76 Prozent.

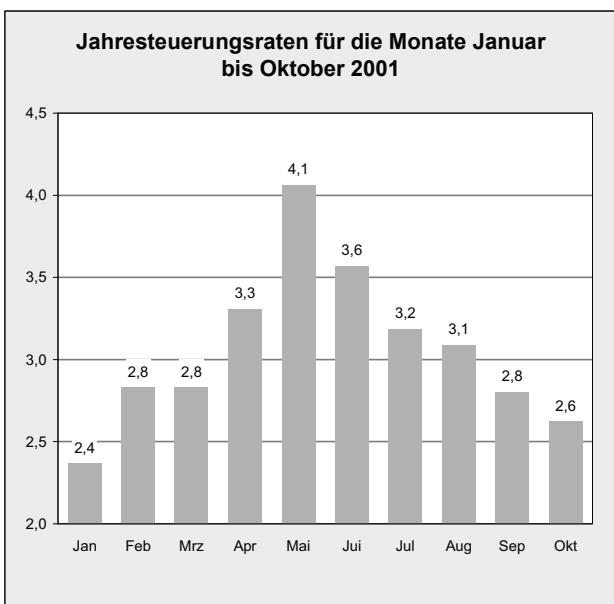
Preisanstieg im Monat Oktober 2001 weiter abgebremst



Der **Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte** für das Land Brandenburg sank von Mitte September 2001 bis Mitte Oktober 2001 um 0,4 Prozent auf einen Indexstand von 109,6 (Basis 1995=100). Die Jahresteuerungsrate gegenüber Oktober 2000 betrug + 2,6 Prozent.

Die **Verteuerung der Lebenshaltung** in Brandenburg hat sich damit im Oktober 2001 **weiter verlangsamt**. In der Betrachtung zum Vormonat trugen indexbeeinflussende Güter entscheidend zum Rückgang des Preisindex bei. So haben sich die Preise für Nahrungsmittel um 0,4 Prozent, Kaffee um 2,0 Prozent, Gas um 1,7 Prozent, Umlagen für Zentralheizung um 0,4 Prozent, Kraftstoffe um 5,7 Prozent sowie Pauschalreisen um 7,7 Prozent rückläufig entwickelt.

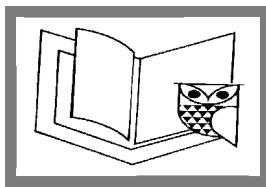
Für den **Teilindex Nahrungsmittel** konnte eine Preisberuhigung festgestellt werden, die einzelnen Gütergruppen entwickelten sich jedoch differenziert. Merklich preiswetter wurden Fleisch, Fleischwaren und Obst angeboten, dagegen mussten für Fisch, Gemüse und Molkereiprodukte höhere Preise bezahlt werden. Der Vorjahresvergleich zeigte aber deutlich, dass die Nahrungsmittel im Oktober 2001 wesentlich teurer waren als im Oktober 2000 (+ 8,4 Prozent).



Der Abstand zum Preisniveau des Vorjahresmonats betrug im Oktober 2001 + 2,6 Prozent. Die Teuerungsrate lässt damit eine weiter sinkende Tendenz zu den Vormonaten erkennen (September + 2,8 Prozent, August + 3,1 Prozent, Juli + 3,2 Prozent).

Die Berechnungen für die Monate Januar bis Oktober des Jahres 2001 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs ergaben für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte eine Veränderung von + 3,1 Prozent.

Erstmals weniger Meister-BAföG

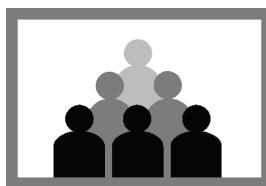


Am 1. Januar 1996 trat das Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz - AFBG) - auch als „Meister-BAföG“ bekannt -, in Kraft.

Mit der Förderung nach diesem Gesetz wird das **Ziel** verfolgt, Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung durch Vergabe von Zuschüssen und Darlehen finanziell abzusichern. Im Rahmen dieses Gesetzes werden Maßnahmen gefördert, deren Fortbildungsziel über dem Niveau einer Facharbeiter- oder Gesellenprüfung liegt und die Meisterebene nicht überschreitet.

Im Jahr 2000 gab es 85 Personen, die Anspruch auf eine finanzielle Unterstützung für die Fortbildungsmaßnahme oder für den Lebensunterhalt bzw. die Kinderbetreuung hatten. Diese Anzahl der Förderungsberechtigten ist seit 1996 zwar auf mehr als das Doppelte angestiegen, gegenüber dem Vorjahr aber erstmalig seit Einführung des Meister-BAföG rückläufig. Mehr als drei Viertel aller Förderungsberechtigten im Jahr 2000 waren Männer. Für die Aufstiegsfortbildungsförderung wurden im Jahr 2000 rund 6,8 Mill. DM bewilligt. Darin enthalten sind rund 6,0 Mill. DM Darlehen, der Rest sind Zuschüsse. Der **finanzielle Aufwand** ist bis 1999 ständig angestiegen, war aber im Jahr 2000 erstmalig rückläufig.

Jede siebte Lebensgemeinschaft im Land Brandenburg eine „Ehe ohne Trauschein“



Laut **Erhebungen des Mikrozensus** für Brandenburg aus dem Jahre 2000 lässt sich erkennen, dass in den letzten Jahren die nichtehelichen Lebensgemeinschaften stark zugenommen haben. Waren es im Jahr 1994 noch 62,0 Tausend „Ehen ohne Trauschein“, so stieg die Anzahl bis zum Jahr 2000 um fast 61 Prozent auf 99,6 Tausend an.

Damit waren im Land Brandenburg im aktuellsten Berichtsjahr **14,2 Prozent aller Lebensgemeinschaften nicht-ehelich**. In jeder zweiten dieser Lebensgemeinschaften lebten Kinder unter 18 Jahren. Die Frage, ob es sich bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften um „Ehen auf Probe“ oder um eine Alternative zur Ehe handelt, wird im Mikrozensus nicht gestellt. Die Tatsache, dass überwiegend die jüngere Generation sich für diese Form des Zusammenlebens entscheidet, spricht allerdings für sich. Mehr als die Hälfte der Partner waren jünger als 35 Jahre, 35 Prozent 35 bis unter 55 Jahre und neun Prozent 55 Jahre und älter.

Die meisten Männer und Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren ledig, zu fast gleichen Teilen geschieden bzw. verheiratet getrennt lebend. Den geringsten Anteil hatten verwitwete Partner. Der **Lebensunterhalt in nichtehelichen Lebensgemeinschaften** wurde überwiegend aus der Erwerbstätigkeit bestritten. So waren im Mai 2000 75,5 Prozent der Männer und 68,4 Prozent der Frauen berufstätig. Erwerbslos zu sein, gaben 13,6 Prozent der Männer und 15,4 Prozent der Frauen an. Der verbleibende Teil der Personen zählt zu den Nichterwerbspersonen. Das sind überwiegend Rentner und Studenten sowie Personen, die aus anderen Gründen an einer Erwerbstätigkeit kein aktuelles Interesse haben.

Aus Deutschland

Frauen im Alter eher pflegebedürftig als Männer - „Kurzbericht Pflegestatistik 1999“ liegt vor



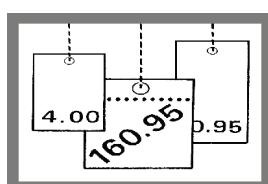
Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren im **Dezember 1999 2,02 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig** im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI); davon waren 69

Prozent (1,38 Millionen) Frauen. 80 Prozent der Pflegebedürftigen waren **älter als 65 Jahre** und 37 Prozent älter als 85 Jahre. Die Pflegebedürftigkeit nimmt mit dem Alter zu: Bei den 90-Jährigen und älteren Menschen sind 60 Prozent pflegebedürftig.

Die Frauen ab dem 80. Lebensjahr sind häufiger pflegebedürftig als Männer dieser Altersgruppen. So beträgt bei den Frauen der Altersgruppe von 85 bis 90 Jahren die Pflegewahrscheinlichkeit 42 Prozent, bei den Männern gleichen Alters hingegen 29 Prozent.

Nahezu drei Viertel (72 Prozent, 1,44 Millionen) der Pflegebedürftigen wurden im Jahr 1999 **zu Hause versorgt**. 1,03 Millionen Pflegebedürftige erhielten nur Pflegegeld, sie wurden also in der Regel zu Hause allein durch Angehörige versorgt. Weitere 415 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten; bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. 573 000 Pflegebedürftige (28 Prozent) wurden in Pflegeheimen betreut.

Einführung hedonischer Methoden in die Preisstatistik



Mit **Frage der Preismessung in der amtlichen Statistik** befasste sich ein internationales wissenschaftliches Symposium, das am 21. und am 22. Juni 2001 in Wiesbaden gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und von der

Deutschen Bundesbank veranstaltet wurde (siehe auch WiSta 6/2001, S.421). Dabei ging es um den Einsatz so genannter hedonischer Techniken zur Preismessung vor allem bei komplexen technischen Gütern.

Mit hedonischen Techniken können auf der Basis umfangreicher und detaillierter Datensammlungen und unter Anwendung komplexer mathematischer Modelle die **Beziehungen zwischen Qualitäts- und Preisveränderungen** eines Gutes quantifiziert werden. Preismessungen sollen zu Preisindizes führen, welche nur „reine“ Preisveränderungen - losgelöst von etwaigen Qualitätsverbesserungen

und -verschlechterungen - nachweisen. Für internationale Vergleiche, etwa der Preisentwicklung und des realen Wirtschaftswachstums, besitzt das Herausrechnen von Qualitätsveränderungen große Bedeutung.

In Deutschland verwendet das Statistische Bundesamt bei der **Berechnung amtlicher Preisindizes** international anerkannte und bewährte Qualitätsbereinigungsverfahren. Im Interesse einer ständigen Verbesserung des preisstatistischen Instrumentariums haben das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank **Fachleute aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich und Schweden** eingeladen, dort werden bereits hedonische Techniken bei ausgewählten Gütern eingesetzt.

Die in dem hochkarätig besetzten Symposium aufgezeigten Erfahrungen lassen erkennen, dass die sehr personalintensiven hedonischen Techniken unter bestimmten Bedingungen wichtige zusätzliche Erkenntnisse vor allem bei Gütern mit sprunghaften Innovationsschüben - wie zum Beispiel Personalcomputern - ermöglichen. Insoweit bieten hedonische Preismessungen die Chance, die statistische Informationsbasis zu verbreitern und abzurunden. Dem **Informationsgewinn in Teilebereichen** stehen allerdings erheblicher zusätzlicher Aufwand bei Datengewinnung und -verarbeitung sowie Belastung bei den Unternehmen gegenüber.

Das Statistische Bundesamt hat mit einem **Forschungsvorhaben** des ZEW eine Unterstützung der anderweitig gewonnenen Erfahrungen in seine Preismessungen eingeleitet. Die für eine umfassende Einführung hedonischer Techniken erforderlichen nicht unerheblichen Ressourcen stehen ihm allerdings derzeit nicht zur Verfügung.

48. Tagung des Statistischen Beirats am 19. Juni 2001 -Statistischer Beirat für bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer

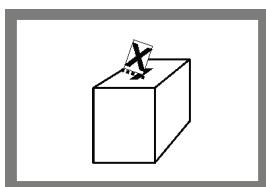
Der Statistische Beirat, das in § 4 des Bundesstatistikgesetzes für Grundsatzfragen der Bundesstatistik vorgesehene Beratungsgremium aus Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaft, unterstützte nachhaltig auf seiner 48. Tagung am 19. Juni 2001 in Wiesbaden die geplante **Einführung einer „bundeseinheitlichen behördenübergreifenden Wirtschaftsnummer“** durch die Bundesregierung: Für die Wirtschaft können Entlastungen von statistischen Berichtspflichten erwartet werden. Der Datenschutz innerhalb der amtlichen Statistik wird voll gewährleistet.

Die Bundesregierung möchte durch die Einführung der „Wirtschaftsnummer“ einen **Beitrag zum Abbau von Bürokratie** leisten. In einem Test soll das Verfahren zunächst in einzelnen Regionen mit ausgewählten Behörden auf Machbarkeit geprüft werden. Anschließend soll die inhalt-

liche und technische Ausgestaltung für eine flächendeckende Einführung ab 1. Januar 2005 festgelegt werden. Dafür wird ein Testgesetz vorbereitet. Der Statistische Beirat unterstützte im Zusammenhang mit der Erfüllung der Konjunkturverordnung der EU den **Paradigmenwechsel in der Wirtschaftsstatistik**, d. h. eine verstärkte Nutzung und Zusammenführung von Verwaltungsdaten, insbesondere der Steuer- und Arbeitsverwaltung. Dies ist umso mehr zu begrüßen, wenn es gelingt, auch geeignete Verfahren zur **Nutzung dieser Daten durch die Wissenschaft** zu finden. Er empfahl, dass dazu kurzfristig auf Bundesebene und von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder weitere Prüfungen zur Wirtschaftlichkeit und zur Qualität der Ergebnisse durchgeführt sowie die dafür erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Beirat hat sich schließlich mit dem Thema „Einstellung oder Weiterführung **getrennter statistischer Ergebnisse für West- und Ostberlin**“ befasst. Seit In-Kraft-Treten der Bezirksreform in Berlin zum 1. Januar 2001 gliedert sich Berlin nur noch in 12 anstatt bislang 23 Bezirke, die nicht mehr der früheren Teilung Berlins entsprechen. Der Beirat bat - unbeschadet der sich daraus ergebenden Nachweisungsprobleme - das Statistische Bundesamt, auch künftig in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Berlin „Ost - Westaufteilungen“ vorzunehmen, soweit von Seiten der Nutzer eine dringende Notwendigkeit besteht.

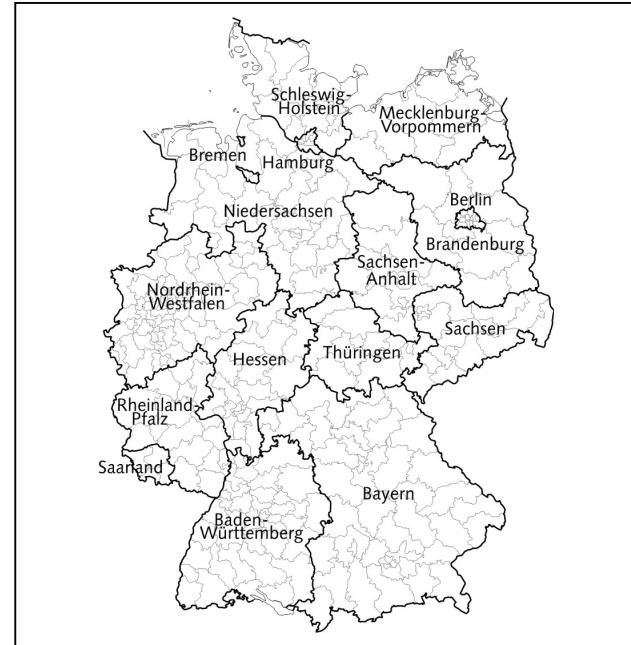
Karte der Wahlkreise für die kommende Wahl zum 15. Deutschen Bundestag



Wie der Bundeswahlleiter mitteilt, ist ab sofort eine „**Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag**“ erhältlich, die die zur kommenden Bundestagswahl gültige Wahlkreiseinteilung Deutschlands darstellt.

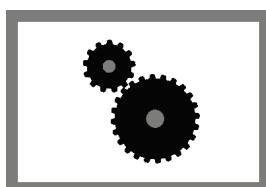
Aus der mehrfarbigen Karte sind die Nummern und Grenzen sämtlicher Wahlkreise mit ihrer Zusammensetzung aus Kreisen und kreisfreien Städten sowie gesondert die Wahlkreiseinteilung derjenigen Großstädte, die in mehrere Wahlkreise aufgeteilt sind, ersichtlich. Gegenüber der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 1998 hat der Gesetzgeber erhebliche Änderungen vorgenommen.

Umfangreiche Neuabgrenzungen von Wahlkreisen waren insbesondere deswegen erforderlich, weil die Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages ab der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag - vorbehaltlich der sich aus dem Bundeswahlgesetz ergebenden Abweichungen - von 656 auf 598 reduziert und die Zahl der Wahlkreise entsprechend von bisher 328 auf 299 verringert worden ist.



Auf das Land Brandenburg entfallen demnach entsprechend dem 16. Gesetz zur Änderung des BWG 10 Wahlkreise (Wahlkreise der Nr. 56 bis 65). Im Jahre 1998 waren zur Buntestagswahl es noch 12 gewesen.

Konjunkturindikatoren nach neuer Gliederung - Änderung des Saisonbereinigungsverfahrens beim Produktionsindex



Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, werden ab **Berichtsmonat Juni 2001** die berichtigten Produktions-, Auftragseingangs- und Umsatzindizes nach einer **neuen Hauptgruppengliederung** veröffentlicht. Demnach wird das „**Produzierende Gewerbe ohne Bau**“ untergliedert in „Vorleistungsgüterproduzenten“, „Investitionsgüterproduzenten“, „Gebrauchsgüterproduzenten“, „Verbrauchsgüterproduzenten“ sowie „Energie“. Diese Gliederung ist durch eine **EU-Verordnung** geändert und den Mitgliedstaaten verbindlich vorgegeben worden.

Die Zusammenfassung der vier Hauptgruppen „Vorleistungs-, Investitions-, Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten“ wird für die Nutzer bei den Produktionsindizes im Mittelpunkt der **konjunkturellen Analyse** stehen. Vom Bundesministerium der Finanzen und der Deutschen Bundesbank wird dieses Aggregat als „**Industrie**“ bezeichnet.

Neben inhaltlichen Änderungen in den bisherigen Hauptgruppen ist **eine fünfte Hauptgruppe „Energie“** neu eingeführt worden. Diese enthält den Unterabschnitt CA der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) Kohenbergbau usw., den Unterabschnitt DF Kokerei, Mineralölverar-

beitung usw. und den Abschnitt E Energie- und Wasserversorgung. Eine weitere wesentliche Änderung ist die nunmehr vollständige Zuordnung des Wirtschaftszweigs „34.10 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren“ zur Hauptgruppe „Investitionsgüterproduzenten“ (bisher wurde ein Teil der Pkw-Produktion schätzungsweise der Hauptgruppe „Gebrauchsgüterproduzenten“ zugeordnet). Ebenfalls von Bedeutung ist der Wechsel des Wirtschaftszweigs „34.30 Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren“ aus dem Vorleistungsbereich in den Investitionsgütersektor.

Die saison- und arbeitstägliche Bereinigung der Produktionsindizes wird mit dem Berichtsmonat Juni 2001 erstmals nach dem **neuen Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA** gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Census X-12-ARIMA ist das international bekannteste Verfahren zur Saisonbereinigung von Zeitreihen. Das Statistische Bundesamt übermittelt im Rahmen seiner internationalen Lieferverpflichtungen künftig nach Census X-12-ARIMA saison- und arbeitstäglich bereinigte Indizes an alle internationales Organisationen.

Für Deutschland stehen die nach Census X-12-ARIMA **saison- und arbeitstäglich bereinigten Produktionsindizes für alle Wirtschaftszweiggliederungen der WZ 93** und die Hauptgruppen zur Verfügung. Für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost wird eine Bereinigung allerdings nur für die Hauptgruppen und die wichtigsten Aggregate der WZ 93 durchgeführt.

Statistisches Bundesamt richtet Forschungsdatenzentrum ein

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, hat auf der **Konferenz „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“** am 21. September 2001 in Berlin mitgeteilt, dass sein Haus zum 1. Oktober 2001 ein „Forschungsdatenzentrum“ einrichten wird. Dadurch soll die **Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung** weiter verbessert werden.

In diesem Forschungsdatenzentrum werden **Daten zu den gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Verhältnissen und Entwicklungen in Deutschland** unter Wahrung der informationellen Selbstbestimmung und der statistischen Geheimhaltung für die deutsche und internationale Wissenschaft auf effizientem Wege nutzbar gemacht.

Das Forschungsdatenzentrum wird sich folgenden Kernaufgaben widmen:

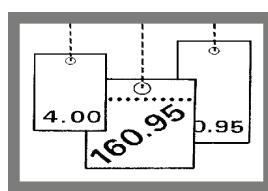
- Klärung von **Grundsatzfragen des Datenzugangs** im Sinne eines nutzerfreundlichen Mikrodatenangebotes unter Beachtung aller rechtlichen Anforderungen des Datenschutzes und des Statistikgeheimnisses.
- Bereitstellung und Dokumentation von wichtigen Datensätzen** als **Scientific Use Files** und auch als Public Use Files.
- Aufbau einer Infrastruktur für kontrollierte Datenfernverarbeitung**, langfristig auch durch den Einsatz von gesicherten Internetverbindungen.
- Ermöglichung von **Gastaufenthalten von externen Wissenschaftlern** im Statistischen Bundesamt.

Im Forschungsdatenzentrum wird noch in diesem Jahr mit dem **Forschungsprojekt „Faktische Anonymisierung von Einzeldaten über Unternehmen und Betriebe“** begonnen, um möglichst bald der Wissenschaft auch wirtschaftsstatistische Einzeldaten als Scientific Use Files anbieten zu können.

Das Forschungsdatenzentrum wird für die **Nachfrager von Mikrodaten aus der amtlichen Statistik** die erste Kontaktstelle darstellen. Hier können Interessenten aus der Wissenschaft detaillierte Informationen über die zur Verfügung stehenden **Datensätze und die Bezugsmodalitäten** erfragen, die Files beziehen und sich während der gesamten Zeit ihrer Datennutzung betreuen lassen.

Langfristig wird entsprechend den Empfehlungen der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur ein **Netzwerk von Forschungsdatenzentren in Deutschland angestrebt**, an dem sich auch die Statistischen Landesämter sowie andere nationale und internationale Datenproduzenten aus dem öffentlichen Bereich und der Wissenschaft beteiligen sollen.

Bisher kein nennenswerter Effekt der Euro-Umstellung auf das Preisniveau beobachtet



Das Statistische Bundesamt beobachtet seit einigen Wochen gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank die **Preisdynamik auf Grund der Umstellung von DM- auf Euro-Preise**.

Dazu werden ab April 2000 laufend etwa **18 000 Preisreihen ausgewählter Produkte des täglichen Bedarfs analysiert**, die üblicherweise zu so genannten „attraktiven“ Preisen angeboten werden. Als „**attraktiv**“ gelten glatte Preise und Schwellenpreise, d. h. Preise, die auf 0, 5, 8 und 9 enden. Erste Ergebnisse zeigen, dass auf attraktive Euro-Preise bislang nur vereinzelt umgestellt wird.

Ein nennenswerter Einfluss auf die Einzelindizes der untersuchten Güter ist - zumindest bis jetzt - nicht beobachtet worden. So wurden z. B. bei knapp 1 000 Nudelprodukten im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 2001 90 Preise geändert. Nur ca. 3 Prozent dieser Preisänderungen waren euro-induziert, d. h., diese Preise wurden von einem „attraktiven“ DM- auf einen „attraktiven“ Euro-Preis umgestellt. Der Einfluss dieser Preisänderungen auf den Einzelindex Nudeln, der sich im ersten Halbjahr 2001 im Vorjahresvergleich insgesamt um 2,7 Prozent erhöht hat, betrug zwischen 0,1 und 0,2 Prozentpunkten. Bei einigen anderen Produkten, z. B. Markenbutter, zeigte sich bisher überhaupt kein Effekt.

Generell ist die **Messung des Einflusses der Euro-Umstellung auf die Preisentwicklung sehr schwierig**. Ob Preisänderungen ausschließlich wegen der Euro-Umstellung erfolgen, oder aus anderen Gründen ohnehin stattgefunden hätten, aber anlässlich der Euro-Umstellung vorgenommen werden, lässt sich mit Preisbeobachtungen nur schwer entscheiden.

Neue Schriftenreihe „Methodenberichte“ des Statistischen Bundesamtes

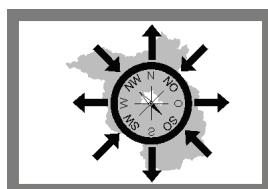
Das Statistische Bundesamt hat eine neue Schriftenreihe „Methodenberichte“ begonnen, um für eine breitere Fachöffentlichkeit die **Entwicklung mathematischer Methoden der amtlichen Statistik** zugänglich zu machen. Diese Reihe soll über neue mathematisch-statistische Methoden informieren, die zur Lösung aktueller Aufgaben der amtlichen Statistik entwickelt werden.

Zugleich sollen auch die **Kommunikation und Kooperation** mit der interessierten Öffentlichkeit, insbesondere der Wissenschaft, verstärkt werden. Jedes Heft der Schriftenreihe wird ein **mathematisch-statistisches Thema** behandeln. Jährlich werden in unregelmäßiger Folge ein bis zwei Hefte veröffentlicht.

Das erste Heft der Schriftenreihe informiert ausführlich über das neu entwickelte **Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998** sowie die bei seiner Anwendung aufgetretenen Probleme und Lösungen. Heft 1/2001 der Schriftenreihe „Methodenberichte“ kann in gedruckter Form zum Preis von DM 8,-- zuzügl. Versandkosten bezogen werden (Statistisches Bundesamt, Gruppe II A, 65180 Wiesbaden, Telefon: 0611/75-3546, Telefax: 0611/75-3951, E-Mail: gruppe-ii@destatis.de, Bestell-Nr. 9211010-98900) bzw. ist als Eröffnungsangebot kostenlos im Internet unter http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_methoden.htm abrufbar.

Aus Europa

10 Prozent des deutschen Außenhandels im Jahr 2000 mit den Beitrittskandidaten zur Europäischen Union

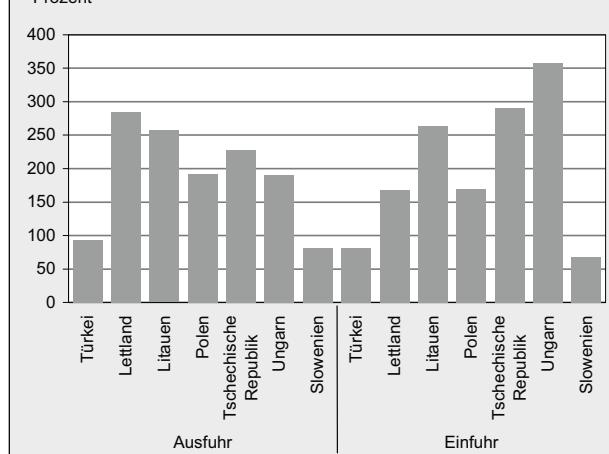


Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden mit den 13 Beitrittskandidaten zur Europäischen Union (EU) im Jahr 2000 **etwa 10 Prozent des deutschen Außenhandels** abgewickelt. Auf dem EU-Gipfel Ende 1999 in Helsinki wurden mit den Staaten Malta, Türkei, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Zypern insgesamt **13 Beitrittskandidaten für die EU-Erweiterung** bestimmt. Für die deutsche Außenwirtschaft sind diese Länder, in denen insgesamt knapp 170 Millionen Menschen leben, ein Markt von zunehmender Bedeutung und Perspektive.

Die **deutschen Ausfuhren in die 13 beitrittswilligen Länder** sind in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen. Während im Jahr 1993 noch Waren im Wert von insgesamt 39,9 Milliarden DM in diese Ländergruppe ausgeführt wurden, waren es im Jahr 2000 bereits 112,6 Milliarden DM. Dies entspricht einer **Steigerung von 183 Prozent**. Der Anteil der Exporte in das Gebiet der 13 Beitrittskandidaten an den Gesamtausfuhren Deutschlands nahm von 6,3 Prozent im Jahr 1993 auf 9,6 Prozent im Jahr 2000 zu. **Größter Handelspartner Deutschlands** innerhalb dieser Staatengruppe ist Polen, gefolgt von der Tschechischen Republik und Ungarn. Der Anteil der Exporte nach Polen an den Gesamtausfuhren in die beitrittswilligen Länder betrug im Jahr 2000 25 Prozent (1993: 24 Prozent).

Der deutsche Außenhandel mit ausgewählten EU-Beitrittskandidaten -Spezialhandel-

Veränderung 2000 gegenüber 1993



Hierbei war vor allem der **Handel mit Maschinen und Chemischen Erzeugnissen** von Bedeutung. Ähnlich expansiv haben sich auch die deutschen Einfuhren aus dieser Ländergruppe entwickelt. Die **Importe** stiegen von 1993 bis 2000 um insgesamt 199 Prozent. Der Anteil der Einfuhren aus den beitrittswilligen Ländern an den deutschen Gesamteinheiten stieg in dieser Zeit von 6,0 Prozent auf 9,6 Prozent. Wichtigster Handelspartner bei der Einfuhr war im Jahr 2000 die Tschechische Republik gefolgt von Polen und Ungarn. Auf diese drei Länder entfielen mehr als zwei Drittel aller Importe aus der Ländergruppe der Beitrittskandidaten. Aus der Tschechischen Republik wurden überwiegend Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie Maschinen eingeführt.

49. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker

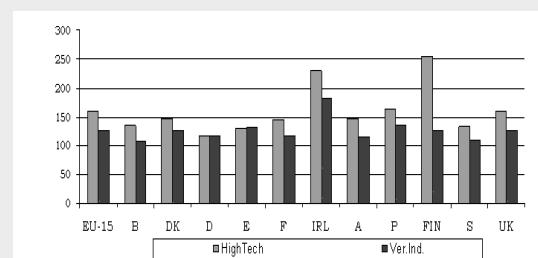
Vom **11. bis 13. Juni 2001** fand in Genf die 49. Plenarsitzung der Konferenz der Europäischen Statistiker (CES) statt, an der **Vertreter aus insgesamt 47 Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission der Vereinigten Nationen für Europa (ECE)** teilnahmen. Als Beobachter waren Vertreter aus Japan, der Republik Korea und der Mongolei anwesend, außerdem Statistiker zahlreicher internationaler Organisationen und EUROSTATS. Die **Erörterung des integrierten Statistikprogramms** konzentrierte sich in diesem Jahr auf die Bereiche **Nutzung des Internets** für die Erhebung und Vorbereitung von Daten, **neue Methoden und Standards** für die Konjunkturstatistiken und **Erfassung der Informationsgesellschaft** bzw. der so genannten New Economy.

Für den **Bereich der statistischen Erfassung** der New Economy wurde u. a. auch von deutscher Seite Handlungsbedarf bei der Definition dieses Phänomens auf internationaler Ebene angemahnt. Das CES-Büro wurde beauftragt, sich mit **Frage der Datengewinnung** über diesen Wirtschaftsbereich zu beschäftigen. Verschiedene Mitgliedstaaten stellten ihre **statistischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Erfassung der New Economy** vor. Der deutsche Vertreter berichtet u. a. über eine geplante Veröffentlichung des E-Commerce Handel mit Begriffsdefinitionen aus dem E-Commerce. Die Vertreter Kanadas und der Niederlande berichten über eigene Überlegungen auf dem Gebiet der statistischen Erfassung der New Economy bzw. Informationsgesellschaft, insbesondere über gefahren der Aushöhlung der traditionellen Handelsstatistiken, der Verschiebung innerhalb des Dienstleistungssektors von markt- zu nicht-marktbestimmten Dienstleistungen und des großen indirekten Einflusses der Informationstechnologien auf die statistische Erfassung der Wirtschaft, zum Beispiel im Hinblick auf Änderung der unternehmerischen Buchhaltung. Das **diesjährige Seminarthema „Statistiken über kleinräumige Gebiete und kleine Länder“** beleuchtet die Unterschiede in der Statistikproduktion zwischen großen und kleinen Staaten.

Die Hochtechnikindustrien Schlüsselsektoren in der Verarbeitungsindustrie

Im Kontext der Globalisierung der Wirtschaft fällt der Technologie bei der Steigerung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eine Schlüsselrolle zu. Nach **Analysen von EUROSTAT** im Bereich der strukturellen Unternehmensstatistik, zeichnen sich die sog. „Hightechindustrien“¹ deren Haupttätigkeit auf einem hohen Technisierungsgrad gegründet ist, durch ein überproportional hohes Wachstum ihrer wirtschaftlichen Schlüsselindikatoren aus.

Entwicklung des Umsatzes in der Verarbeitungsindustrie und in der Hightechindustrie, 1999 (1995 = 100)



Quelle: Eurostat - Datenbank SBS

Im Vergleich zu einem 26-prozentigen **Wachstum des Umsatzes** der Verarbeitungsindustrie im Zeitraum 1995-1999 zeichnet sich die Hightechindustrie demnach durch ein Wachstum von 60 Prozent aus. Im Jahre 1999 arbeiten nahezu 8 Prozent der in der Verarbeitungsindustrie Beschäftigten in einer Hightechindustrie. 43 Prozent des Umsatzes und 46,9 Prozent der **Beschäftigung** am Hightechmarkt gehen auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Herstellung von elektronischen Geräten und Nachrichtentechnik (NACE Rev. 1 DL 32) zurück. Großproduzenten in Finnland und Schweden (NOKIA und ERICSON) tragen im Zeitraum 1995-1999 zu der starken Ausweitung der Herstellung von elektronischer Ausrüstung und dem Vordringen der Nachrichtentechnik in Europa bei. 1998 erreicht die **Produktivität in der Hightechindustrie 68 900 ECU pro Beschäftigten** im Vergleich zu 51 400 ECU in der Verarbeitungsindustrie. Die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen nimmt (mit 80 200 ECU) den Spitzenplatz ein, während die elektronische Ausrüstung und die Nachrichtentechnik (mit 55 400 ECU) das Schlusslicht bilden.

¹ Die Kriterien für die Zuordnung eines Sektors zu den Hightechindustrien basiert dabei auf einer Klassifikation der OECD (Arbeitsunterlage der DSTI 1997/2-OECD/GD(97)216 – Revision der Klassifikationen der Hightechsektoren und -produkte). In die Untersuchung wurden demnach folgende Abteilungen und Gruppen der NACE Rev. 1 herangezogen: - DG 24.4 : Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen; - DL 30 : Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -maschinen und von Büromaschinen; - DL 32 : Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik;- DM 35.3 : Luft- und Raumfahrtzeugbau.

Der registergestützte Zensus - eine neue Art der Volkszählung

In den alten Bundesländern ist seit 1987 und in den neuen seit 1981 keine Volkszählung - eine Generalinventur der Bevölkerung - mehr durchgeführt worden. 1995 fand in den neuen Ländern eine Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) statt. In Anbetracht der umfassenden und sehr schnellen Veränderungen der letzten mehr als 10 Jahre in Deutschland kein wünschenswerter Zustand. Nach langer Diskussion der Wege, Zeiten und mehrfachen inhaltlichen Veränderungen ist die Erprobung eines neuen Weges zur Volkszählung in ein Gesetz gekleidet geworden. Eine wichtige Entscheidung. Die Zeit der Diskussionen ist zu Ende, praktische Schritte und zwar synchron in allen Bundesländern und im Statistischen Bundesamt werden in einem engen Zeitrahmen folgen. Anschließend wird die statistische Welt eine Facette mehr haben. Vielen Fragen müssen umfassend beantwortet werden.

1 Zensustestgesetz in Kraft

1.1 Anforderungen an die moderne amtliche Statistik

„In den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird die Statistik einmal als Datenlieferant und einmal als Dateninterpret wahrgenommen. Während die erste Rolle in Zukunft an Bedeutung eher zunehmen wird, scheint sich die Statistik als Dateninterpret von den Bedürfnissen der Sachwissenschaften zunehmend abzukoppeln.“¹

Darüber ließe sich trefflich streiten. Wir wollen zwar eine Informationsgesellschaft sein - informiert aber ist die Gesellschaft noch lange nicht. Der Datenfriedhof wächst weiter. Deshalb:

„Verantwortungsvolle Regierungsführung muss sich auf zuverlässige Informationen stützen. Zwar produziert die moderne Informationsgesellschaft Daten im Überfluss. Die Herausforderung liegt jedoch darin, der Politik relevante Informationen in die Hand zu geben.“²

Die Regierenden brauchen die Statistik als:

- Planungs- und Entscheidungsgrundlage,
- Instrument zur Problemerkennung und
- Bemessungsgrundlage für finanzielle Leistungen.

In Umkehrung brauchen die Regierten die Statistik zur Kontrolle der von ihnen Gewählten.

Daraus abgeleitet ergeben sich Anforderungen an die amtliche Statistik. Sie muss:

- zuverlässig,
- zeitnah,
- flexibel zu den Fragestellungen der Zeit und
- international vergleichbar sein.

Weiterhin soll sie:

- rationell arbeiten,
- die Befragten gering belasten und
- die Auskünfte vertraulich behandeln.

1.2 Das Zensustest-Gesetz

1.2.1 Entwicklung

Am 27.7.2001 wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus (Zensusvorbereitungsgesetz) mit der Unterschrift des Bundespräsidenten zum Gesetz. Es heißt jetzt laut Artikel 1: Gesetz zur Erprobung eines registergestützten Zensus (Zensustestgesetz - ZensTeG) und ist im Bundesgesetzblatt Teil I vom 2.8.2001 Nr. 40 Seite 1882 veröffentlicht.

Die Grundidee: Ein registergestützter Zensus - das ist eine Volkszählung mit Hilfe vorhandener Daten - soll in Deutschland künftig die herkömmliche körperliche Zählung ersetzen.

Damit ist nach einer langen Zeit fachlicher und parlamentarischer Diskussion die organisatorische Vorbereitung der neuen Volkszählung³ in seine entscheidende Phase getre-

¹ W. Kärner, Statistik in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Allgemeines Statistisches Archiv 85, S. 187-199

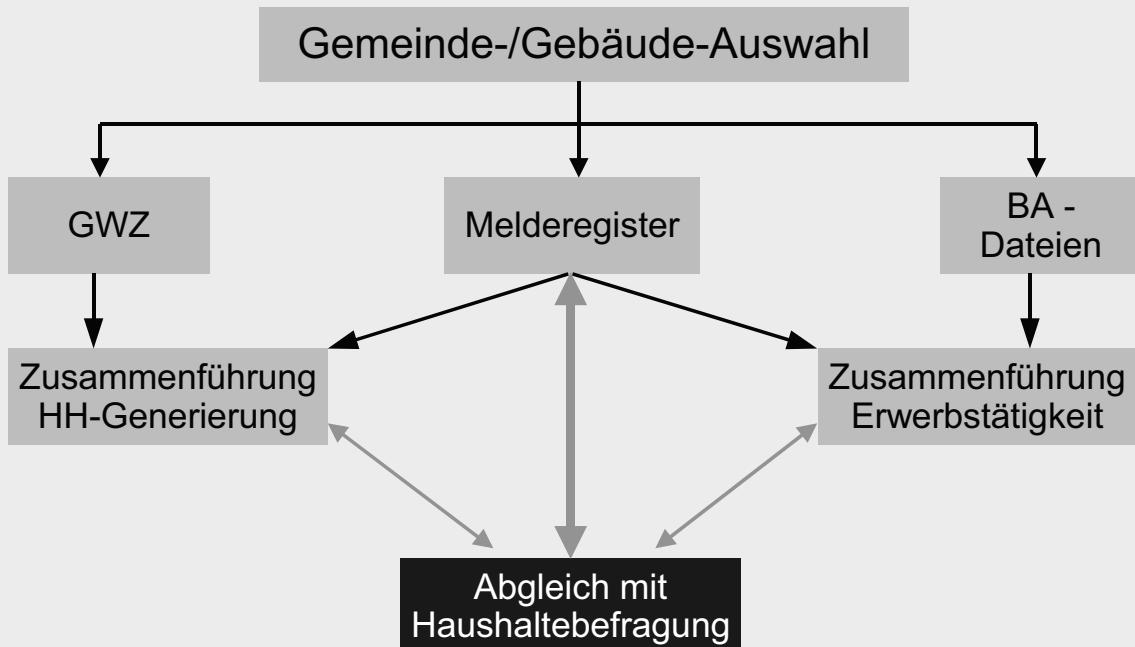
² Brigitte Zypris, Politik und Statistik, Allgemeines Statistisches Archiv 85, S. 141-150

³ Manfred Fest, Möglichkeiten des Einstiegs Deutschlands in einen registergestützten Zensus LDS Brandenburg Daten + Analysen 4/1999 S.11-13



Der registergestützte Zensus

Test-Modell für einen registergestützten Zensus



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

ten. Neben den skandinavischen Ländern, die diese Erhebungsmethode bereits anwenden, ist die Bundesrepublik damit eines der wenigen Länder, welches die breit ausgetretenen Volkszählungs-Pfade verlässt. Das passiert zum einen aus Akzeptanzgründen. Eine Vollerhebung, wie zum Beispiel kürzlich in der Türkei - Sonntags haben alle Bewohner „Stubenarrest“ und werden durchgezählt - würde von großen Teilen der deutschen Bevölkerung nicht akzeptiert werden. Zum anderen ist eine körperliche Zählung sehr teuer. Im Informationszeitalter bietet sich die stärkere Nutzung der bei den verschiedenen Landes und Bundesbehörden vorhandenen Register für die Zwecke der amtlichen Statistik an.

1.2.2 Inhalt

Das größte Problem ist dabei, dass die bei den verschiedenen Behörden vorhandenen Register für die Belange der jeweiligen Behörde geführt werden. Die statistischen Belange werden nicht in ausreichendem Maße in der erforderlichen Qualität und Quantität berücksichtigt, sie müssen im nachhinein generiert - d. h. erzeugt - werden.

Deshalb sind vor der generellen Einführung dieser neuen Volkszählungs-Methode zunächst umfangreiche Tests und Erhebungen durchzuführen. Dabei sollen die vorhandenen

Daten stichprobenartig auf ihre Statistiktauglichkeit geprüft, die Datenübertragung- und Verarbeitung erprobt und der Vergleich zu einer klassischen Zählung gezogen werden. Dies ist jetzt durch Gesetz angeordnet worden. Der Abgleich mit den Befragungen ist dabei der Kern des Tests, der bei der folgenden registergestützten Zählung natürlich entfällt.

Die Statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt haben dazu ein Modell⁴ entwickelt. Darin sollen vorhandene Daten aus den Meldeämtern, von der Bundesanstalt für Arbeit und einer postalischen Befragung der Gebäudeeigentümer genutzt werden.

Insgesamt wird mit drei Stichproben gearbeitet.

1. **Mehrfachfallprüfung:** Zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl einer Gemeinde - eine wichtige Größe für die finanzielle Ausstattung - wird eine Geburtstags-Stichprobe durchgeführt. Diese wird mit einer Erhebung der Gesamtzahl der gemeldeten Perso-

⁴ Dr. M. Fürnrohr, B. Rimmelsberger, Testuntersuchungen zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus, Monatsheft des Statistischen Landesamtes Saarland, 4/2001 S. 3-9



Das Testverfahren

Vorgesehene Stichproben

Stichprobe „Mehrfachfallprüfung“

- Ermittlung der Zahl der Mehrfachfälle
- Verfahrenstest Datenübermittlung Meldebehörden – Landesämter
- Entwicklung von Verfahren zur Korrektur von Mehrfachfällen

Stichprobe „Registertest“

- Ermittlung der Zahl der Karteileichen und Fehlbestände
- Untersuchung der Merkmalsqualität der Melderegister

Unterstichprobe „Verfahrenstest“

- Test einer postalischen Gebäude/Wohnraumzählung
- Weiterentwicklung der Zusammenführung/Haushaltsgenerierung
- Entwicklung von Verfahren der statistischen Qualitätskontrolle im Rahmen der Zusammenführung /Haushaltsgenerierung
- Entwicklung von Verfahren zur Zusammenführung von Melderegisterdaten mit Daten der BA, Qualitätsuntersuchungen der BA Dateien

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

nen als Grundlage der Bevölkerungszahl kombiniert. Betroffen sind die Melderegisterdaten von ca. 1,2 Prozent der Brandenburger, also etwa 31 000, darunter ca. 10 000 mit unvollständigem Geburtsdatum.

2. **Registertest:** Um die Statistiktauglichkeit der Melderegister zu prüfen, werden die Daten aus einer zweiten Stichprobe des Melderegisters mit einer realen Befragung (nach der klassischen Volkszählung) verglichen. Das betrifft in Brandenburg 48 Kommunen mit rund 12 760 Haushalten und fast 30 000 Personen.
3. **Verfahrenstest:** Der Kern des Zensustests. Die erzeugten statistischen Haushalte und die Angaben der Wohnungseigentümer werden wiederum mit dem klassischen Verfahren der „Vor Ort-Befragung“ verglichen. Hier werden aus 17 Kommunen Brandenburgs mit 1 010 Gebäuden rund 5 630 Haushalte mit fast 13 000 Personen befragt.

Als „statistischer Stichtag“ ist der 5.12.2001 festgelegt. Eine zweite Datenlieferung zu Vergleichszwecken erfolgt zum 31.3.2002 aus den Meldeämtern. Damit sollen Aufschlüsse zu den zeitlichen Veränderungen, besonders dem Nachlauf im Meldeverhalten, ermittelt werden.

Bei unlogischen Zusammenhängen lässt das Gesetz eine zusätzliche Befragung der betreffenden Person zu, um diese Fehlerquelle auf der Erhebungsseite zukünftig auszuschließen.

Weiterhin wird untersucht, welche im Testgesetz vorgesehenen Liefermerkmale aus den Registern für das endgültige Verfahren wirklich benötigt werden und auf welche verzichtet werden kann. Genauigkeits- und Aufwand-Nutzenuntersuchungen runden den Versuch ab.

1.2.3 Organisation

Neben der Organisation der umfangreichen Datenlieferungen von den Meldeämtern, den Grundsteuerstellen, den Finanzbehörden und der Bundesanstalt für Arbeit, muss der Einsatz von ca. 135 Erhebungsbeauftragten vorbereitet werden. Diese sind zur direkten Haushaltebefragung und teilweisen Aufklärung unplausibler Ergebnisse aus den einzelnen Stichproben eingesetzt. Besonders große Aufmerksamkeit muss sicherlich dem Problem der unterschiedlichen Datenformate der liefernden Stellen, die mit sehr unterschiedlicher Rechen- und Programmtechnik ausgerüstet sind, gewidmet werden.

Der LDS Brandenburg hat bei der Programmierung und den umfangreichen Tests der Haushaltegenerierung einige wichtige Aufgaben zusätzlich zum „normalen Zensustest“ übernommen. Die Vorbereitung des Ersteinsatzes, der Erprobung und der Optimierung dieser Programme wird große schwer vorauszusehende Anstrengungen erfordern.

Bei den drei in der Stichprobe des Verfahrenstests enthaltenen kreisfreien Städten (Frankfurt(Oder), Cottbus und Potsdam) werden die Erhebungsbeauftragten mit Laptops ausgerüstet. Dazu ist ein Anpassungsprogramm entwickelt worden. Dieses Verfahren hat sich beim Mikrozensus bewährt und wurde für den Zensustest weiterentwickelt.

Wegen des Testcharakters der Untersuchung ist ein sehr diskontinuierlicher Arbeitsanfall zu erwarten. Besonders wenn die Befragungsergebnisse aus den Fragebögen übernommen werden müssen. Der als „Grundlast“ bis Mitte 2003 anfallende personelle Aufwand wird durch die Weitergabe der Aufgaben bewerkstelligt. Zur Personen-, Haushalts- und Wohnungsbefragung - an die Mitarbeiter des Mikrozensus. Den Datenabgleich mit der Bundesanstalt für Arbeit übernehmen die Mitarbeiter des Arbeitsmarktes. Neben zusätzlicher Programmierkapazität werden zeitweilige Umbesetzungen erforderlich werden. Nach ersten Planungen werden etwa 1 300 Tausend DM einschließlich der Arbeiten zur Haushaltegenerierung benötigt, davon sind bisher 900 Tausend DM durch eine Servicevereinbarung gesichert. Sparsames haushalten ist ange sagt.

2 Ziel

2.1 Fragen über Fragen

Es liegt in der Natur eines Tests, dass umfangreichere Erhebungen, als sie für das endgültige Prozedere erforderlich sind, durchgeführt werden. Die entscheidenden Fragen, die mit diesem Test beantwortet werden müssen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Zur Genauigkeit und zum Aufwand-Nutzen:

- Wie ist in etwa das Verhältnis von den aufgewandten Kosten zur erreichten und eventuell erwünschten Genauigkeit in den unterschiedlichen räumlichen Gliederungen? Welches ist die kleinste von der Genauigkeit noch vertretbare räumliche Einheit? Das schließt eine Diskussion der gewünschten und realisierten Genauigkeiten ein.
- Mit welcher Genauigkeit und bis zu welcher räumlichen Gliederung lassen sich die Daten zu den Haushalten, Familien und Gebäuden ermitteln?

- Sind die vorhandenen Daten ausreichend genau analog einer klassischen Volkszählung? Welche Verbesserungen sind mit welchem Aufwand möglich?

Zu den statistischen Grundlagen:

- Welche zusätzlichen Anforderungen müssen an die vorhandenen Register gestellt werden, damit diese die Anforderungen der Statistik erfüllen können? Welche eigenen Dateien bzw. Register muss die Statistik aufbauen oder sollten an anderer Stelle eingerichtet werden, welche kann sie nutzen?
- Lassen sich durch mathematische Verfahren aus den gegenwärtig vorhandenen Dateien für die Belange der amtlichen Statistik Zusammenhänge mit ausreichender Genauigkeit und kleinerräumiger Gliederung erzeugen? Das betrifft besonders die amtlichen Einwohnerzahlen und statistisch wichtige Familien- und Haushaltsdaten.
- Ist eine postalische Gebäude- und Wohnungszählung bei den Wohnungseigentümern oder eine Befragung der Bewohner sinnvoll?
- In welcher zeitlichen Folge und in welchem Umfang sollen die Zensen der neuen Art durchgeführt werden? Wie ist ihre Einbindung in die vorhandenen Erhebungen - Mikrozensus u. a. periodische Erfassungen? Welche statistischen Sicherungen und Prüfungen sind erforderlich?
- Wie ist die Vergleichbarkeit mit den anderen Staaten der EU, die noch die klassische Volkszählung anwenden, zu sichern? Wie wird in Deutschland eine neue valide Basis für die Bevölkerungsfortschreibung gesichert?

Zu den organisatorischen Veränderungen:

- Welche technischen und organisatorischen Voraussetzungen müssen auf der datenliefernden und der -empfangenden Seite vorhanden sein oder geschaffen werden?
- Welche Anforderungen (inhaltlich, zeitlich, Menge und Qualität) sind an die Datenbereitstellung und die Datenübermittlung zu stellen und auf welche kann unter welchen Bedingungen verzichtet werden?

2.2 Versuch der Beantwortung

Der Abschlussbericht des registergestützten Zensustestes wird nach jetzigen Planungen etwa im September 2003 vorliegen können. Danach könnte der registergestützte Zensus, sofern der Deutsche Bundestag auch das dafür erforderliche Gesetz beschließt, in der 15. Wahlperiode durchgeführt werden.

An den „Zensus-Test“ werden sich aus diesem Grund die Vorbereitungen zum „Zensus neuer Art“ direkt anschließen müssen. Wie es bei neuen Lösungen meist ist, wird sich - zumindest in den ersten Jahren - eine beständige Weiterentwicklung erforderlich machen.

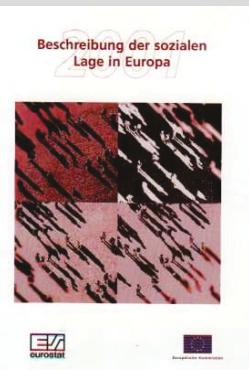
3 Resümee

Alle an diesem anspruchsvollen neuen Verfahren der amtlichen Statistik Beteiligten sind sich einig: Mit diesem Schritt wird im Informationszeitalter eine neue Form der amtlichen statistischen Erhebung erprobt. Sie muss, wenn sie erfolgreich sein will, die im Punkt 1 genannten Forderungen erfüllen - besser übertreffen. Wenn der Test erfolgreich verlaufen sollte, wird dieses Beispiel die amtliche Statistik stark befähigen. Den Nutzen werden alle Bürger des Landes haben.

Petra Herzog, Dr. Jürgen Hübner

Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001

Dies ist die **zweite Ausgabe** des Jahresberichts über die soziale Lage Europas, mit dessen Hilfe sich die sozialen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten verfolgen lassen.



Die Veröffentlichung bietet eine umfassende Betrachtung der demographischen Entwicklungen und der sozialen Bindungen als Hintergrund für sozialpolitische Maßnahmen und stellt Verbindungen zu anderen Jahresberichten der Kommission, etwa über Beschäftigung, Sozialschutz, Arbeitsbeziehungen und Chancengleichheit in Europa her.

Aus dem Inhalt:

Abschnitt I : Soziale Trends und sozialpolitische Maßnahmen

- 1.1 Die wichtigsten sozialen Trends
- 1.2 Sozialer Zusammenhalt
- 1.3 Schlussfolgerung

Abschnitt II : Die wichtigsten sozialen Entwicklungen

- 2.1 Bevölkerungstrends und zugehörige Themen
- 2.2 Lebensbedingungen
- 2.3 Einkommensverteilung
- 2.4 Vertrauen in die Gesellschaft und soziale Beteiligung

Abschnitt III : Sozialpolitische Themen (enthält einige harmonisierte Sozialindikatoren)

Bestellungen an:

Statistisches Bundesamt

i-Punkt Berlin/ Eurostat Data Shop
Otto-Braun-Straße 70/72
10178 Berlin



Telefax: (0 18 88) 644 94 30



E-Mail: datashop@destatis.de



Deutschlandweit über 12 Milliarden DM öffentliche Ausgaben für Kultur

Kulturfinanzbericht 2000 erschienen

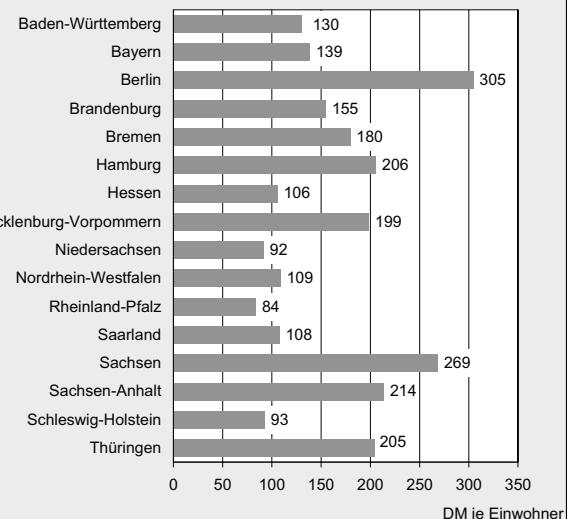
Bund, Länder und Gemeinden gaben 1998 in Deutschland 12,1 Mrd. DM für Kultur aus. Hierzu zählten Ausgaben für Theater, Musikpflege, nichtwissenschaftliche Bibliotheken und Museen, Denkmalschutz, sonstige Kulturpflege sowie die Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten. Nominal und je Einwohner betrachtet sind die öffentlichen Ausgaben für Kultur demnach in Deutschland seit dem Jahre 1995, mit geringfügigen Schwankungen weitgehend konstant geblieben. Lagen sie im Jahre 1995 bei 12 070 Mill. DM, so stiegen sie bis zum Jahre 2000 bis auf 12 322 Mill. DM an (+ 2,1 Prozent).

Bezogen auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt erreichten die öffentlichen Ausgaben für Kultur 1998 einen Anteil von 0,3 %. Insgesamt stellten die öffentlichen Haushalte für den Kulturbereich 1,2 % ihres Gesamtetats zur Verfügung, das waren 147 DM je Einwohner. Der größte Teil der Kulturausgaben wurde mit 5,5 Mrd. DM für die **Bereiche Theater und Musik** aufgewendet. Für nichtwissenschaftliche Museen stellten Bund, Länder und Gemeinden 2,0 Mrd. DM zur Verfügung, für nichtwissenschaftliche Bibliotheken 1,3 Mrd. DM. Für **kulturnahe Bereiche** (Rundfunk, Fernsehen, kulturelle Angelegenheiten im Ausland, kirchliche Angelegenheiten, wissenschaftliche Museen und Bibliotheken, Volkshochschulen, Kunsthochschulen) wendeten Bund, Länder und Gemeinden 1998 weitere 5,6 Mrd. DM auf.

Von den **öffentlichen Kulturausgaben im Jahre 1998** entfielen 6,4 Mrd. DM bzw. 52,7 % auf die Gemeinden. Die Länder beteiligten sich mit 5,3 Mrd. DM (43,7 %) und der Bund mit 0,4 Mrd. DM (3,6 %). Die Kulturausgaben der Bundesländer (einschließlich Stadtstaaten) summieren sich demnach auf insgesamt rund 11,6 Mrd. DM (96,4 Prozent). Im Land Brandenburg betrugen die Ausgaben für Kultur im Jahre 1998 399 Mill. DM. Pro Kopf der Wohnbevölkerung wurden mit 155 DM mehr öffentliche Mittel für Kultur aufgewendet, als im Durchschnitt der Länder insgesamt (142 DM). Der Anteil der öffentlichen Kulturausgaben am landesweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag mit 0,51 Prozent ebenfalls über dem Länderdurchschnitt von 0,31 Prozent. Die höchsten pro-Kopf-Werte wiesen Berlin mit 305 DM und Sachsen mit 269 DM je Einwohner auf.

Bei einer **Ost-West-Betrachtung** der öffentlichen Ausgaben für Kultur zeigt sich, mit Ausnahme der Stadtstaaten, dass die alten Bundesländer zumeist deutlich geringere Ausgaben je Einwohner aufweisen. So liegt der Durch-

Öffentliche Ausgaben für Kultur 1998 nach Ländern



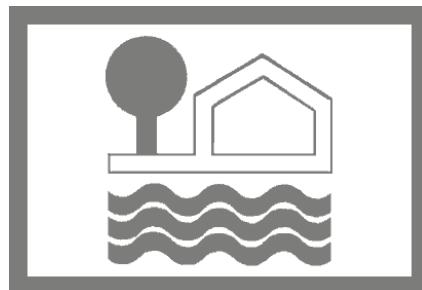
schnitt der neuen Länder ohne Berlin bei rund 208 DM je Einwohner, während die während die alten Länder mit Ausnahme der Stadtstaaten auf einen Durchschnittswert von rund 108 DM je Einwohner erreichen. Die auf der Basis der Wohnbevölkerung bzw. des BIP indexierten Ausgaben im Land Brandenburg waren jedoch im Jahre 1998 verglichen mit den übrigen neuen Bundesländern deutlich geringer.

Die vorstehenden Angaben entstammen dem "Kulturfinanzberichts 2000", welcher vom **Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz erarbeitet wurde**. Der **erstmal**s von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder **herausgegebene Bericht** enthält umfassende **Informationen zur Entwicklung und Verteilung der Kulturausgaben**, der Verteilung nach Bundesländern, Körperschaften und Kulturbereichen sowie detaillierte Tabellen und Grafiken.

Der Kulturfinanzbericht 2000 kann über das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und über den Buchhandel bezogen werden. Die **elektronische Version** ist auch im Statistik-Shop (www.destatis.de/shop) des Statistischen Bundesamtes erhältlich.

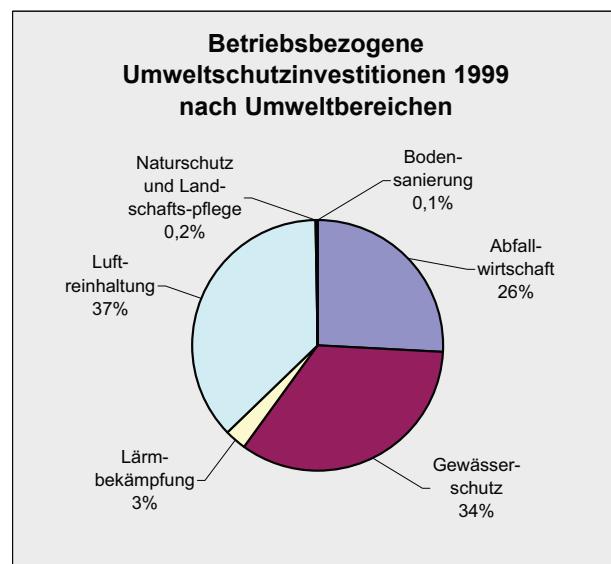
Holger-Jens Hoffmann

Investitionen für Umweltschutz im Jahr 1999 erneut rückläufig



Im Jahre 1999 investierten 95 Betriebe und 64 Unternehmen des produzierenden Gewerbes¹ Brandenburgs in den Umweltschutz. Die Betriebe erreichten damit ein **Gesamtvolumen der Umweltschutzinvestitionen von 108 Millionen DM**. Die Anzahl von Betrieben mit Umweltschutzinvestitionen sowie auch die finanzielle Höhe der investiven Maßnahmen sind damit auf den niedrigsten Stand seit dem Basisjahr 1991 gefallen. **Gegenüber dem Jahr 1998 ist ein Rückgang der Investitionen in den Umweltschutz um 58 Prozent** zu verzeichnen. Das bisher höchste Niveau erreichten diese mit rund 1,4 Mrd. DM im Jahre 1994. Das seitdem sinkende Investitionsvolumen deutet auf den insgesamt gesunkenen Bedarf betriebsbedingter Umweltmaßnahmen im Lande hin. Ein Großteil erforderlicher Maßnahmen wurde daher in 1993 bis 1995 wirksam. Diese Jahre zeichneten sich ebenfalls durch Spitzenwerte des betrieblichen Investitionsvolumens insgesamt aus (1994: 6,14 Mrd. DM).

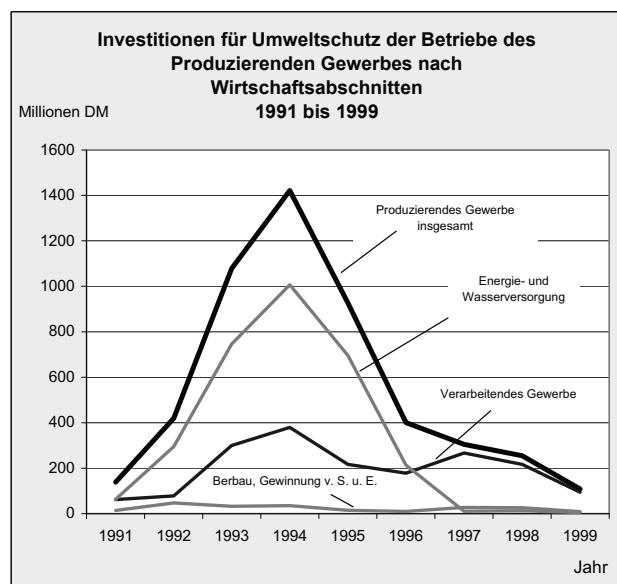
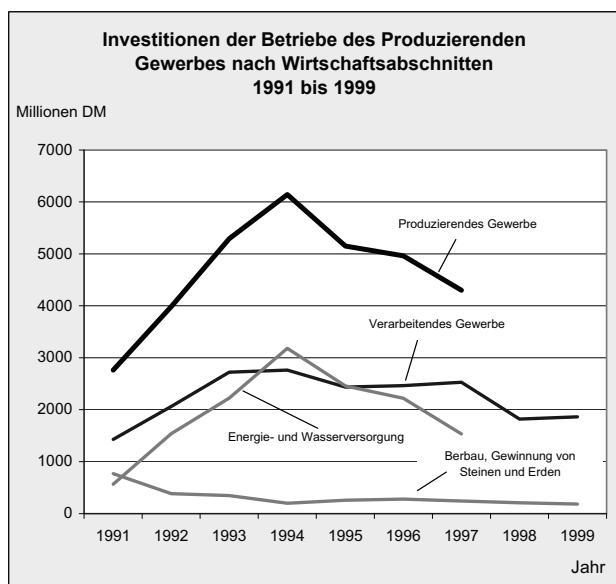
Die Brandenburger Betriebe des Bergbaus und der Industrie investierten im **Jahr 1999** insgesamt ein Volumen von **rund 103 Millionen DM in Maßnahmen für den Umweltschutz**. Gemessen an den Gesamtinvestitionen der Betriebe von rund 2,04 Mrd. DM entfiel auf speziell auf den Umweltschutz ausgerichtete Maßnahmen ein Anteil von lediglich rund 5 Prozent.. 1998 lag dieser Anteil noch bei 12 Prozent bei fast konstantem Gesamtinvestitionsniveau (1998: 2,03 Mrd. DM). Damit **sanken die Umweltschutzinvestitionen** gegenüber dem Jahr 1998 um rund 58 Prozent oder 140 Millionen DM ab.



Schwerpunktmaßig wurde 1999 in **Maßnahmen zur Reinhal tung der Luft** (38 Millionen DM, 37 Prozent), in den **Schutz von Gewässern** (35 Millionen DM, 34 Prozent) und in die **Abfallwirtschaft** (27 Millionen DM, 26 Prozent) investiert. In die **Lärmbekämpfung**, den **Naturschutz und die Landschaftspflege** sowie in die **Bodensanierung** flossen nur 3 Millionen DM (3 Prozent) der aufgewandten Mittel.

Der **Rückgang der Umweltschutzinvestitionssumme um 140 Millionen DM** resultiert mit 97 Millionen DM größtenteils aus der **Abnahme im Bereich der Luftreinhaltung**, wobei in diesen Bereich in den Jahren 1996 bis 1998 bereits in Höhe von insgesamt 662 Millionen DM investiert wurde. Maßgeblichen Anteil an diesem Rückgang hatten die **Betriebe des Vorleistungsgüterproduzierenden Gewerbes**. Wurden dort 1998 noch 133 Millionen DM für die Luftreinhaltung ausgegeben, waren es 1999 nur noch 32 Millionen DM.

¹ Zum Berichtskreis des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) im Rahmen der jährlichen Investitionserhebung entsprechend Umweltstatistikgesetz (UStatG) zählen Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten sowie der Energie- und Wasserversorgung.



Mit 88 Millionen DM (86 Prozent) hat die **Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten** den größten Anteil an den insgesamt im Jahr 1999 getätigten Umweltschutzinvestitionen. Auf die Verbrauchsgüterproduzenten entfällt ein entsprechender Anteil von 13 Prozent (13,4 Mill. DM).

Betrachtet man die **Verteilung der Umweltschutzinvestitionen nach Wirtschaftszweigen** der Brandenburger Industrie, so zeigen sich sowohl dem absoluten Betrage nach wie auch für den Anteil am Investitionsvolumen insgesamt die höchsten Werte für die **mineralölverarbeitende Industrie**, die **chemische Industrie**, das **Ernährungsgewerbe** und die **Tabakverarbeitung** und die **Metallindustrie** des Landes. Allein die drei erstgenannten Wirtschaftszweige erreichen demnach rund 2/3 des in der gesamten Industrie investierten Mittel für den Umweltschutz.

Die Betriebe der Industrie liegen mit einem Betrag von 3 979 DM an Umweltschutzinvestitionen je Beschäftigten und hier insbesondere die Betriebe des verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbes mit 6 069 je Beschäftigten klar an der Spitze. Den höchsten pro-Kopf-Wert erreicht hier wiederum die mineralölverarbeitende Industrie des Landes mit 18 038 DM je Beschäftigten, gefolgt vom Ernährungsgewerbe und der chemischen Industrie mit 8 843 DM bzw. 7 325 DM je Beschäftigten. Hingegen fallen die Umweltschutzinvestitionen je Beschäftigten im Bereich Bergbau mit einem Wert von lediglich 1 366 DM vergleichsweise niedrig aus.

Bezogen auf die Umsätze entfallen die höchsten Werte im Investitionsvolumen für den Umweltschutz (je 10 000 DM Umsatz) auf die Betriebe des Ernährungsgewerbes sowie der chemischen Industrie mit 261 DM bzw. 188 DM. Die Betriebe des verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbes weisen hier ein Investitionsvolumen von 227 DM je 10 000 DM Umsatz auf.

Bezieht man in die Betrachtungen ebenfalls die Umsatz- bzw. Beschäftigtengrößenklassen ein, so zeigt sich eine deutliche **Korrelation zwischen dem Investitionsvolumen für Maßnahmen zum Umweltschutz und der Beschäftigten- bzw. Umsatzgrößenklasse des Betriebes**: Gemessen am gesamten betrieblichen Investitionsvolumen weisen demnach die Betriebe mit einem Umsatz unter 5 Mill. DM sowie jene mit einem Umsatz über 100 Mill. DM mit 9,1 Prozent bzw. 6,6 Prozent die vergleichsweise höchsten Anteile für Umweltschutzinvestitionen aus. Eine vergleichbare Struktur zeigt sich für die Betriebe in der Beschäftigtengrößenklasse bis 49 bzw. mit 1 000 und mehr Beschäftigten (5,7 bzw. 7,6 Prozent). Je Beschäftigten liegen jedoch die höchsten Investitionen für den Umweltschutz in der kleinsten Betriebsgrößenklasse bis 5 Mill. DM bzw. bis 49 Beschäftigte. Unter den **Investitionsarten** dominierten im Jahre 1999 deutlich die technischen Anlagen und Maschinen.

Holger-Jens Hoffmann

Aktueller Stand beim Aufbau des Unternehmensregisters URS 95 im LDS Brandenburg (Teil II)

Ziel des folgenden Beitrage ist es, ein aktuelles Bild zum Stand des Unternehmensregisters zu zeichnen. Der Bericht baut daher im Wesentlichen auf die im Heft 1/2000 der Schriftenreihe Daten + Analysen des LDS veröffentlichten Beiträge zur gleichen Thematik auf. In diesem Heft wurde der Bericht in einem Kurzbeitrag angekündigt. Im Interesse einer guten Verständlichkeit werden die in den bisherigen Beiträgen ausführlich dargestellten Probleme hier nur noch kurz genannt, aber nicht nochmals ausführlich beschrieben. Ebenso wird auf eine nochmalige Zitierung der einschlägigen Rechtsgrundlagen verzichtet. Ausgehend von den einfachen „Idealvorstellungen“, die für die Herangehensweise beim Registeraufbau entwickelt wurden, werden die einzelnen Arbeitsschritte dargestellt und die dabei aufgetretenen Abweichungen von der „Ideallinie“ beschrieben.

1 Der Aufbau des URS im aktuellen Kontext

Das Unternehmensregister, das in allen Statistischen Landesämtern gegenwärtig gleichermaßen aufgebaut wird und nunmehr gut gefüllt ist, enthielt zu Beginn der Arbeiten bereits einige Tausend Unternehmen mit den dazugehörigen örtlichen Einheiten (Betrieben).

Es handelte sich dabei um eine Art „Kunden-“ oder besser gesagt, „Lieferantendatei“. Darin waren alle statistischen Einheiten enthalten, die im Rahmen von Primärerhebungen Daten an die Statistischen Ämter zu liefern hatten. Das waren aber längst nicht alle wirtschaftlich tätigen Unternehmen und auch bei vorhandenen Unternehmen nicht alle dazugehörigen örtlichen Einheiten. Bestimmte Branchen, wie der große Bereich der Dienstleistungsunternehmen fehlte für einige Wirtschaftszweige völlig oder war in bestimmten Wirtschaftszweigen sehr unterrepräsentiert vertreten.

Um nun keine umfassende **Arbeitsstättenzählung** durchführen zu müssen, wurde versucht, die vorhandenen Angaben zu nutzen und das Fehlende zu ergänzen.

Die vereinfachte **Idealvorstellung** ging davon aus, dass alle Unternehmen mit wirtschaftlicher Relevanz Umsatzsteuer zahlen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben. Da durch das **Statistikregistergesetz** der Zugang zu den Dateien der Finanzverwaltung (FA-Datei) und der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit (BA-Datei) gesetzlich geregelt war, musste es möglich sein, die fehlenden Unternehmen und Betriebe aus diesen Dateien zu ergänzen.

Die Arbeiten gestalteten sich jedoch weitaus komplizierter, als angedacht. In Anbetracht eines fehlenden eindeutigen numerischen Identifikators, der in mehreren Behörden und Ämtern gleichermaßen verbindlich angewendet wird und auch allgemein bekannt ist, war ein Abgleich mit dem vorhandenen Bestand nur über Name und Adresse möglich. (Inzwischen ist eine interministerielle Arbeitsgruppe, die sich mit Möglichkeiten der „Entbürokratisierung“ befasst, an Vorbereitungsarbeiten zu einem Gesetzentwurf zur Einführung einer behördenübergreifenden bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer!)

Außerdem beinhalteten die beiden zur Verfügung stehenden Dateien unterschiedliche Einheiten:

- Die **FA-Datei** beinhaltet die Umsatzsteuerzahler, die bei den einzelnen Finanzämtern des Landes ihre Steuern entrichten.
- Die **BA-Datei** beinhaltet die Arbeitgeber, die unter der Betriebsnummer die Sozialbeiträge für ihre Arbeitnehmer abführen. Für räumlich getrennte Betriebsstätten hat der gleiche Arbeitgeber unterschiedliche Nummern, allerdings sind in der BA-Datei für eine bestehende Zusammengehörigkeit keine Kennzeichen vorhanden.

Auf die derzeit gebräuchlichen Einheitenabgrenzungen im Statistikregister wird ausführlich unter Punkt 4 eingegangen.

Folgende Besonderheiten und Probleme waren bei der Verarbeitung der beiden Dateien zu berücksichtigen:

- Die Anschriften waren unterschiedlich alt, ohne Hinweis darauf, wie alt sie sind.
- Die FA-Datei enthielt insbesondere für die Einzelunternehmer die Versandadresse des Steuerbescheids ohne konkreten Hinweis auf den Sitz des Unternehmens.
- Die FA-Datei enthielt nur die Umsatzsteuerfälle, die auch für die Umsatzsteuerstatistik zur Verfügung gestellt werden, nicht aber die Organgesellschaften, die selbst keine Umsatzsteuer zahlen.
- Die FA-Datei enthielt nur die Unternehmen, die bei den Finanzämtern des eigenen Landes Umsatzsteuer zahlen. Da es sich bei der Umsatzsteuer um eine Bundessteuer handelt, ist es den Unternehmen freigestellt, auch ein regional nicht zuständiges Finanzamt z. B. über eine Firmengruppe oder über den Steuerberater zu wählen.
- Da die BA die Adressen der Arbeitgeber im Zusammenhang mit der Betriebsnummernvergabe speichert, ohne dass später eine kontinuierliche Korrespondenz erfolgt, sind diese Adressen oft veraltet und teilweise auch nicht postalisch korrekt.
- Die Anschriften der BA-Datei können ein Unternehmen, eine örtliche Einheit oder einen Arbeitgeber repräsentieren, ohne Hinweis darauf, um was für eine Einheit es sich handelt. (Es gibt in der BA-Datei keine Kennzeichen für Unternehmen, Betriebe bzw. örtliche Einheiten, die Kompatibilität zum Statistikregister erleichtert hätten.)
- Große Unternehmen, mit verschiedenen Berufsgruppen können mehrere BA-Nummern haben. Demzufolge taucht ein und dieselbe Anschrift mehrfach auf.
- Auch für Außendienstmitarbeiter von Firmen werden Betriebsnummern vergeben, ohne dass diese eine örtliche Einheit oder einen Betrieb darstellen.
- Arbeitgeber können für mehrere regional dicht beieinander liegende aber dennoch räumlich getrennte Arbeitsstätten (z. B. Verkaufsstellen in einer Region) eine einzige BA-Nummer verwenden.

Diese Sachverhalte waren zwar alle im Vorfeld der Arbeiten bekannt, nicht aber, wie oft und in welcher Anzahl die Abweichungen von den Idealvorstellungen des Grundkonzeptes auftreten werden.

Genauso bekannt waren die Vergaberegeln für Steuernummern und BA-Nummern. Die BA hat sogar das Arbeitshandbuch mit den Beschreibungen, für wen und wo für eine Betriebsnummer zu vergeben ist, zur Verfügung gestellt. Trotzdem mussten auch von diesen Arbeitsrichtlinien abweichende individuelle Handhabungen durch die Mitarbeiter der Finanzbehörden und der Betriebsnummernvergabestellen festgestellt werden, die den Statistikern immer wieder neue Überraschungen bereitet haben.

Die Verwendung der beiden Dateien für das Unternehmensregister war zwar gesetzlich geregelt, leider fehlte aber offensichtlich sowohl in den Finanzbehörden als auch in der BA eine entsprechende Information der Mitarbeiter, dass seitens des Statistischen Landesamtes mit Rückfragen zu Einzelfällen zu rechnen ist.

So blieb den Statistikern zur Klärung von Sachverhalten nur der Weg über den „Betroffenen“ d. h. das Unternehmen oder den Betrieb selbst, was eigentlich vermieden werden sollte. Die Mitarbeiter des LDS Brandenburg erledigten eine Vielzahl von Klärungen bereits während der Abgleicharbeiten der Dateien auf telefonischem Weg. Durch Nutzung des bundesweiten Telefonbuchs auf CD-Rom oder via Internet waren die Ansprechpartner schnell gefunden. Die Resonanz der Angerufenen war mehrheitlich verständnisvoll und freundlich, wenn auch zunächst in einigen wenigen Fällen datenschutzrechtliche Bedenken auszuräumen waren.

Da aber nicht alles telefonisch während der laufenden Arbeiten geklärt werden konnte, war, und auch das war von Anfang an so konzipiert, die Durchführung einer schriftlichen Sachverhaltsklärung im Rahmen der „Registerumfrage“ als konzertierte Aktion aller Landesämter notwendig.

Im Bericht „Aktueller Stand beim Aufbau des Unternehmensregisters im LDS Brandenburg“ (Daten+Analysen 1/2000) wurde die Verarbeitung der FA-Datei ausführlich beschrieben und ein Ausblick auf die Verarbeitung der BA-Datei und die Durchführung der Registerumfrage gegeben. Da diese Arbeiten nunmehr vollzogen wurden, soll nachfolgend auf die konkreten Ergebnisse eingegangen werden.

2 Registerumfang und Abgleich mit der BA-Datei

Das Register beinhaltete nach der Verarbeitung der FA-Datei rund 102 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen mit Sitz im Land Brandenburg. Davon waren 24 000 aus der Finanzdatei neu aufgenommen.

**Registerstand nach der Verarbeitung der FA-Datei (Februar 2000)
Anzahl der Unternehmenseinheiten mit Sitz im Land Brandenburg**

Wirtschaftsabteilung WZ 93		Ausgangs- bestand	Neuaufnahmen aus FA-Datei	Anzahl insgesamt	Anteil der Neu- aufnahmen
		Anzahl		Prozent	
A	Land- und Forstwirtschaft	117	2 491	2 608	96
B	Fischerei und Fischzucht	4	48	52	92
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	57	6	63	10
D	Verarbeitendes Gewerbe	6 278	666	6 944	10
E	Energie- und Wasserversorgung	158	89	247	36
F	Baugewerbe	15 660	804	16 464	5
G	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	39 508	2 426	41 934	6
H	Gastgewerbe	12 123	748	12 871	6
I	Kredit- und Versicherungsgewerbe	218	2 798	3 016	93
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	52	222	274	81
K	Grundstückswesen, Vermietung, DL für Unternehmen	1 402	8 491	9 893	86
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	7	87	94	93
M	Erziehung und Unterricht	11	686	697	98
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	68	620	688	90
O	Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	2 499	3 832	6 331	61
Insgesamt		78 162	24 014	102 176	24

Die Anteile der neu aufgenommenen Unternehmen gegenüber dem Ausgangsbestand dokumentieren die bisherigen „weißen Flecken“ in der deutschen amtlichen Statistik.

Das Register beinhaltete zu diesem Zeitpunkt aber noch mehr Einheiten und zwar:

- Örtliche Einheiten, die zu diesen Unternehmen gehören und über die kreuzweise Abspeicherung der Identitätsnummern mit diesen verbunden sind
- Stillgelegte Einheiten, (Einheiten, die einmal in das Register aufgenommen wurden, werden nicht entfernt, sondern nur als stillgelegt gekennzeichnet.)

Das Register ist bezüglich seiner gesamten Einheitenzahl ständig im Wachstum begriffen, während die Schwankungen in den aktiven Einheiten für Auswertungen die reale Wirtschaftsentwicklung darstellen.

Ziel des Abgleichs war es, für die Unternehmen und Betriebe, die bereits im Register enthalten waren, die BA-Nummern zuzuordnen und weitere noch nicht im Register enthaltene örtliche Einheiten aufzunehmen.

In den Abgleich mit der BA-Datei wurden aus dem Register alle Einheiten mit einbezogen, da die BA-Datei nicht nur Unternehmen, sondern auch örtliche Einheiten beinhaltete und außerdem aus dem Jahr 1998 stammte. Das Register ist für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Einheiten durch Informationen aus dem Berichtswesen und aus den Gewerbeanzeigen recht aktuell.

Die BA-Datei des Jahres 1998 beinhaltete für Brandenburg 71 739 Einheiten (Adressen). Beim späteren Zusammenspielen der reinen Betriebsnummern-(Adress-)datei mit den Beschäftigtenangaben zum 31.12.1998 stellte sich heraus, dass davon 6 396 Einheiten null Beschäftigte zum Stichtag hatten.

Die Ergebnisse des maschinellen Adressabgleichs noch vor der manuellen Bearbeitung sind in nachfolgenden Tabelle dargestellt. Daraus sind sowohl die zu bearbeitenden Mengen zu erkennen als auch die Anzahl der potentiellen Neuaufnahmen, die sich aus den unpaarigen Einheiten ergeben.

Ergebnisse des maschinellen Adressabgleichs mit der BA-Datei

Wirtschaftsabteilung WZ 93	Einheiten			Anteil der unpaarigen Einheiten an gesamt
	insgesamt	paarige und mehrdeutige	unpaarige	
	Anzahl			Prozent
A,B Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	3 368	2 422	946	28,1
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	128	87	41	32,0
D Verarbeitendes Gewerbe	6 993	5 767	1 226	17,5
E Energie- und Wasserversorgung	214	132	82	38,3
F Baugewerbe	11 348	9 807	1 541	13,6
G Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	16 445	12 939	3 506	21,3
H Gastgewerbe	5 300	4 368	932	17,6
I Kredit- und Versicherungsgewerbe	4 028	2 637	1 391	34,5
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 217	478	739	60,7
K Grundstückswesen, Vermietung, DL für Unternehmen	8 789	5 277	3 512	40,0
L Öff. Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 808	646	1162	64,3
M Erziehung und Unterricht	1 410	512	898	63,7
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	6 204	1 443	4 761	76,7
O Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	4 487	2 624	1 863	41,5
Insgesamt	71 739	49 139	22 600	31,5

Die Abgleicharbeiten beinhalteten folgende Arbeitsschritte:

- Überprüfung aller maschinell als paarig angebotenen Zuordnungen und Bestätigung bzw. Abweisung der Zuordnung. Dazu wurden am Bildschirm beide Einheiten nebeneinander angezeigt und über Tastendruck konnten die Entscheidungen getroffen werden.
(**Paarig** = einer BA-Einheit steht genau eine URS-Einheit gegenüber)
- Überprüfung aller maschinell als mehrdeutig ermittelten Einheiten. Dazu wurden am Bildschirm auf der einen Seite die BA-Einheit angezeigt und auf der anderen Seite mehrere ähnliche Fälle aus dem Registerbestand angeboten und es musste das richtige „Pärchen“ herausgesucht werden. Dabei wurden u. a. noch im Register vorhandene Dubletten erkannt. Oft war aber trotz zahlreicher Angebote überhaupt nichts Passendes zu finden und der Fall musste als unpaarig gekennzeichnet werden und wurde anschließend in das Register aufgenommen.
(**Mehrdeutig** = einer BA-Einheit stehen mehrere URS-Einheiten gegenüber)

- Teilweise Überprüfung der unpaarigen Fälle mittels manueller Sucharbeiten. Diese Überprüfung wurde hauptsächlich für Einheiten solcher Wirtschaftszweige gemacht, die eigentlich schon recht vollständig auch im Altbestand des Registers bzw. in dessen Vorgängermodell der Kartei im Produzierenden Gewerbe hätten sein müssen.
(**Unpaarig** = zur BA-Einheit wurde keine passende bzw. ähnliche URS-Einheit gefunden)

Im Ergebnis der Arbeiten wurden 47 307 Einheiten des Registers eine BA-Nummer zugeordnet und 21 908 Einheiten wurden neu aufgenommen. Das Ergebnis des maschinellen Adressabgleichs wurde durch die manuelle Bearbeitung also noch verändert. Etwa 2 500 Einheiten wurden aus verschiedenen Gründen von der Neuaufnahme in das Register ausgeschlossen. Bei den ausgeschlossenen Einheiten handelte es sich um:

- Veraltete Einheiten, wo über das Erhebungsgeschäft in der Statistik bekannt war, dass bereits ein Nachfolger vorhanden ist oder das Unternehmen oder der Betrieb nicht mehr existiert
- Einheiten mit mehrfach vergebenen BA-Nummern

Die Verarbeitung der FA- und BA-Datei dient nicht nur zum Auffüllen des Registerbestandes, sondern auch dazu statistische Primärerhebungen zu ersetzen oder zu vermeiden.

Damit es jederzeit möglich ist aktualisierte Beschäftigtenzahlen und Umsatzangaben aus den Fremddateien in das Register selbst oder in separate Datenbanken zu übernehmen wurden im Rahmen der Abgleicharbeiten die entsprechenden Identifikatoren

- Umsatzsteuernummer aus der FA-Datei
- Betriebsnummer aus der BA-Daten

im Register abgespeichert.

3 Registerumfrage

Nach Abschluss der Abgleicharbeiten gab es folgende Einheiten im Register:

- Einheiten mit Umsatzsteuernummer und BA-Nummer: Es handelt sich um ein Unternehmen, das in beiden Dateien gefunden wurde.
- Einheiten nur mit Umsatzsteuernummer: Es handelt sich um ein Unternehmen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigte oder die BA-Nummer wurde nicht gefunden bzw. richtig zugeordnet.
- Einheiten nur mit BA-Nummer: Es handelt sich nur um eine örtliche Einheit und das Unternehmen muss gesucht werden oder es handelt sich um ein Unternehmen, welches wegen seiner Eigenschaft als Organgesellschaft oder der Besteuerung in einem anderen Land nicht in der landeseigenen FA-Datei gefunden werden konnte.
- Einheiten ohne jegliche Nummer: Es handelt sich um sehr alte Unternehmen, welche nicht mehr in den Fremddateien enthalten sind und deren Schließung der Statistik nicht bekannt wurde oder es handelt sich um ganz neu aus Gewerbeanzeigen aufgenommene Unternehmen, die noch nicht in den Fremddateien enthalten sein konnten. Durch die Pflege des Registers aus anderen Quellen wie den Gewerbeanzeigen wurden in das brandenburgische Register auch Einheiten aufgenommen, die unter einer steuerlichen Grenze von 32 500 DM liegen und keine Beschäftigte haben.

Auch die unterschiedlichen Zeitstände der BA- und FA-Datei führten zu einer nur unvollständigen Zuordnung der Nummern.

Um all die genannten möglichen Sachverhalte zu klären, wurde im Juli 2000 die Registerumfrage durchgeführt. Im Wesentlichen wurden all die Adressen angeschrieben, für die gar keine Nummer oder nur die BA-Nummer vorhanden war. Da von der BA auch Einheiten übermittelt wurden, für die es zwar Beschäftigte gibt, an Hand des Wirtschaftszweiges aber erkennbar war, dass es sich nicht um Umsatzsteuerzahler handeln kann, wurden bestimmte Wirtschaftszweige von der Befragung ausgenommen (z. B. der gesamte öffentliche Dienst, Arztpraxen).

Es war nicht einfach den gesamten Komplex der zu klärenden Sachverhalte in einen einzigen Fragebogen zu packen und diesen dann auch noch nutzerfreundlich zu gestalten. Der erarbeitete Fragebogen ist am Schluss dieses Beitrages angefügt. Zum Fragebogen gehörten noch ein Anschreiben und zweiseitige Ausfüllhinweise. Da das Statistikregistergesetz noch die Verwendung von Informationen aus den Dateien der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern zulässt, wurden auch die eventuell vorhandenen Identifikatoren dieser Dateien mit abgefragt.

Heute, nach Abschluss der Erstbefragung wissen wir, was häufig falsch verstanden wurde und was bei der Wiederholung einer solchen Befragung besser gemacht werden muss. Bereits die Frage „nach der wirtschaftlichen Aktivität“ und der Begriff „Unternehmen“ führte zu Fehlinterpretationen durch die Auskunftspflichtigen.

In Brandenburg wurden 55 885 Einheiten mit der Registerumfrage angeschrieben. Im Ergebnis der Umfrage und des Fragebogenrücklaufs wurden etwa 16 000 Einheiten des Registers als wirtschaftlich nicht mehr aktiv (stillgelegt) gekennzeichnet. Davon war der überwiegende Teil (10 900) postalisch nicht zustellbar. 4 770 gaben an nicht mehr wirtschaftlich aktiv zu sein. Einige Antwortausfälle wurden wegen wirtschaftlicher Unbedeutsamkeit (Altfälle ohne BA-Nummer oder Beschäftigtenzahl gleich null) ebenfalls als inaktiv gekennzeichnet. Diesbezügliche Fehlentscheidungen sind für die weitere Arbeit am Register schnell revidierbar, da die Einheiten im Register verbleiben und bei anderslautenden Erkenntnissen jederzeit wieder reaktiviert werden können.

Die Zahl der nicht erkannten Zuordnungen d. h. der aufgenommenen Dubletten, die durch die Umfrage aufgedeckt wurden, belief sich auf etwa 3 500.

Rund 1 000 Auskunftspflichtige gaben an als Organgesellschaft über einen Organträger Umsatzsteuer zu zahlen und 4 300 meldeten sich als örtliche Einheit.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg Dezernat 211	<h2>Registerumfrage</h2>	Identitäts-Nr.: _____ <small>(bei Rückfragen bitte angeben)</small>
Rücksendung erbeten bis spätestens: _____		Für Ihre Fragen wählen Sie bitte: Telefon: (0331) 39 648
		Berichtigen Sie bitte ggf. Name, Anschrift und Rechtsform (Firmenstempel): <small>_____</small>

Die vorgenannte Einheit ist

1 wirtschaftlich tätig. 0 wirtschaftlich nicht mehr tätig.
(Bitte senden Sie den Erhebungsvordruck ohne weitere Eintragungen
aber unterschrieben zurück.)

→ Handelt es sich um ein **Unternehmen** oder eine **Zweigniederlassung**? Bitte kreuzen Sie entsprechend an und tragen Sie die für die Einheit zutreffenden Angaben ein. Erläuterungen zu den von Ihnen einzutragenden Angaben finden Sie auf dem Beiblatt "Ausfüllanleitung".

ODER

1 **Unternehmen**

Angaben zum vorgenannten Unternehmen:

Betriebsnummer bei der Bundesanstalt für Arbeit

Mitglieds-Nr. bei der IHK

Cottbus

Frankfurt/O

Potsdam

Mitglieds-Nr. bei der Handwerkskammer

Steuernummer (für die Veranlagung zur Umsatzsteuer)

D	E	/	/	/	/	/
---	---	---	---	---	---	---

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.)

D	E	/	/	/	/	/
---	---	---	---	---	---	---

Ist dieses Unternehmen eine **Organisationsgesellschaft** einer Umsatzsteuer-Organschaft?

1 ja 0 nein

Angaben zum Organträger dieser Organisationsgesellschaft:

Name und Anschrift des Organträgers

Steuernummer des Organträgers

2 **Zweigniederlassung**

Angaben zur vorgenannten Zweigniederlassung:

Betriebsnummer bei der Bundesanstalt für Arbeit

Angaben zum Unternehmen dieser Zweigniederlassung:

Name und Anschrift des Unternehmens

Steuernummer des Unternehmens
(für die Veranlagung zur Umsatzsteuer)

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.)
des Unternehmens

D	E	/	/	/	/	/
---	---	---	---	---	---	---

→ bitte wenden

**LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK BRANDENBURG
DEZERNAT 211
POSTFACH 60 11 52
14410 POTSDAM**

Bemerkungen

Falls Sie unter verschiedenen Identitäts-Nummern von uns angeschrieben wurden, geben Sie hier bitte die Identitäts-Nummern nicht ausgefüllter Fragebögen an:

Sonstige Bemerkungen:

Bitte teilen Sie uns mit, an wen wir uns bei Rückfragen wenden dürfen
(diese Angabe ist freiwillig):

Name: _____ Telefon: _____

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Ort, Datum und Unterschrift

Rechtsgrundlage

Auszug aus dem

Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz - StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300):

soweit die von den in den §§ 2 bis 6 genannten Stellen (Finanzbehörden, Bundesanstalt für Arbeit, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern) übermittelten Angaben einer Einheit nicht eindeutig zugeordnet werden können.

§ 7¹⁾

Die statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt erheben zum Aufbau und zur Führung des Statistikregisters Angaben zu Name, Anschrift und Rechtsform sowie die Kennzeichen nach

Soweit . . . der Zusammenhang zwischen Einheiten nicht eindeutig festgestellt werden kann, dürfen Angaben . . . über den Zusammenhang zwischen Einheiten erhoben werden.

§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 (*Steuernummer*) und
Satz 2 Nr. 3 (*Umsatzsteuer-Identifikationsnummer*),
§ 3 Abs. 1 Nr. 4 (*Betriebsnummer bei der Bundesanstalt für Arbeit*),

Die Erhebungen erfolgen mit Auskunftspflicht bei den in das Statistikregister aufzunehmenden Einheiten. Auskunftspflichtig sind die Inhaber oder Leiter der Einheiten.

§ 4 Nr. 6 (*Mitgliedsnummer bei der Industrie- u. Handelskammer*), sowie
§ 5 Nr. 8 (*Mitgliedsnummer bei der Handwerkskammer*),

¹⁾ Die kursiv gedruckten Angaben in Klammern stellen erläuternde Ergänzungen des Wortlauts des § 7 StatRegG dar.

Unter der Abschneidegrenze von 32 500 DM steuerbarem Umsatz und damit über die Einkommenssteuer versteuert lagen nach eigenen Angaben etwa 2 300 der Befragten. Diese Zahl kann sich durchaus noch erhöhen, denn es wurden auch Steuernummern genannt, die durchaus auch Einkommenssteuernummern sein können. Die Konfiguration der Steuernummer lässt keine Unterscheidung nach Steuerart zu.

Von etwa 15 000 angeschriebenen Einheiten sind keine Antworten eingegangen. Dabei handelte es sich um Fälle die nach 1999 in das Register aus anderen Quellen aufgenommen worden sind. Diese werden zunächst erst einmal in den Abgleich mit den Dateien der Folgejahre einbezogen und erst bei Nichtzuordenbarkeit erneut angeschrieben bzw. befragt.

Die Verarbeitung der eingegangenen Antworten auf die Registerumfrage wurde im LDS Brandenburg bis auf die Kennzeichnung als inaktive Einheit manuell im Dialogverfahren des Registerprogramms vorgenommen. Es wurde von den Mitarbeitern Blatt für Blatt abgearbeitet, Adressänderungen vorgenommen, Doppelfälle gelöscht, Nummern eingetragen, Verknüpfungen zwischen örtlicher Einheit und Unternehmen sowie zwischen Organgesellschaften und Organträgern hergestellt.

Diese Arbeiten erstreckten sich von Mitte Juli 2000 bis Mitte April 2001. Es handelte sich nicht um ein bloßes Abarbeiten. Wegen der eingangs aufgezählten Probleme, der unterschiedlichen Zeitstände und der teilweise missverstandenen Fragestellungen, musste eine Vielzahl von Auskunftspflichtigen nochmals angerufen und zu bestimmten Sachverhalten um weitere Auskünfte gebeten werden.

Bei diesen Arbeiten haben die Mitarbeiter des Bereiches Registerführung im LDS Brandenburg viele Erkenntnisse über Zusammenhänge und Prozesse in der Wirtschaftsentwicklung und zu Unternehmensstrukturen gewonnen, die zuvor kein Lehrmaterial hätte vermitteln können.

Manches ist trotzdem unerschlossen geblieben. Insbesondere die Gründe für die Kurzlebigkeit von Umsatzsteuernummern konnte auch von den „berichtswilligen“ Auskunftspflichtigen nicht in jedem Fall erklärt werden. Durch die häufigen Wechsel der Umsatzsteuernummern von Jahr zu Jahr und den Zeitraum zwischen Stand der FA-Datei und dem Zeitpunkt der Befragung von drei Jahren ist nicht auszuschließen, dass trotzdem noch unerkannte Doublets im Register sind. Schließlich wurden in der Befragung die aktuellen Steuernummern angegeben und nicht die von 1997. (Die inzwischen durchgeföhrte Verarbeitung der FA-Dateien der Jahre 1998 und 1999, die die Schlüsselbrücken zwischen alter und neuer Steuernummer beinhalten, hat diese Vermutung bestätigt.)

Die Verarbeitung der Registerumfrage wurde im April 2001 bis auf die Klärung einiger weniger Problemfälle als abgeschlossen erklärt. Offen sind noch etwa 3 500 Einheiten, die im Rahmen des Länderaustauschs geklärt werden müssen. Um das näher erläutern zu können, muss die dezentrale Registerführung in den Bundesländern etwas ausführlicher beschrieben werden.

4 Dezentrale Registerführung - Länderaustausch

Im Rahmen der Arbeitsteilung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist die Registerführung -aufbauend auf den Grundsätzen der früheren Kartei im Produzierenden Gewerbe - Ländersache. Alle für die Kartei im Produzierenden Gewerbe geltenden Begriffe und Regeln wurden auf die Führung des URS 95 übertragen.

Zunächst die Definition der Einheitenarten:

Im Register wird zwischen den Unternehmen als einzelne rechtliche Einheiten und den zu den rechtlichen Einheiten gehörenden örtlichen Einheiten (Betrieben, Filialen, Niederlassungen, Arbeitsstätten, Büros usw.) unterschieden. Daraus werden weitere Einheitenarten abgeleitet.

Einbetriebsunternehmen - EBU

Es handelt sich um ein Unternehmen (rechtliche Einheit), welches nur an einem einzigen Standort präsent ist. Eine einzige Einheit im Register beinhaltet alle erforderlichen Merkmale und Angaben.

Mehrbetriebsunternehmen - MBU

Es handelt sich um ein Unternehmen, welches über mindestens zwei Standorte (unterschiedliche Adressen) verfügt. Diese Standorte können recht nah beieinander (z. B. gleiche Straße aber unterschiedliche Hausnummer oder auch weiter auseinander (z. B. in unterschiedlichen Orten des eigenen Bundeslandes) liegen. Die MBU werden im Register durch mindestens drei Einheiten repräsentiert:

- durch die Unternehmenseinheit, die einen Teil der Angaben wie die Rechtsform und die Steuernummer beinhaltet
- durch die örtlichen Einheiten, die die jeweiligen BA-Nummern und weitere Merkmale beinhalten

Die Zusammengehörigkeit zum Unternehmen wird dadurch gekennzeichnet, dass die örtlichen Einheiten zusätzlich zu ihrer eigenen Identitätsnummer noch die Identitätsnummer der Unternehmenseinheit tragen und über diese Nummernkombination die Struktur ermittelt werden kann.

Mehrländerunternehmen - MLU

Es handelt sich um ein Unternehmen mit mindestens zwei Standorten, die im Unterschied zum MBU über die Grenzen des eigenen Landes hinweg verteilt sind.

Örtliche Einheiten von MBU

Es handelt sich hierbei um örtliche Einheiten, die sich nur im eigenen Land befinden.

Örtliche Einheiten von MLU

Diese können sowohl im eigenen Land, aber auch in anderen Bundesländern liegen.

Um festzustellen, ob es sich bei den örtlichen Einheiten eines MLU um landeseigene oder landesfremde Einheiten handelt, muss zusätzlich noch auf den eingetragenen amtlichen Gemeindeschlüssel (AGS) und das Land des Unternehmenssitzes geachtet werden.

Die Verfahrensweise, dass die Art des Unternehmens durch administrative Bundesländergrenzen bestimmt wird, wirkt zwar im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaft sehr antiquiert, muss aber noch solange aufrechterhalten werden, wie für die Wahrnehmung der dezentralen Verantwortung für die Registerführung in den Ländern auch die physisch dezentrale Datenhaltung beibehalten wird.

Die Länderregister sind derzeit auch datentechnisch gegeneinander abgeschottet, was hinsichtlich der registertechnischen Führung der MLU einen zusätzlichen Aufwand durch die Doppelführung von Einheiten und zur Vermeidung von Redundanzen erfordert.

Hinsichtlich der Datenhaltung für MLU gelten folgende Regeln:

- Das Land, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat, führt alle zum Unternehmen gehörenden örtlichen Einheiten in seinem Register, darunter die nicht auf dem eigenen Territorium liegenden Einheiten als Kopien.
- Die anderen Länder haben nur die örtlichen Einheiten des landesfremden Unternehmens, die auf dem eigenen Territorium liegen und zusätzlich die Kopie der Unternehmenseinheit.

Im Falle der Zusammenführung der Länderregister zum Bundesregister, was mindestens einmal jährlich erfolgt, müssen die Kopien zur Vermeidung von Doppelzählungen ausgesteuert werden.

Wird also in einem Länderregister eine Einheit, die zu einem MLU gehört, geändert, ist diese Änderung dem oder den anderen Ländern mitzuteilen. Dafür ist zwar eine Programmversion entwickelt worden, für deren Anwendung jedoch zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Erstens müssen die länderübergreifenden Strukturen durch entsprechende Einheiten und Kopien vollständig in den Länderregistern abgebildet sein und zweitens sollten alle Länderregister einen annähernd gleichen Aktualitätsstand haben.

Um die länderübergreifenden Strukturen richtig abilden zu können ist der Länderaustausch für MLU notwendig. Im Zusammenhang mit der Registerumfrage ergab sich folgende Verfahrensweise:

Eine Einheit antwortete auf dem Erhebungsbogen, dass es sich um eine Niederlassung handelt und der Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland liegt. Das Landesamt, bei dem sich die örtliche Einheit befindet, muss nun mit dem Landesamt des Unternehmenssitzes schriftlich Kontakt aufnehmen und die Kopie der Unternehmenseinheit anfordern. Gleichzeitig übersendet es auch dem anderen Land eine Kopie der örtlichen Einheit. Beide Landesämter nehmen die Kopien mit den entsprechenden Kennzeichnungen in ihr Register auf.

Eine annähernd gleiche zeitliche Aktualität der Länderregister ist erforderlich, damit nicht gegebenenfalls Einheiten aufgenommen werden, die inzwischen nicht mehr existieren und damit im Rahmen des Änderungsdienstes zur Vermeidung von Redundanzen nicht etwa neuere Angaben durch ältere überschrieben werden. Man könnte das Aktualitätsproblem zwar damit beheben, indem eindeutig festgelegt wird, welches Landesamt primär ändern darf und wer die Änderungen zu übernehmen hat. Das ließe sich allerdings nur bei Einheiten verwirklichen, die nicht in Erhebungen einbezogen werden. Sobald die Registerführung auch gleichzeitig Leitbandpflege ist, haben alle Änderungen im Zusammenhang mit dem Erhebungsgeschäft Vorrang.

Neben den länderübergreifenden Unternehmensstrukturen gibt es auch noch die Organkreise, deren Zusammensetzung ebenfalls nicht vor den Ländergrenzen Halt macht. Um auch hier die Zusammenhänge darzustellen wird im Register die Umsatzsteuernummer des Organträgers auch bei den Organgesellschaften eingetragen. Auch dazu ist ein ähnlicher Länderaustausch wie für die Unternehmensstrukturen zwischen den beteiligten Landesämtern erforderlich. Außerdem muss auch hier ein kontinuier-

licher Informationsaustausch erfolgen, da sich sowohl die Steuernummer des Organträgers als auch die Zusammensetzung der Organkreise ändern können.

Die dritte Form des Länderaustauschs ist für Unternehmen notwendig, die in einem Land ansässig sind, aber bei einem landesfremden Finanzamt ihre Steuern entrichten. Diese Fälle sind in der Regel doppelt enthalten. Einmal in dem Länderregister des fremden Landes als Aufnahme aus der FA-Datei und in dem Länderregister des Unternehmenssitzes durch Aufnahme aus der BA-Datei oder anderer Quellen. Hier ist ein kontinuierlicher Länderaustausch zu den Umsatzangaben erforderlich, da das zuständige Register nur über den Umweg über das andere Land, die Angaben erhält. Allerdings sind das relativ überschaubare Mengen und es sind auch nur bilaterale Informationen einmal jährlich notwendig.

Trotzdem liefert die Schilderung der einzelnen Arbeiten für den Länderaustausch unwiderlegbare Argumente dafür, dass bei einer dezentralen Pflege eines zentralen Datenpools Rationalisierungseffekte und Arbeitserleichterungen möglich wären. Allerdings muss das von allen Ländern gewollt sein. Im Zuge der weiteren Verflechtung der Wirtschaft, der gewünschten Abbildung von Konzernstrukturen und Firmengruppen im Register sowie der Gewinnung unterjähriger Daten aus Fremdregistern und der Erstellung von Statistiken mit Hilfe des Registers wird eine zentrale Datenhaltung geradezu herausgefordert.

Im Rahmen der Registerumfrage wurden große, bundesweit mit vielen Filialen vertretene Unternehmen von fast allen Landesämtern zu den Niederlassungen der jeweiligen Länder angeschrieben und um Auskunft gebeten; D. h. angeschrieben wurden zwar jeweils die Niederlassungen im Land, die jedoch die Post meist an die Unternehmenszentrale weitergereicht haben. Ein „stilles Kopfschütteln“ angesichts dieser Verfahrensweise ist den Firmen nicht zu verdenken. Damit blieben bis heute auch noch die Strukturen der ehemaligen Staatsunternehmen, wie Post, Bahn und Telekom in den Länderregistern weitgehend unaufgeklärt.

5 Registerauswertungen

Die Möglichkeiten der Registerauswertungen befinden sich im Stadium bescheidener Anfänge. Außer den Auszählvorgaben von Eurostat nach Einheitenarten, Wirtschaftszweigen und Größenklassen wurden von nationaler Seite noch keine konkreten Auswertungsvorgaben gemacht. Wenn auch das Vorgängermodell, die Kartei im Produzierenden Gewerbe, vor Jahren bereits Auswertungen zugelassen hat, so muss man folgenden Unterschied berücksichtigen:

Die Kartei im Produzierenden Gewerbe beinhaltete nur Unternehmen und Betriebe, die auch in Auskunftspflichten zu kurzfristigen Erhebungen eingebunden waren. Auswertungen der Kartei brachten Informationen, die zusätzlich zu den kurzfristig bereitgestellten Erhebungsergebnissen das Bild der Wirtschaftsentwicklung abrundeten. Diese Auswertungen, die meist in Richtung Unternehmensdemografien gingen, konnten sich aber stets auf primär im Rahmen des Erhebungsgeschäfts bekannte und in der Karteiführung dokumentierte Sachverhalte stützen. Es konnte ein scharf abgegrenzter Wirtschaftssektor betrachtet werden, für den auch relativ homogene Merkmalsinformationen vorlagen.

Das URS enthält im Gegensatz dazu Einheiten (fast) aller Wirtschaftsabteilungen mit aber noch sehr inhomogener Merkmalsstruktur. Lebensdauern, Zusammenlegungen, Aufspaltungen u.s.w. werden sich erst später bei kontinuierlicher Registerpflege und weiterer Verbesserung der Datenhaltung und Auswertbarkeit ermitteln lassen. Die noch von der Kartei stammenden Auswertungsprogramme sind Batch-Programme und stellen z. T. auf Merkmale ab, die noch nicht für alle Einheiten mit den richtigen Werten belegt sind. Die neu angelegten Datenbankfelder für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den steuerbaren Umsatz werden durch diese Programme nicht erfasst. Die für die Kartei angesprochenen Merkmale, wie die tätigen Personen und die Umsätze aus Erhebungen, sowie die Rechtsform sind teilweise noch mit Pseudoangaben belegt oder leer.

Das Register ist eine Dialogdatenbank, die täglich von mehreren Bearbeitern gepflegt wird und sich demzufolge ständig verändert. Eine in sich stimmige Auswertung kann also nur mittels einer zu einem bestimmten Stichtag erzeugten Kopie gemacht werden. Eine solche Kopie wurde im LDS Brandenburg Anfang April 2001 erstellt und bildet die Grundlage für die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Auszählergebnisse. Zu diesem Zeitpunkt wurde im LDS Brandenburg die Verarbeitung der Registerumfrage als weitgehend abgeschlossen betrachtet. Lediglich die 3 500 im Länderaustausch befindlichen Einheiten sind derzeit noch als EBU in unseren Auszählergebnissen enthalten obwohl es sich eigentlich um örtliche Einheiten landesfremder Unternehmen handelt. Besonders hoch ist der Anteil dieser Einheiten in den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Dienstleistungen.

Der Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Gesundheitseinrichtungen ist von seiner Einheitenstruktur ebenfalls noch fehlerbehaftet. Da es sich hier nicht um Umsatzsteuer zahlende Unternehmen handelt, wurden diese Bereiche von der Registerumfrage ausgenommen und damit blieb auch die Struktur unaufgeklärt. Für den Bereich der öffentlichen Verwaltung gibt es gegenwärtig andere Informationsquellen und die Klärung der Einheiten für

das Register dürfte erst nach Abschluss der im Land Brandenburg in Angriff genommenen Gemeindegebietsreform lohnenswert und nachhaltig sein. Der Bereich des Gesundheitswesens wird erst nach Verarbeitung der Einkommens- und Körperschaftssteuerdatei vollständig gefüllt sein, da dann erst alle niedergelassenen Ärzte und Gesundheitspflegepraxen dazu kommen.

**Ergebnisse der Registerauszählung im April 2001 - nur aktive Einheiten
Einheitenstruktur nach Wirtschaftsabteilungen der WZ 93**

	Wirtschaftsabteilung WZ 93	Einheiten mit Sitz im Land Brandenburg				Unternehmen insgesamt	örtliche Einheiten von MBU	örtliche Einheiten von MLU	Betriebe ausländ. Untern.	Örtliche Einheiten in and. Bundesländern, die zu eig. MLU gehören
		insgesamt	EBU	MBU	MLU					
A	Land- und Forstwirtschaft	3 801	3 723	36	1	3 760	38	3	0	0
B	Fischerei und Fischzucht	86	79	2	0	81	5	0	0	0
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	111	72	4	2	78	18	15	0	1
D	Verarbeitendes Gewerbe	8 363	6 400	453	79	6 932	896	532	3	75
E	Energie- und Wasserversorgung	252	203	1	3	207	3	42	0	8
F	Baugewerbe	16 813	16 378	104	26	16 508	164	126	15	34
G	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	43 887	29 861	2 821	166	32 848	8 076	2 960	3	512
H	Gastgewerbe	12 551	9 474	747	14	10 235	2 093	223	0	25
I	Kredit- und Versicherungsgewerbe	5 276	4 653	87	5	4 745	196	334	1	12
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 419	776	40	6	822	596	1 001	0	128
	Grundstückswesen, Vermietung, DL für Unternehmen	15 857	14 981	173	27	15 181	398	274	4	37
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 801	1 627	32	1	1 660	117	24	0	0
M	Erziehung und Unterricht	1 723	1 623	26	0	1 649	72	2	0	1
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	6 393	6 311	14	3	6 328	28	37	0	1
O	Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	9 112	8 365	191	9	8 565	457	90	0	15
	Insgesamt	128 445	104 526	4 731	342	109 599	13 157	5 663	26	849

Die Zahl der örtlichen Einheiten, die in einem fremden Land liegen, aber zu Brandenburger Unternehmen gehören, wird sich durch den Länderaustausch noch etwas erhöhen. Für Brandenburg ist aber die Konstellation, dass örtliche Einheiten zu Unternehmen gehören, die ihren Sitz außerhalb des eigenen Landes haben, häufiger anzutreffen. Von den 5 663 örtlichen Einheiten, die zu MLLU's gehören, haben nur 1 179 den Unternehmenssitz in Brandenburg. Das Verhältnis wird sich noch ungünstiger gestalten, wenn die 3 500 im Länderaustausch befindlichen Fälle zur Anzahl der örtlichen Einheiten mit landesfremden Unternehmenssitz dazu kommen.

Vor dem Hintergrund eines solchen Ungleichgewichts in der Verteilung der Unternehmenssitze, für die aus der Umsatzsteuerdatei Umsatzangaben zu gewinnen sind muss vor zu großer Euphorie, die im Zusammenhang mit Registerauswertung bzw. Datengewinnung aus Fremddateien zur Vermeidung von Primärbefragungen verbreitet wird, gewarnt werden. Hinsichtlich der Bewertung von Produktivitätsfaktoren, die aus der Gegenüberstellung von Umsatz und Beschäftigten berechnet werden, können erhebliche Fehlinterpretationen entstehen, wenn die strukturellen Gegebenheiten nicht ausreichend beachtet und bewertet werden.

Auch bei Primärbefragungen wirken sich die „verlängerten Werkbänke“ bei der Erhebung von Leistungsmerkmalen und der anschließenden Produktivitätsberechnungen negativ für die Region aus. Es gibt keine zwingende Verpflichtung für örtliche Einheiten, die im organisatorischen oder technologischen Ablauf des Unternehmens lediglich Zuliefer- oder Hilfstätigkeiten ausüben, Umsätze zu melden.

In den Auswertungsmöglichkeiten der Registerdatenbank sind die Merkmale wie Umsätze und Beschäftigte für eine bestimmte Auswahlgesamtheit noch nicht als Summe abrufbar. An einem entsprechenden Programmabau wird gearbeitet.

Das Registerprogramm hat in jüngster Vergangenheit viele Erweiterungen und Verbesserungen erfahren, die aber hauptsächlich auf die notwendige Merkmalserweiterung, eine komfortable Arbeit im Dialog und der Erreichung einer weitgehenden Plausibilität der Merkmalskombination der jeweiligen Einheit gerichtet waren. Plausibilitätstests zur Unternehmensstruktur und der Einheiten zueinander wie z. B. Organschaftsbeziehungen sind noch nicht realisiert. Fehler müssen durch die qualifizierte Arbeit der Registermitarbeiter vermieden werden, was auch zu einem hohen Anteil gelingt.

Das URS 95 des LDS Brandenburg ist hinsichtlich der Aktualität der Einheiten und der Abspeicherung der fremden Identifikatoren wie BA-Nummer, Umsatzsteuernummer und Betriebsnummer der Handwerkskammer sehr weit entwickelt.

Der LDS Brandenburg praktiziert seit dem Auffüllen des Registers mit Einheiten aller Wirtschaftszweige die vollständige Verwertung aller mit den Gewerbeanzeigen zugänglichen Informationen und Veränderungsmeldungen. Diese zwar arbeitsaufwändige aber, wie die tägliche Erfahrung zeigt, durchaus lohnenswerte Arbeit führt dazu dass im brandenburgischen Register zwangsläufig mehr Einheiten und aktuellere Adressen enthalten sind, als in Registern der Länder, die nur aus Fremdquellen pflegen. Damit ist allerdings der prozentuale Anteil der mit Fremdnummern versehenen aktiven Einheiten geringer als anderswo.

Problematisch bei der ausschließlichen Pflege aus Fremddateien ist das Erkennen nicht mehr aktiver Einheiten. Gegenwärtig ist das nur möglich, in dem nach Einspielen der jeweiligen Fremddatei geprüft wird, welche Einheiten keine aktualisierten Umsätze oder Beschäftigte mehr bekommen haben. Ob das aber ausreicht, eine Stillegung zu veranlassen, ist fraglich.

Auch hinsichtlich der Unternehmensstruktur und dem Sitz des Unternehmens liefern die Gewerbeanzeigen ausreichende Informationen, die bei konsequenter Nutzung und sofortiger Einarbeitung in das Register eine Befragung örtlicher Einheiten zu ihrem Unternehmenssitz im Rahmen einer wiederholten Registerumfrage unnötig macht.

Im LDS Brandenburg wird damit konsequent die Linie vertreten, jede Befragung zu vermeiden, wenn sich Informationen aus anderen zulässigen Quellen gewinnen lassen. Unter Einbeziehung vieler Fachbereiche des LDS ist die Arbeit zwischenzeitlich so organisiert, dass sie ohne zusätzliches Personal realisierbar ist.

6 Schlussbemerkung

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass sich das Register im LDS Brandenburg auf gutem Weg befindet. Die größte Hürde, die Durchführung der mühseligen Adressabgleiche und der Registerumfrage, ist genommen. Nun gilt es sich mit den jährlichen Veränderungen zu befassen und das Aufgebaute zu pflegen und zu vervollständigen. Der Aufwand dafür wird sich auf etwa 10 bis 15 Prozent des für den Erstabgleich notwendigen Aufwandes reduzieren. Die frei werdenden Kapazitäten können nun zur weiteren inhaltlichen Verifizierung eingesetzt werden.

Die Durchführung einer weiteren Registerumfrage wird sich auf vergleichsweise wenige Fälle beschränken. Bei den vielen Telefonaten, die trotz der schriftlichen Befragung noch geführt werden mussten, haben wir festgestellt, dass dem Telefoninterview zur Klärung dieser Fragen die Zukunft gehören sollte. Auf der Registerumfrage haben wir von vornherein die Möglichkeiten einer telefonischen Auskunftserteilung eingeräumt, wovon viele Auskunftspflichtige auch Gebrauch gemacht haben.

Der Registeraufbau wäre weniger aufwändig gewesen, wenn zu Beginn bereits die jetzt in Aussicht gestellte bundesweite behördenübergreifende Wirtschaftsnummer vorhanden gewesen wäre. Nun haben aber die Statistiker diese Arbeit geleistet und können für die beabsichtigte Einführung dieser Nummer nur noch einen verminderten Nutzen signalisieren.

In Anbetracht der in diesem Beitrag u. a. erläuterten Unterschiede in der Einheitenabgrenzung und zur Gültigkeitsdauer dauer der verschiedenen numerischen Identifi-

katoren drängt sich für die Einführung dieser Wirtschaftsnummer, wenn sie dann von vielen Behörden und Verbänden als „die Nummer“ akzeptiert werden soll, das Gleichen zur Quadratur des Kreises auf. Eventuell würde es schon reichen, wenn man sich auf exakte einheitliche Schreibweisen von Adressen und Firmenbezeichnungen und etwas mehr zulässige Kommunikation der Behörden untereinander einigen könnte. Unstrittig ist, dass eine Nummer gerade im Zeitalter der EDV immer kürzer, prägnanter und besser abgleichbar scheint. Dennoch sollte hier einmal an die Internetpraxis gedacht werden. Auch jetzt ist jede Internetadresse numerisch verschlüsselbar, trotzdem wird überwiegend der Alphatext verwendet.

Auf jeden Fall wäre es wünschenswert, dass die von den Statistikern beim Registeraufbau gemachten Erfahrungen, von der Arbeitsgruppe, die sich mit der Einführung der Wirtschaftsnummer befasst, beachtet und genutzt werden würden.

Claudia Kathke

Verzeichnis der Brandenburger Pflegeeinrichtungen im Internet

Die Lebenserwartung in Deutschland wächst, immer mehr Menschen werden immer älter. Nicht in jedem Fall lässt sich das Leben im hohen Alter allein bewältigen, die Nachfrage nach pflegerischen Angeboten wird größer.

Am 15. Dezember 1999 wurde erstmals bundesweit eine Pflegestatistik erhoben, die u. a. Angaben über die Einrichtungen zur ambulanten und stationären Versorgung von Pflegebedürftigen liefert. Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat nun für Brandenburg ein Verzeichnis der Einrichtungen, die der Veröffentlichung zugestimmt haben, ins Internet gestellt.

Unter
http://www.lds-bb.de/service/pflege/index_p.htm



hat der Nutzer die Möglichkeit, aus 437 Pflegediensten und 218 Pflegeheimen nach den Kriterien Verwaltungsbezirk und Träger gezielt eine Pflegeeinrichtung auszuwählen. Das Suchergebnis beinhaltet alle gefundenen Einrichtungen unter Angabe von Ort und Straße.

Vor jeder Zeile mit den Angaben zur Einrichtung befindet sich ein Link „Pflegedienst“.

Ein Klick auf diesen Link öffnet eine Seite mit allen verfügbaren Informationen über diese Einrichtung, wie Adresse, Telefon, Fax, E-Mail, Internetadresse, Art der Pflegeeinrichtung, Träger und bei Pflegeheimen die Zahl sowie Art der Pflegeplätze.

Das Verzeichnis der Pflegeeinrichtungen ist auch als **Broschüre** oder als Excel-Datei auf **Diskette** erhältlich.

Ferner ist es möglich, die Publikationen beim **Informationservice** des LDS käuflich zu erwerben:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Postfach 60 10 52, 14467 Potsdam



(0331) 39 575



(0331) 39 418

Personal an den brandenburgischen Hochschulen

Seit Neugründung der brandenburgischen Hochschulen ist die Anzahl des an Hochschulen tätigen Personals ständig angestiegen. Im Jahr 2000 waren 7 248 Personen haupt- oder nebenberuflich an Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) tätig. Über zwei Drittel waren im wissenschaftlichen oder künstlerischen Bereich beschäftigt, das andere knappe Drittel im Verwaltungs-, technischen oder sonstigen Bereich. Über die Hälfte des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals war nebenberuflich tätig. Ein knappes Drittel des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals und fast zwei Drittel des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals waren im Jahr 2000 Frauen.

Im vorliegenden Kurzbeitrag werden die Ergebnisse der jährlichen Befragung der Hochschulverwaltungen im Land Brandenburg zu ihrem Personal für den Zeitraum 1992 bis 2000 dargestellt.

Die Statistik des Hochschulpersonals ist ein Teil der bundeseinheitlichen Hochschulstatistik, die im Jahr 1992 erstmals gemäß neuem Hochschulstatistikgesetz vom 02. November 1990 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 7 des 3. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158) erhoben wurde. Die zur Zeit aktuellsten Daten liegen mit Stichtag 01. Dezember 2000 vor.

Um die Ergebnisse im vorliegenden Beitrag möglichst übersichtlich darzustellen, wird nur auf das Personal der **9 Hochschulen im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)** eingegangen. Besonderheiten in der Personalstatistik der beiden Verwaltungsfachhochschulen erlauben es nicht, die vorhandenen Ergebnisse mit den anderen Hochschulen zu vergleichen.

Hochschulen des Landes Brandenburg (ohne Verwaltungsfachhochschulen)

Universitäten

- Universität Potsdam
- Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
- Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Kunsthochschule

- Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg

Fachhochschulen

- Fachhochschule Brandenburg
- Fachhochschule Eberswalde
- Fachhochschule Lausitz
 - Standorte in: Senftenberg
Cottbus
- Fachhochschule Potsdam
- Technische Fachhochschule Wildau

Das Hochschulpersonal umfasst das gesamte an Hochschulen haupt- und nebenberuflich tätige Personal, einschließlich studentischer Hilfskräfte. Erfasst werden alle

Beschäftigungsfälle, unabhängig von der Dauer des Arbeitsverhältnisses, der Arbeitszeit oder der Finanzierung. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen:

- wissenschaftlichem und künstlerischem Personal und
- Verwaltungs-, technischem und sonstigen Personal

Aufgliederung des Hochschulpersonals

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal

- hauptberuflich
 - Professoren
 - Dozenten und Assistenten
 - wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter
 - Lehrkräfte für besondere Aufgaben
- nebenberuflich
 - Lehrbeauftragte (einschl. Honorarprofessoren)
 - wissenschaftliche Hilfskräfte (einschl. studentischer Hilfskräfte)

Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal

- hauptberuflich
 - Verwaltungspersonal
 - Bibliothekspersonal
 - technischer Dienst
 - sonstiges Personal
- nebenberuflich
 - sonstige Hilfskräfte und zeitweilig Beschäftigte

Steigende Anzahl Beschäftigter an Hochschulen

Am 01. Dezember 2000 waren an den 9 Hochschulen im Verantwortungsbereich des MWFK des Landes Brandenburg insgesamt 7 248 Personen **haupt- oder nebenberuf-**

Hochschulpersonal im Land Brandenburg 1992 bis 2000 nach Hochschularten (ohne Verwaltungsfachhochschulen)					
Jahr	Hochschulpersonal				
	insgesamt	davon an	Universitäten	Kunsthochschule	Fachhochschulen
Personal zusammen					
1992	3 287	2 549	236	502	
1993	4 004	3 027	241	736	
1994	5 723	4 325	279	1 119	
1995	6 512	4 867	285	1 360	
1996	6 886	5 182	263	1 441	
1997	7 056	5 273	296	1 487	
1998	7 164	5 300	327	1 537	
1999	7 191	5 313	274	1 604	
2000	7 248	5 402	254	1 592	
wissenschaftliches und künstlerisches Personal zusammen					
1992	1 917	1 538	148	231	
1993	2 413	1 870	164	379	
1994	3 827	3 013	194	620	
1995	4 468	3 424	200	844	
1996	4 792	3 684	178	930	
1997	4 941	3 761	207	973	
1998	4 988	3 769	236	983	
1999	5 000	3 750	186	1 064	
2000	4 996	3 789	164	1 043	
hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal					
1992	1 205	1 066	43	96	
1993	1 372	1 117	63	192	
1994	2 037	1 620	59	358	
1995	2 368	1 883	64	421	
1996	2 424	1 900	64	460	
1997	2 434	1 912	65	457	
1998	2 413	1 893	60	460	
1999	2 358	1 814	61	483	
2000	2 362	1 823	59	480	
Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal zusammen					
1992	1 370	1 011	88	271	
1993	1 591	1 157	77	357	
1994	1 896	1 312	85	499	
1995	2 044	1 443	85	516	
1996	2 094	1 498	85	511	
1997	2 115	1 512	89	514	
1998	2 176	1 531	91	554	
1999	2 191	1 563	88	540	
2000	2 252	1 613	90	549	

lich tätig. Davon waren etwa zwei Drittel, d. h. 4 996 Beschäftigte (69 Prozent) wissenschaftlich oder künstlerisch tätig und etwa ein Drittel (2 252) mit Aufgaben in den nichtwissenschaftlichen Bereichen, wie Verwaltung, Bibliothek, technischer und sonstiger Dienst betraut.

Gegenüber 1992, also im Zeitraum von 8 Jahren, stieg das Hochschulpersonal um rund 4 000 Beschäftigte (121 Prozent) an. Dieser hohe Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass die meisten brandenburgischen Hochschulen erst im Jahr 1991 gegründet wurden und sich in den folgenden Jahren profilierten. Mit dem vielfachen Angebot neuer Studiengänge an den Universitäten und Fachhochschulen erweiterte sich nicht nur der Personalbestand insgesamt, sondern auch die Zahl der Studierenden, die im gleichen Zeitraum auf fast das Dreifache anstieg.

Studierende und Studienanfänger im Land Brandenburg 1992 bis 2000 nach Hochschularten (ohne Verwaltungsfachhochschulen)				
Winter-semester Studienjahr	Studierende			
	insgesamt	davon an	Universitäten	Kunst-hoch-schule
Studierende zusammen				
1992/1993	11 356	9 856	364	1 136
1993/1994	13 464	10 495	406	2 563
1994/1995	15 633	11 716	446	3 471
1995/1996	18 010	13 158	470	4 382
1996/1997	21 003	14 910	509	5 584
1997/1998	24 509	17 042	543	6 924
1998/1999	26 908	18 250	581	8 077
1999/2000	29 575	19 896	583	9 096
2000/2001	32 421	21 649	603	10 169
Studienanfänger im 1. Hochschulsemester				
1992 ²⁾	2 412	1 746	31	635
1993	3 530	2 117	41	1 372
1994	3 257	2 063	29	1 165
1995	4 053	2 634	43	1 376
1996	4 796	3 097	34	1 665
1997	5 566	3 681	32	1 853
1998	5 698	3 760	33	1 905
1999	6 308	4 255	42	2 011
2000	7 091	4 812	56	2 223
Studienanfänger im 1. Fachsemester				
1992 ²⁾	3 892	3 269	92	531
1993	4 398	3 183	106	1 109
1994	4 680	3 504	103	1 073
1995	5 705	4 223	110	1 372
1996	6 795	4 838	109	1 848
1997	8 343	5 992	96	2 255
1998	7 969	5 624	108	2 237
1999	8 872	6 293	113	2 466
2000	9 575	6 783	129	2 663

1) Sommersemester und folgendes Wintersemester

2) nur Wintersemester

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal

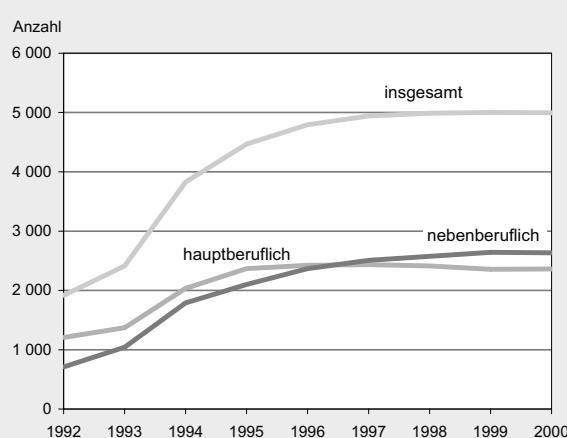
Die Zahl des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals ist seit 1992 um 3 079 (161 Prozent) angestiegen und betrug im Jahr 2000 rund 5 000. Damit waren von jeweils 100 Hochschulbeschäftigte 69 wissenschaftlich oder künstlerisch tätig; 1992 waren es 58 Personen. Während die Zahl der hauptberuflich Tätigen in den letzten fünf Jahren stagnierte bzw. geringfügig zurückging, war noch bis 1999 ein Anstieg beim nebenberuflich tätigen Personal zu verzeichnen. Seit dem Jahr 1997 sind hier mehr Personen nebenberuflich beschäftigt als hauptberuflich.

Insbesondere ist dies zurückzuführen auf die fast ständig steigende Anzahl studentischer Hilfskräfte. Diese gehören lt. Brandenburgischem Hochschulgesetz zum wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal und werden demzufolge mit in die Erhebung der nebenberuflich Tätigen einbezogen. Studentische Hilfskräfte sind fortgeschrittene Studierende mit der Aufgabe, Professorinnen und Professoren oder sonstiges wissenschaftliches oder künstlerisches Personal bei den dienstlichen Aufgaben behilflich zu sein, sowie Studierende im Rahmen der Studienordnung bei ihrem Studium zu unterstützen. Diese Aufgaben sollen zugleich der eigenen Aus- und Weiterbildung dienen.

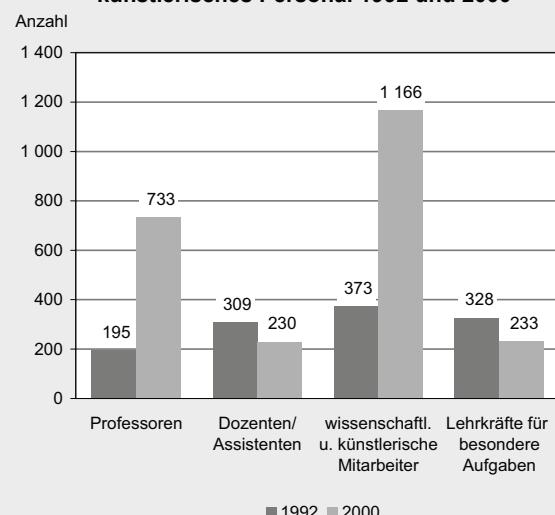
Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal gegenüber 1992 verdoppelt

Im Jahr 2000 waren an den brandenburgischen Hochschulen insgesamt 2 362 Personen hauptberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch tätig. Gegenüber 1992 verdoppelte sich die Zahl dieser Beschäftigten. Insbesondere stieg die Anzahl der Professoren und der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, dagegen waren we-

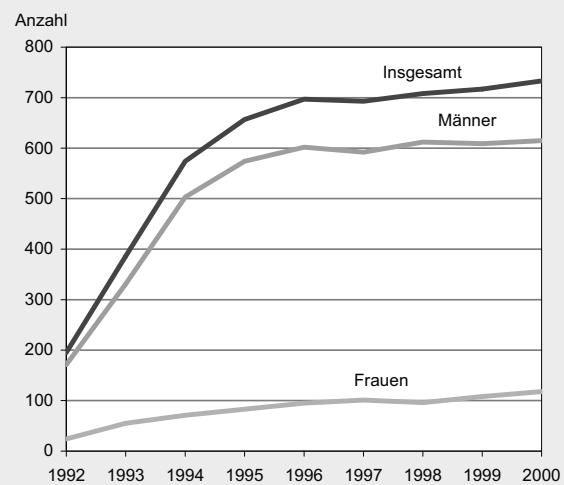
Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal



Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal 1992 und 2000



Professoren nach Geschlecht



niger Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben tätig.

Bei der Betrachtung der Verteilung des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals auf die einzelnen Hochschularten ist im Zusammenhang mit den gestiegenen Studierendenzahlen eine Verschiebung zugunsten der Fachhochschulen festzustellen. Waren im Zuge der Neugründung der Fachhochschulen zunächst nur 8 Prozent aller hauptberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch Tätigen an den Fachhochschulen beschäftigt, so stieg dieser Anteil bis zum Jahr 2000 auf 20 Prozent an. Dennoch überwiegt das hauptberuflich tätige Personal an den Universitäten. Differenziert nach den Gruppen des hauptberuflich wissenschaftlichen und künstlerischen Personals zeigt sich folgende Entwicklung:

An den Fachhochschulen erhöhte sich der Anteil im Jahr 2000 gegenüber 1992

- bei den Professoren von 29 auf 42 Prozent,
- bei den Dozenten und Assistenten von 0 auf 5 Prozent,

- bei wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern von einem auf 10 Prozent,
- bei Lehrkräften für besondere Aufgaben von 11 auf 20 Prozent.

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal im Land Brandenburg nach Personalgruppen und Hochschularten (ohne Verwaltungsfachhochschulen)

Jahr	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal								
	insgesamt	davon					nebenberufliches Personal		
		zusammen	Professoren	Dozenten u. Assistenten	wiss./künstl. Mitarbeiter	Lehrkräfte für bes. Aufgaben	zusammen	Lehrbe- aufträge ¹⁾	wiss. Hilfskräfte ²⁾
Hochschulen insgesamt									
1992	1 917	1 205	195	309	373	328	712	412	300
1993	2 413	1 372	386	361	345	280	1 041	513	528
1994	3 827	2 037	574	393	827	243	1 790	585	1 205
1995	4 468	2 368	657	757	857	97	2 100	594	1 506
1996	4 792	2 424	697	252	1 183	292	2 368	599	1 769
1997	4 941	2 434	693	275	1 180	286	2 507	629	1 878
1998	4 988	2 413	708	274	1 168	263	2 575	707	1 868
1999	5 000	2 358	717	268	1 128	245	2 642	696	1 946
2000	4 996	2 362	733	230	1 166	233	2 634	724	1 910
Universitäten									
1992	1 538	1 066	139	293	362	272	472	217	255
1993	1 870	1 117	223	341	317	236	753	287	466
1994	3 013	1 620	318	379	716	207	1 393	311	1 082
1995	3 424	1 883	366	742	721	54	1 541	310	1 231
1996	3 684	1 900	371	233	1 048	248	1 784	289	1 495
1997	3 761	1 912	366	254	1 057	235	1 849	305	1 544
1998	3 769	1 893	383	255	1 040	215	1 876	335	1 541
1999	3 750	1 814	389	246	980	199	1 936	371	1 565
2000	3 789	1 823	393	215	1 034	181	1 966	388	1 578
Kunsthochschule									
1992	148	43	-	16	6	21	105	91	14
1993	164	63	28	12	11	12	101	84	17
1994	194	59	28	8	12	11	135	105	30
1995	200	64	32	7	14	11	136	90	46
1996	178	64	34	7	15	8	114	80	34
1997	207	65	33	4	21	7	142	94	48
1998	236	60	30	6	17	7	176	129	47
1999	186	61	32	5	19	5	125	76	49
2000	164	59	30	4	20	5	105	69	36
Fachhochschulen									
1992	231	96	56	-	5	35	135	104	31
1993	379	192	135	8	17	32	187	142	45
1994	620	358	228	6	99	25	262	169	93
1995	844	421	259	8	122	32	423	194	229
1996	930	460	292	12	120	36	470	230	240
1997	973	457	294	17	102	44	516	230	286
1998	983	460	295	13	111	41	523	243	280
1999	1 064	483	296	17	129	41	581	249	332
2000	1 043	480	310	11	112	47	563	267	296

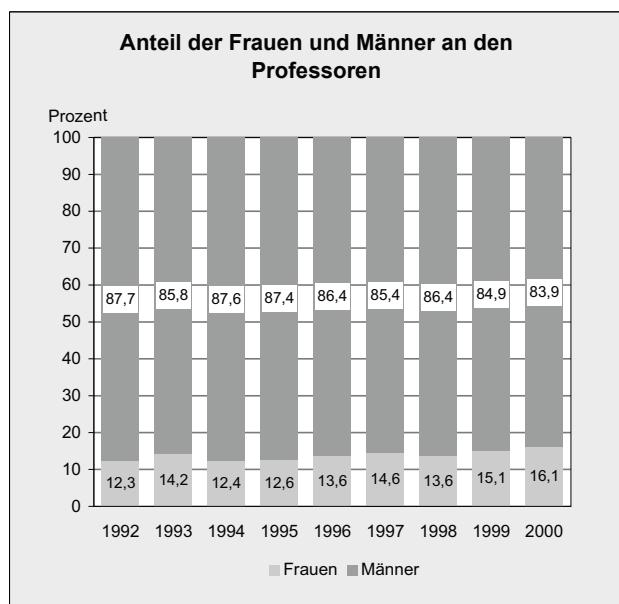
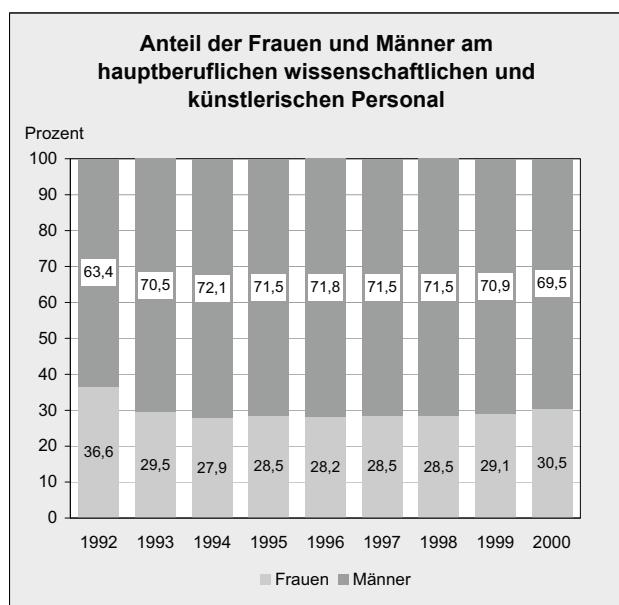
¹⁾ einschließlich Honorarprofessoren und Emeriti

²⁾ einschließlich studentischer Hilfskräfte und Tutores

Ein knappes Drittel des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals sind Frauen

720 Frauen waren im Jahr 2000 hauptberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch tätig; das entspricht einer Frauenquote von 30,5 Prozent. Der Anteil Professorinnen stieg in den vergangenen Jahren auf 16,1 Prozent an.

Damit liegt der Frauenanteil des hauptberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch tätigen Personals an den brandenburgischen Hochschulen über dem Bundesdurchschnitt: Dieser lag im Jahr 2000 beim hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal bei 25,6 Prozent, bei den Professorinnen bei 10,5 Prozent.



Zunehmend mehr Beamte in Lehre und Forschung

Das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal setzt sich aus Beamten und Angestellten zusammen. Der Anteil an Beamten ist seit 1992 gestiegen; im Jahr 2000 betrug er 27 Prozent. Diese Zunahme ist vor allem auf den gestiegenen Anteil Professoren zurückzuführen, die zum großen Teil verbeamtet sind. Die Beamten gehörten ausnahmslos der Laufbahnguppe des höheren Dienstes an, bei den Angestellten gehörten stets mehr als 97 Prozent zur Laufbahnguppe des höheren Dienstes, die anderen zum gehobenen Dienst.

Teilzeitbeschäftigung ist angestiegen

Zunehmend wird von dem hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, verkürzt zu arbeiten. Im Jahr 1992 waren nur 4 Prozent dieser Beschäftigten in Teilzeit tätig, im Jahr 2000 schon 19 Prozent. Ein hoher Anteil Teilzeitbeschäftigter ist bei den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern zu beobachten (1992: 10 Prozent; 2000: 32 Prozent). Auch 5 Prozent aller Professoren waren im Jahr 2000 teilzeitbeschäftigt.

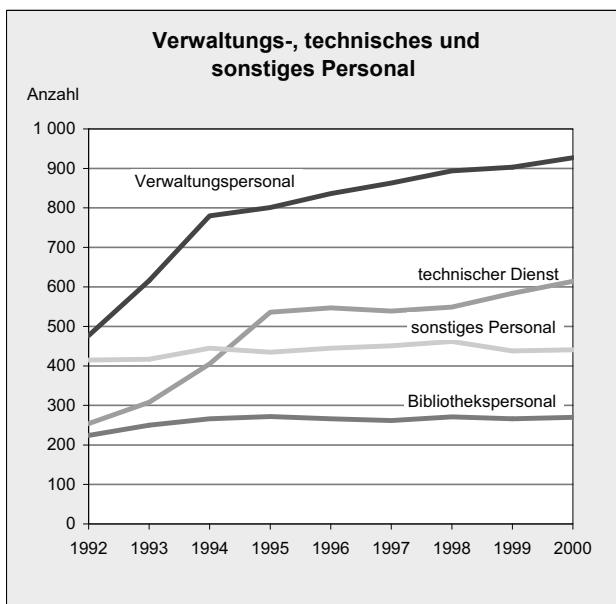
Die Auswertung der Teilzeitbeschäftigten nach dem Geschlecht ergibt, dass im Jahr 2000 16 Prozent der Männer und 27 Prozent der Frauen im wissenschaftlichen oder künstlerischen Bereich verkürzt arbeiteten.

Zahl des nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals seit zwei Jahren konstant

Das nebenberufliche wissenschaftliche und künstlerische Hochschulpersonal ist in den ersten Jahren nach Neugründung der meisten Hochschulen stark angestiegen, jedoch in den vergangenen zwei Jahren bei ca. 2 600 nebenberuflich Tätigen annähernd konstant geblieben. 43 Prozent der nebenberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch Tätigen sind Frauen. Nebenberufliches Personal ist meist nur stundenweise als Lehrbeauftragter oder wissenschaftliche Hilfskraft tätig. Zu den wissenschaftlichen Hilfskräften zählen die studentischen Hilfskräfte, im Jahr 2000 waren es 1 684.

Verwaltungs-, technisches und sonstiges Hochschulpersonal

Dieses Hochschulpersonal (2 252 im Jahr 2000) ist überwiegend hauptberuflich tätig und wird daher bei der folgenden Betrachtung in seiner Gesamtheit dargestellt. Auch das Verwaltungs-, technische und sonstige Personal ist in den vergangenen Jahren, seit Gründung der meisten Hochschulen, ständig angestiegen, jedoch nicht in dem Maße, wie das wissenschaftliche und künstlerische Personal. Innerhalb der einzelnen Tätigkeitsbereiche entwickelte



sich die Zahl der Beschäftigten unterschiedlich, so ist insbesondere seit 1992 in den Bereichen Verwaltungspersonal (+ 450 Personen) und technischer Dienst (+ 360 Personen) ein Anstieg zu verzeichnen.

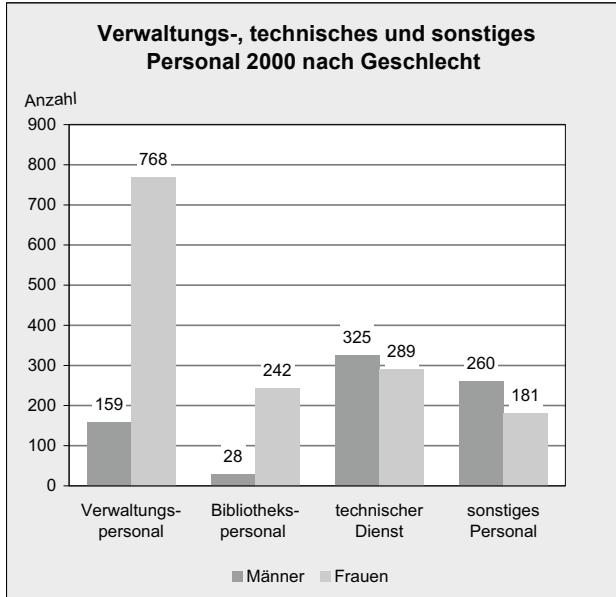
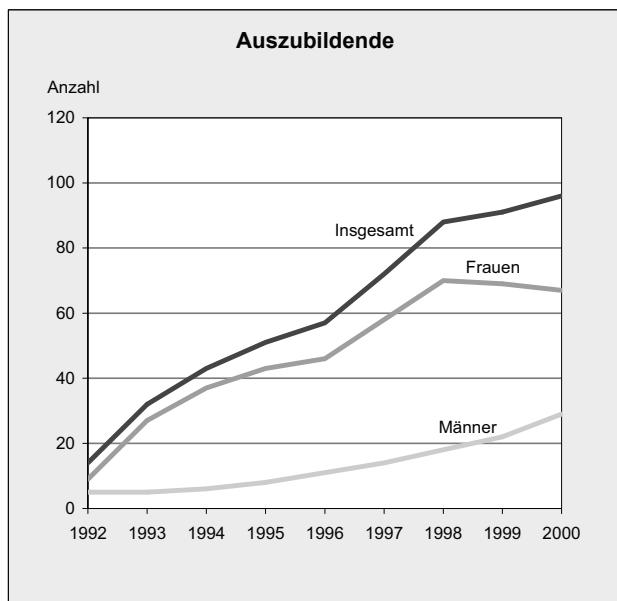
Hohe Frauenquote in den nichtwissenschaftlichen Bereichen

Fast zwei Drittel des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals sind Frauen. Dieser Anteil ist gegenüber 1992 um 2,4 Prozentpunkte angestiegen. Der Frauenanteil ist innerhalb der einzelnen Tätigkeitsbereiche unterschiedlich: 83 Prozent aller in der Verwaltung Tätigen und 90 Prozent des Bibliothekspersonals waren im Jahr 2000 weiblich, während jeweils mehr als die Hälfte des technischen Dienstes und des sonstigen Personals männlich sind.

Angestelltenverhältnis überwiegt beim nichtwissenschaftlichen Personal

Das Verwaltungs-, technische und sonstige Personal setzt sich aus Beamten, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden zusammen. Den weitaus größten Teil bilden hier die Angestellten (80,7 Prozent). Dieser Anteil ist in den letzten Jahren zu Lasten der Gruppe der Arbeiter (12,3 Prozent) angestiegen. Der Beamtenanteil pendelt seit 1995 zwischen 2 und 3 Prozent. Der Anteil der Auszubildenden am gesamten Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal ist von einem Prozent im Jahr 1992 auf über 4 Prozent im Jahr 2000 angestiegen.

Die Zahl der Auszubildenden hat in den vergangenen Jahren ständig zugenommen; mehr als zwei Drittel aller Auszubildenden sind weiblich.



Erika Eltfeld

Wohlfahrtsmessung und Einkommensentwicklung im Land Brandenburg

-Ein Ansatz mit Hilfe ausgewählter Sozialindikatoren-

Die verteilungspolitische Diskussion in unserer Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Deutlich wird dies insbesondere an der gegenwärtigen Diskussion geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei den Lohnverhandlungen, bei Reformvorschlägen im Bereich der direkten Besteuerung und auch bei Überlegungen zum Umbau des Sozialstaates. Die neuen Bundesländer sind infolge des Transformationsprozesses der letzten 10 Jahre mit umfangreichen Veränderungen ihrer sozio-ökonomischen Strukturen und Verhältnisse konfrontiert gewesen. Die Einkommenssituation der Bevölkerung ist weitgehend unumstritten eine zentrale Größe für die Bewertung von Wohlfahrtslagen und die Bestimmung von Lebenschancen und -perspektiven in unserer Gesellschaft. Einkommen schafft die notwendige Voraussetzung zum Erwerb von Gütern und Dienstleistungen und hat somit einen entscheidenden Einfluss auf die Lebenssituation insgesamt. Die Einkommenshöhe allein reicht jedoch sicherlich nicht aus, die materielle und soziale Situation von Individuen und sozialen Gruppen umfassend zu charakterisieren. Es bedarf zumeist weiterer geeigneter Indikatoren, wie etwa den Lohn- und Gehaltsstrukturen oder den Arbeitsmarktverhältnissen. Der Einkommensbegriff und die Analyse der Einkommenslage der Bevölkerung sind jedoch gemeinhin einzentraler Bestandteil jedweder Sozialberichterstattung. Jüngste Beispiele sind etwa der durch die Bundesregierung unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ vorgelegte erste Armut- und Reichtumsbericht oder etwa der Sozialreport des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums für die neuen Bundesländer. Die amtliche Statistik bietet im Rahmen der einschlägigen Sozialstatistiken, wie etwa dem Mikrozensus oder der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), eine fundierte und geeignete Datengrundlage zur Beschreibung und Messung von Wohlfahrtslagen und Einkommenssituationen. Der folgende Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse und Analysen der amtlichen Sozialstatistiken für das Land Brandenburg zusammen und ermöglicht insoweit einen Überblick zur Situation und Entwicklung der Einkommen im Erwerbszusammenhang.

1 Einleitung und Datengrundlage¹

Als Datenbasis dieser Analyse wurde insbesondere auf **Angaben des Mikrozensus (MZ)** neben weiteren amtlichen Statistiken zurückgegriffen. Der MZ ist eine jährliche Repräsentativerhebung der amtlichen Statistik bei 1 Prozent der Haushalte in Brandenburg. Er umfasst bundesweit Angaben zur Lebens- und Arbeitssituation und ist mit seinen Informationen über das Erwerbsverhalten, die Ausbildung, oder etwa die Situation der Familien und Haushalte einer der wichtigsten Bausteine der amtlichen Bevölke-

rungsstatistik. Aufgrund dieser im Vergleich zu anderen Erhebungen sehr großen Stichprobe und der Auskunfts-pflicht der Befragten stellt der Mikrozensus eine sehr solide Grundlage für Analysen dar. Auf eine Ergänzung der Angaben im Mikrozensus durch Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Landes aus den Jahren 1998 und 1993 wurde in dieser Analyse verzichtet, da zum Teil noch Ergebnisse der Erhebungen aus dem Jahre 1998 ausstanden und die EVS nur mehr in den Jahren 1993 sowie 1998 erhoben wurde.

Das Hauptaugenmerk soll im Folgendem auf der **Einkommenssituation der Brandenburger Bevölkerung** liegen. Sie ist ein wichtiger Indikator sowohl für die materielle Lebenssituation als auch für die Möglichkeit der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Mit Informationen über das Einkommen lassen sich jedoch nicht alle Aspekte der Wohlstandssituation aufzeigen, denn weder die Ausstattung der Haushalte mit bestimmten Gütern noch die vom Einkommen zu bestreitenden Ausgaben lassen sich mit diesen Daten beschreiben. Das Einkommen bestimmt jedoch in weitem Umfang die Möglichkeiten der Bedarfs-

¹ Die folgende Analyse ist das Ergebnis eines sozialwissenschaftlich ausgerichteten Forschungspraktikums von Frau Anne Mangold im LDS Brandenburg. Die im Querschnitt zum Thema Wohlfahrtsmessung und Einkommen aus den verschiedenen Sozial- und Wirtschaftsstatistiken gewonnenen Ergebnisse sind sehr informativ und stellen unseres Erachtens einen gelungenen Ansatz dar, Wohlfahrt und Einkommenssituation im Land Brandenburg anhand der vorliegenden amtlichen Daten zu analysieren. Wir möchten daher an dieser Stelle nochmals Frau Mangold für ihr Interesse und die intensive Beschäftigung mit der amtlichen Fachstatistik danken und wünschen Ihr für Ihren weiteren Werdegang alles Gute.

deckung und bildet damit die Basis für unterschiedliche Lebensbedingungen. Mit höherem Einkommen werden nicht nur die Konsummöglichkeiten verbessert, sondern auch die Möglichkeiten der Partizipation am gesellschaftlichen Leben wesentlich beeinflusst. In der öffentlichen Diskussion wird daher die Frage der Verteilungsgerechtigkeit recht kontrovers diskutiert.

Die vorliegenden Ausführungen erheben daher **keinen Anspruch auf Vollständigkeit**. Sie verstehen sich als Beitrag der amtlichen Statistiken des Landes zur Beschreibung und Darstellung von Wohlfahrt und Einkommen für das Land Brandenburg und stellen in ihrer Gänze nur eine Auswahl quantitativer Ergebnisse aus dem Bereich der amtlichen Statistik dar. In der Darstellung wurde daher auch auf weitere nicht-amtliche Datenquellen, wie etwa im Rahmen der wissenschaftlichen „Einkommens- und Armutsforschung“ mit Ergebnissen des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) Anwendung finden, verzichtet.²

Die im Folgenden getroffenen Aussagen und Ergebnisse sind daher mit **Einschränkungen** verbunden. So ist etwa nicht erkennbar, wie stabil die Einkommenssituation der Haushalte ist, denn Schwankungen im Verlauf des Jahres und Fluktuation innerhalb der Stichprobe bleiben hier unberücksichtigt. Ebenso bleibt die subjektive Einschätzung der eigenen Lage außerhalb des hier Darstellbaren.

Der Mikrozensus gibt ein **Bild der Erwerbstätigkeit und der Einkommenssituation** der Befragten im April wieder. Somit werden z. B. saisonale Veränderungen der Arbeitszeit und unregelmäßige Einkünfte wie Erbschaften oder Weihnachtsgeld etc. nicht beachtet. Um die Einkommenssituation der Brandenburger Bevölkerung darzustellen, wurde im Folgenden sowohl auf die Quellen der Einkünfte sowie die Einkommenshöhe, als auch auf die Messung von Einkommensdisparitäten eingegangen.

Eine wichtige Frage dabei ist, welche Bevölkerungsgruppen von unterdurchschnittlichen und welche von überdurchschnittlichen **Einkommensniveaus** betroffen sind? Hierfür liefert der Mikrozensus als eine mögliche und wichtige Quelle z. B. umfangreiche Informationen über Erwerbstätigkeit und Einkommen im Familien- und Haushaltzusammenhang. Da das Einkommen und die Erwerbsarbeit eng miteinander verknüpft sind, wird zudem die Situation auf dem Arbeitsmarkt näher beleuchtet. Methodisch wird zur Ergänzung der amtlichen Ergebnisse auf

das Konzept der sog. **Äquivalenzeinkommen** zur Berechnung gewichteter Einkommensangaben zurückgegriffen. Regionale Unterschiede innerhalb Brandenburgs wurden, soweit die Datenlage dies zuließ, insbesondere in Bezug auf die teilräumliche Untergliederung des Landes Brandenburg in einen Äußeren Entwicklungsräum (äER) sowie den engeren Verflechtungsraum (eVR) mit Berlin berücksichtigt.

Der Mikrozensus wird grundsätzlich nach dem **Wohnorts-konzept** erhoben. Demnach werden die Mitglieder der nach einem Zufallsverfahren ausgewählten Haushalte an ihrem Wohnort befragt. Somit werden Personen nicht berücksichtigt, die in Einrichtungen untergebracht oder obdachlos sind. Erwerbstätige werden hier, anders als z. B. in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), ihrem Wohnort und nicht ihrem Arbeitsort zugeordnet. Zeitlich liegt das Hauptaugenmerk dieser Untersuchung auf dem Jahr 1999, da zum Zeitpunkt der Analysearbeiten aktuellere Daten noch nicht vorlagen. An wichtigen Punkten werden auch die Tendenzen der vorangegangenen Jahre aufgezeigt. Dabei wird sich hier auf die **Zeit ab 1995** beschränkt, auf einen Zeitraum also, in dem die rasanten Umbrüche der frühen Nachwendejahre bereits etwas an Dynamik verloren haben. Ergebnisse der bundesweiten amtlichen Statistik werden teilweise die Bewertung dieser Ergebnisse erleichtern.

Auf einen Vergleich mit anderen Studien zur Einkommensungleichheit wurde jedoch weitestgehend verzichtet, da in den verschiedenen Untersuchungen unterschiedliche **Erhebungs- und Berechnungsweisen** zur Einkommensbestimmung angewandt wurden. Die Verwendung von beispielsweise anderen Äquivalenzskalen, Mittelwerten und Maßen der Ungleichheit kann zum Teil erhebliche Differenzen zum Ergebnis haben.³

2 Wirtschaftliche und beschäftigungs-relevante Rahmenbedingungen

Um die durch die Mikrozensusergebnisse zu beschreibende Einkommenssituation in Brandenburg angemessen interpretieren zu können, ist es einführend wichtig, einige **wirtschaftliche und beschäftigungsrelevante Rahmenbedingungen des Landes Brandenburg** darzustellen, welche den Gesamtkontext sozio-ökonomischer Bedingungen abbilden.

An dieser Stelle wird daher auf ausgewählte Ergebnisse der amtlichen Statistik aus den Bereichen Volkswirtschaft-

² Vgl. hierzu etwa Statistisches Bundesamt (Hrsg.)/WZB/ZUMA: Daten-report 1999, Aussagen zur Einkommensverteilung und Armut, S. 581-591, Bonn 2000 oder Beitrag „Wer zählt zu den Reichen, in: ZUMA: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) Ausgabe 24, Juli 2000, S. 1-5.

³ Vgl. Hauser, Richard (1996): Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Wohlfahrtsmessung: Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel, Wiesbaden: Metzler-Poeschel, 1996

liche Gesamtrechnung (VGR), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit zurückgegriffen. Sie geben hinreichende Informationen auf die gegenwärtige Situation und Entwicklungstendenzen im Lande sowie auf länderspezifische Besonderheiten, die es zu beachten gilt.

Entwicklung des Bruttoinlandproduktes* in Preisen von 1995 und der Zahl der Erwerbstädtigen (Veränderung gegenüber Vorjahr)								
Jahr	Brandenburg		neue Bundesländer ohne Berlin		alte Bundesländer ohne Berlin		Deutschland	
	BIP	Erwerbstätige	BIP	Erwerbstätige	BIP	Erwerbstätige	BIP	Erwerbstätige
Prozent								
1995	5,5	2,0	4,4	1,9	1,4	-0,1	1,7	0,2
1996	4,0	-0,2	3,2	-0,7	0,6	-0,1	0,8	-0,3
1997	1,7	-0,3	1,2	-1,4	1,6	0,1	1,4	-0,2
1998	2,3	0,0	1,0	0,2	2,3	1,2	2,1	0,9
1999	2,0	0,2	1,4	0,4	1,6	1,3	1,6	1,1

*Rechenstand: März 2001

Die **Entwicklung des Bruttoinlandproduktes (BIP)** als Indikator für das Wirtschaftswachstum zeigte sich in Brandenburg in dem Zeitraum von 1995 bis 1999 positiver als in den anderen neuen Bundesländern (NBL). In der Zeit der großen wirtschaftlichen Umbrüche nach dem Ende der DDR stieg mit dem stark wachsenden BIP und den abnehmenden Erwerbstädtigenzahlen die Produktivität in den NBL deutlich an. Seit 1997 sind die BIP-Steigerungsraten der neuen Bundesländer jedoch auf einem Niveau anbelangt, das unter dem der alten Bundesländer liegt.

Das **BIP Brandenburgs** erreichte im Jahr 1999 ein Niveau von rund 81 Mrd. DM (in jeweiligen Preisen). Unter Ausschaltung der Preisentwicklung lag es bei rund 79 Mrd. DM (in Preisen von 1995). Der Wert aller gesamtwirtschaftlich erzeugten Güter und Leistungen hat sich demnach seit dem Basisjahr 1991 um 58 Prozent erhöht. Vergleichbar hohe und überdurchschnittliche Zuwachsraten sind für alle neuen Bundesländer bis zum Jahr 1999 festzustellen. Verglichen mit dem wirtschaftsstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen liegt die gesamtwirtschaftliche Leistung Brandenburgs im Jahr 1999 bei rund 1/10 des Vergleichsniveaus. Gleichzeitig liegt es jedoch dem absoluten Betrage nach höher als in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Bremen.

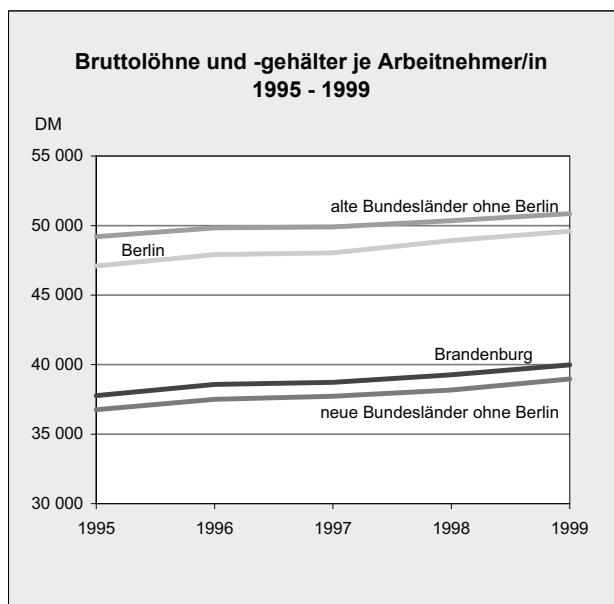
Während in den **alten Bundesländern** ab einer BIP-Steigerungsrate von 1,6 Prozent eine positive **Tendenz der Erwerbstädtigenzahlen** festzustellen war, ließ sich eine derartige Entwicklung in den neuen Ländern einschließlich Brandenburg nicht wiederfinden. So entwickelte sich beispielsweise das BIP von Brandenburg zwischen 1997 und



1999 besser als das der alten Bundesländer, die Entwicklung der Zahl der in Brandenburg Erwerbstädtigen zeigt sich jedoch insgesamt ungünstiger und weist nur geringe Zuwächse auf. Ein positives Wirtschaftswachstum in Brandenburg zieht demnach aufgrund der nach wie vor stattfindenden strukturellen Anpassungen weniger Beschäftigung nach sich, als es in den alten Bundesländern der Fall ist. Dies könnte auf eine verstärkte Polarisierung der Bevölkerung in den am Wirtschaftswachstum Profitierenden und den davon Ausgeschlossenen hinweisen. Ob es tatsächlich eine größer werdende Ungleichverteilung der Einkommen gab, wird mit der Auswertung der Mikrozensusdaten zu zeigen sein.

Auch im Jahre 1999 gab es noch erhebliche Niveauunterschiede in der **Arbeitsproduktivität** (BIP je Erwerbstädtige/n) zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Die neuen Bundesländer (ohne Berlin) erwirtschaften seit 1996 in etwa gleichbleibend 67 Prozent der Arbeitsproduktivität der alten Bundesländer. Brandenburg kann mit 70,3 Prozent im Jahr 1999 etwas positiver bilanzieren, jedoch hatte sich dieser Wert seit 1996 (69,1 Prozent) kaum verändert.

Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (gemessen in jeweiligen Preisen)					
Jahr	Brandenburg	NBL ohne Berlin	ABL ohne Berlin	Deutschland	Berlin
	DM				
1995	67 175	65 022	100 215	94 243	93 777
1996	70 528	68 194	102 013	96 230	94 208
1997	72 311	70 396	104 397	98 578	94 760
1998	74 426	71 552	106 833	100 810	96 092
1999	76 010	72 729	108 169	102 188	98 008



Geografisch liegt das Bundesland Berlin mitten im Land Brandenburg und es existieren bereits über eine Vielzahl funktionaler sowie wirtschaftsstruktureller Verflechtungen der beiden Bundesländer. Daher ist es hier wichtig, dass Berlin aufgrund seiner Funktion als europäischer Metropolraum sowie als Bundeshauptstadt Deutschlands und aufgrund seiner direkten Nähe zu Brandenburg besondere Beachtung findet.

Je Erwerbstätigen erreichte Berlin im Jahr 1999 eine Arbeitsproduktivität von rund 98 Tausend DM, welche deutlich über jener von Brandenburg mit rund 76 Tausend DM lag. Die Angleichung der beiden Länder auf diesem Gebiet hat in den jüngeren Jahren jedoch deutlich an Dynamik verloren. Das gleiche gilt für die von der VGR berechneten **Arbeitsnehmerentgelte** (Bruttolöhne und Gehältern je Arbeitnehmer/in): Die Löhne Brandenburgs stagnieren bis zum Jahr 1999 auf einem Niveau von 80,6 Prozent des vergleichbaren Berliner Lohnniveaus. Im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern sind die durch die VGR berechneten Löhne in Brandenburg leicht überdurchschnittlich, betragen jedoch nur 78,6 Prozent der durchschnittlichen Löhne in den alten Bundesländern (ohne Berlin). Dieses Niveau hat sich seit 1995 (76,8 Prozent) kaum verändert.

Die Lage Berlins im Zentrum von Brandenburg hat großen Einfluss auf die **Entwicklung der Einwohnerzahlen** und die Wirtschaft Brandenburgs. Die Verbindung von Berlin und Brandenburg ist durch zwei Merkmale stark geprägt: Zum einen verlegt eine große Zahl Berliner/innen ihren Wohnsitz nach Brandenburg. Allein im Jahr 1999 standen den 44 000 Zuzügen aus Berlin nur 21 000 Fortzüge in die entgegengesetzte Richtung gegenüber. Zum anderen befand sich zur Jahreswende 1998/99 der Arbeitsplatz von

123 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Brandenburger/innen in Berlin, während dagegen nur 52 000 Berliner/innen zum arbeiten nach Brandenburg fuhren.

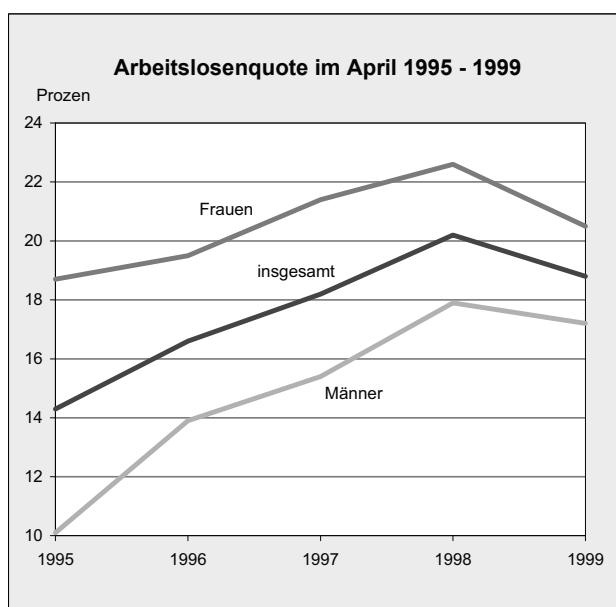
Insgesamt pendelten 176 000, also 18,8 Prozent aller **sozialversicherungspflichtig beschäftigten Brandenburger/innen** in andere Bundesländer aus, während nur etwa halb so viele zur Arbeit in das Bundesland einpendelten. Es ergibt sich demnach ein negativer Pendlersaldo von 9,3 Prozent der sozialpflichtig Beschäftigten.

Im Folgenden ist es dementsprechend wichtig, zu beachten, dass somit die im Mikrozensus beschriebene Situation der Wohnbevölkerung auch Arbeitsverhältnisse außerhalb Brandenburgs wiedergibt. Durch ein unterschiedliches Lohnniveau in Brandenburg und Berlin kann mit dem Mikrozensus die Lebenssituation der Brandenburger/innen, jedoch nur eingeschränkt die Arbeitssituation der in Brandenburg Tätigen beschrieben werden. Es ist anzunehmen, dass, wie in anderen Großstädten auch, vor allem Berliner/innen mit mittlerem und höherem Einkommen ihren Wohnort in das Umland verlegen während sie ihren alten Arbeitsplatz beibehalten⁴ und somit das im Mikrozensus abgebildete Einkommensniveau erhöhen, ohne dass dies mit einer Erhöhung der Einkommen der in Brandenburg Tätigen einhergeht.

Bedingt durch die oben genannten Umstände ergibt sich für Brandenburg folgendes Bild:

- Brandenburg ist das einzige neue Bundesland, in dem 1999 mehr Menschen wohnten als 1991, die Bevölkerung wuchs seit 1995 stetig.
- Diese Entwicklung ist allerdings nicht in allen Teilen Brandenburgs gleichlaufend. Grundlegend unterscheidet die gemeinsame Landesplanung Brandenburg-Berlin die Landesfläche in einen Berlin umgrenzenden Teilraum, den engeren Verflechtungsraum (eVr) sowie einen stärker peripheren Teilraum, den äußeren Entwicklungsraum (äEr). Die Bevölkerung nach demnach im eVr, also in dem am stärksten mit der Metropole verflochtenen Brandenburger Umland von Berlin, stark zu, während sie in den weniger zentralen Regionen des äEr abnahm.

⁴ Vgl. Hinrichs, Wilhelm (1999): Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin, WZB – Veröffentlichung FS III 99 – 401, <http://www.wzb-berlin.de/sb/pub/pub.de.htm#2000>, bes. Kap. 5.2.



Angesichts dessen und des oben beschriebenen Pendlerverhaltens lässt sich daher vermuten, dass sich die **Regionen rund um Berlin wirtschaftlich in einer wesentlich besseren Ausgangslage befinden als die in den Randlagen des Bundeslandes**. Diese Vermutung wird durch Ergebnisse der amtlichen Statistik bestätigt: so finden z. B. die brandenburgischen Gewerbeanmeldungen (zu 46,6 Prozent) und Baufertigstellungen⁵ (zu 53,3 Prozent) in verhältnismäßig großer Zahl im engen Verflechtungsraum statt, also auf 15 Prozent der Fläche Brandenburgs, in einem Gebiet, in dem 35 Prozent der Bevölkerung wohnt und sich 17 Prozent der Gemeinden Brandenburgs befinden. Die gestiegerte Anzahl der industriellen Betriebe⁶ Brandenburgs in der Zeit von 1997 bis 1999 lässt sich zu 80 Prozent auf neue Betriebe im engeren Verflechtungsraum zurückführen.

Wie sich dies auf die **Einkommenssituation** niederschlägt, wird anhand der Mikrozensusdaten zu zeigen sein. Auch die **Arbeitslosenstatistik** des Erhebungsmonates April 1999, in der die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitssuchenden verzeichnet werden, zeigt deutliche regionale Unterschiede. Die Arbeitslosenquote⁷ differiert je nach Arbeitsamtsbereich stark und liegt zwischen 12,5 Prozent (Potsdam) und 24,8 Prozent (Lübbenau). Die Arbeitslosenquote für das Land Brandenburg insgesamt war mit 18,8 Prozent annähernd so hoch wie in den neuen Bun-

desländern und Ostberlin zusammen (19,1 Prozent) und damit wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet (10,1 Prozent).

Der **Anteil der Frauen** unter den gemeldeten Arbeitslosen nahm kontinuierlich ab und lag im April 1999 bei 52,6 Prozent, fünf Jahre zuvor machten sie noch 63,6 Prozent aus. Die **Angleichung der Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen** ist vor allem einem stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Männern geschuldet: in den Jahren von 1995 bis 1999 stieg sie von 10,1 auf 17,2 Prozent, während sich die der Frauen nur gering von 18,7 auf 20,5 Prozent erhöhte.

Da hier nur die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen in die Statistik einfließen, ist der Mikrozensus eine gute Kontrollmöglichkeit zur Beschreibung der Arbeitsmarktlage, denn dort ist die Zahl der Arbeitslosen unabhängig von deren Meldung in den Ämtern.

Resümierend lässt sich für Brandenburg folgendes feststellen:

- Die **Zahl der Brandenburger Einwohner/innen** nimmt seit 1995 zu, denn die Zuzüge, vor allem aus Berlin, gleichen die Bevölkerungsverluste durch gesunkene Geburtenzahlen und Abwanderungen bislang mehr als aus.
- Ein erheblicher Teil der in Brandenburg Wohnenden arbeitet in anderen Bundesländern, bevorzugt in Berlin, wo das Lohnniveau um fast $\frac{1}{4}$ höher liegt. Jede/r **Fünfte sozialpflichtig Beschäftigte** arbeitet außerhalb Brandenburgs, wohingegen nur halb so viele Beschäftigte in das Bundesland einpendeln.
- Die **wirtschaftliche Entwicklung** verlief bis 1999 in Brandenburg etwas positiver als in den neuen Ländern allgemein, der Unterschied zu den alten Bundesländern in den BIP-Zahlen wurde jedoch seit 1996 nicht geringer.
- Wirtschaftliches Wachstum führte in Brandenburg zwar zu **höherer Arbeitsproduktivität**, jedoch kaum zu einem Anstieg der Erwerbstätigkeit.
- Innerhalb Brandenburgs bestehen **starke regionale Unterschiede hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt**.

⁵ Baufertigstellungen von neuen Gebäuden sowie von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

⁶ Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

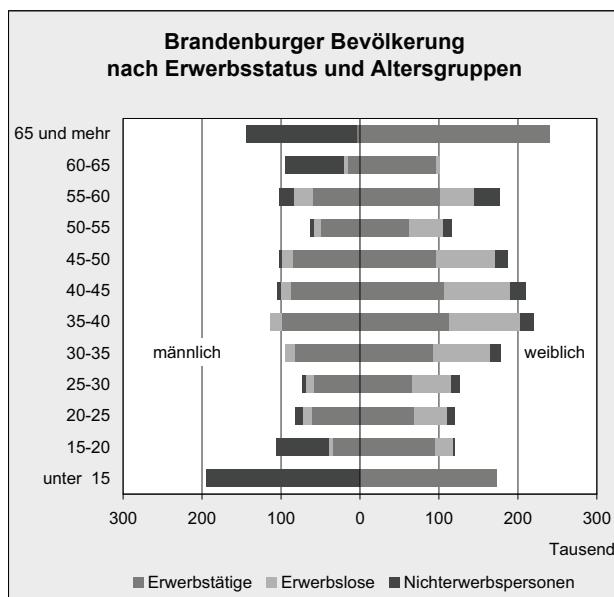
⁷ Bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen.

3 Einkommen

3.1 Einkommensquellen und Beteiligung am Erwerbsleben

Die erwerbstätige Bevölkerung wird im Mikrozensus mit dem **Labour-Force-Konzept⁸** erfasst. Demnach gelten Personen im Alter von 15 Jahren und mehr als erwerbstätig, wenn sie im Untersuchungszeitraum mindestens eine Stunde bezahlte Arbeit geleistet oder als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige tätig waren. Erwerbslose sind dagegen Personen ab 15 Jahre ohne Beschäftigungsverhältnis, die nicht selbstständig sind. Sie müssen zudem innerhalb von zwei Wochen für eine Beschäftigung verfügbar sein und in den letzten 4 Wochen Arbeit gesucht haben. Dies gilt unabhängig von einer Meldung beim Arbeitsamt. Erwerbspersonen umfassen Erwerbstätige und Erwerbslose. Nichterwerbspersonen sind beispielsweise Kinder, Rentner/innen sowie Hausfrauen und -männer, also Menschen, die sich dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stellen.

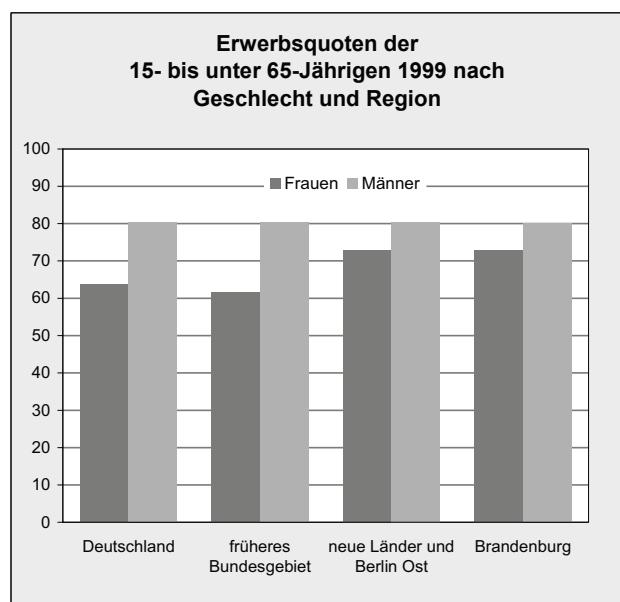
Im **April 1999** waren in Brandenburg 59,1 Prozent der Männer und 50,1 Prozent der Frauen Erwerbspersonen, also entweder arbeitend oder arbeitsuchend. Der geringere Anteil unter den Frauen ist zu einem großen Teil auf Erwerbsunterbrechungen wegen Mutterschaft und einen größeren Anteil von weiblichen Rentnern zurückzuführen.



Merkmals	Erwerbsquote* der 15- bis unter 65-Jährigen 1999			
	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder und Berlin Ost	Brandenburg
Frauen	63,8	61,7	73,0	73,0
Männer	80,3	80,3	80,4	80,0

* Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung

Eine Tendenz, dass sich Frauen vom Arbeitsmarkt zurückziehen, ist in den Jahren 1995 bis 1999 nicht zu erkennen, vor allem in den mittleren Altersklassen (25 - 50 Jahre) unterscheiden sie sich hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung kaum von den Männern. Eine Anpassung an das westdeutsche Modell der Einverdienerfamilie zeichnet sich demnach in Brandenburg nicht ab.

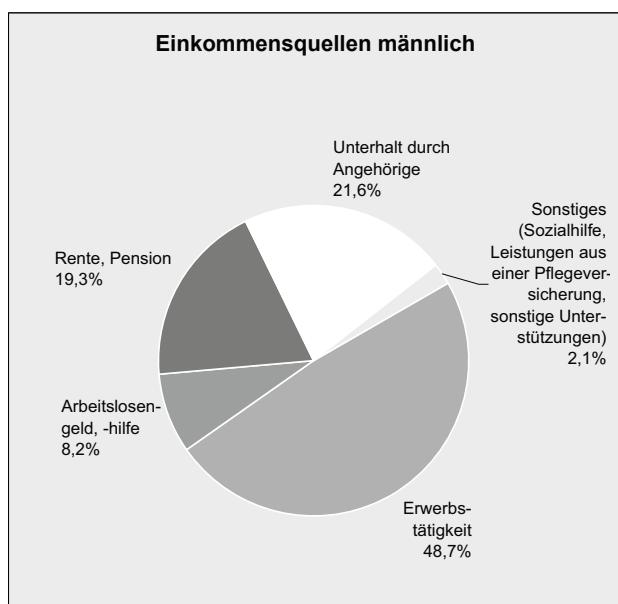
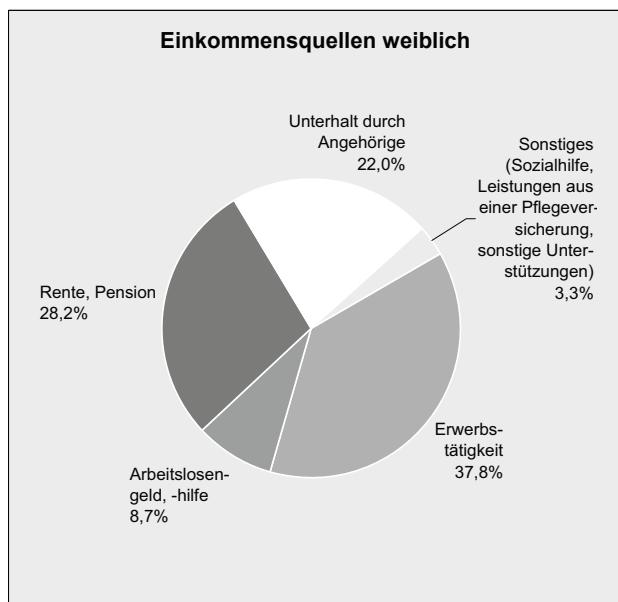


Eigene Erwerbstätigkeit ist die bedeutendste Einkommensquelle. Da auch die Höhe von Renten und Arbeitslosengeld und -hilfe von der vergangenen Erwerbstätigkeit abhängig sind, bestimmt sie so maßgebend die finanzielle Situation der Bürger/innen Brandenburgs.

In der Kategorie der durch Angehörige Unterstützten befinden sich zu 88,7 Prozent Personen unter 20 Jahren, also vor allem Kinder und Jugendliche, die finanziell noch nicht selbstständig sind.

Um die Einkommensverteilung näher beschreiben zu können, ist es demnach wichtig, auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt besonders einzugehen (s. Kap 4).

⁸ Vgl. Schmidt, Simone (2000): Erwerbstätigkeit im Mikrozensus. Konzepte, Definitionen, Umsetzung. In: ZUMA Arbeitsbericht Nr. 2000/01



3.2 Einkommensverteilung⁹

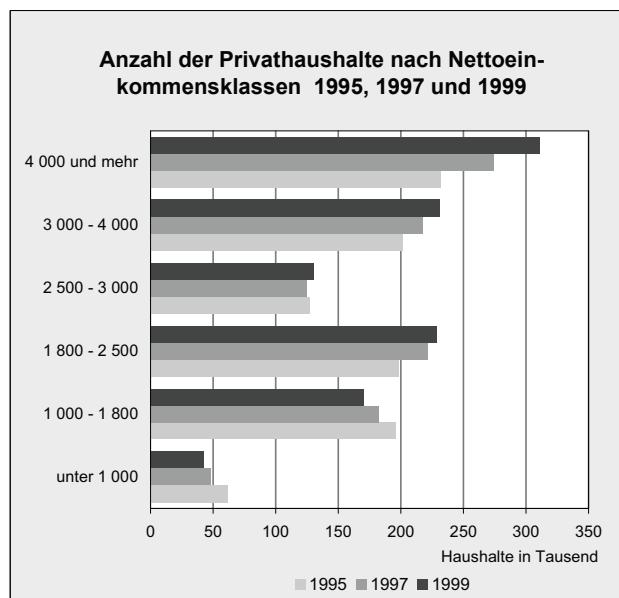
Das im Mikrozensus abgefragte Nettoeinkommen setzt sich aus dem gesamten im Monat April erzielten Einkommen zusammen und umfasst unter anderem Lohn oder Gehalt, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützungen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Kindergeld und Wohngeld. Die Befragten

ordnen ihr Gesamteinkommen (sowohl für die einzelnen Haushaltmitglieder getrennt als auch für den Haushalt zusammen) Einkommensklassen zu.

Haushaltseinkommen

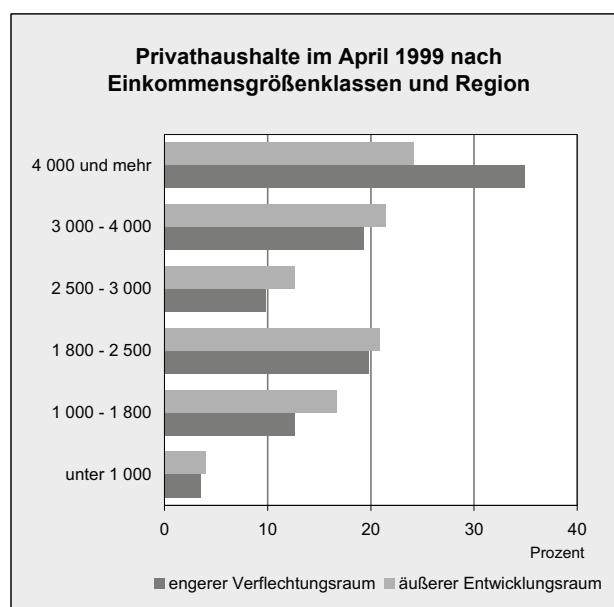
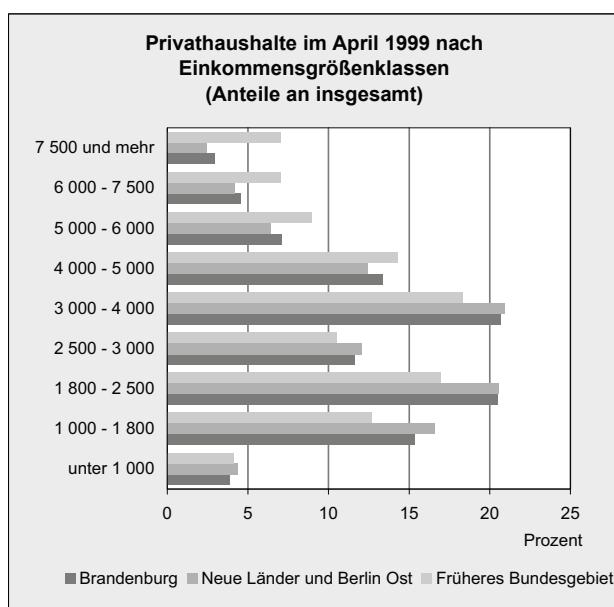
Betrachtet man die Situation und die Entwicklung der **Nettoeinkommen**¹⁰, welche den Brandenburger Haushalten in den Erhebungszeiträumen 1995, 1997 und 1999 zur Verfügung standen, so lassen sich folgende Trends erkennen:

- Die Zahl der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 1 800 DM bzw. unter 1 000 DM nahmen seit 1995 stetig ab;
- dagegen steigt die Anzahl der Haushalte, die über ein Einkommen zwischen 1 800 DM und 2 500 DM verfügen können, an.
- Auffällig ist hier jedoch, dass die Zahl der Haushalte aus dem Bereich von 2 500 bis 3 000 DM im Beobachtungszeitraum weitgehend konstant geblieben ist, wohingegen die Haushalte in der Einkommensklasse mit einem Nettoeinkommen von über 4 000 DM weiterhin zunehmen.



⁹ In den folgenden Auswertungen werden nur die Personen und Haushalte mit Angabe zum Einkommen berücksichtigt. Trotz der Auskunftspflicht der Befragten kann es vereinzelt zu Antwortausfällen kommen. Außerhalb dieser Betrachtungen fallen auch die selbständigen Landwirte, da bei ihnen nichtmonetäre Einkommen eine große Rolle spielen.

¹⁰ Das ausgewiesene Nettoeinkommen ergibt sich dabei aus dem Bruttoeinkommen im Monat April abzüglich der gezahlten Steuern und der Beiträge zur Sozialversicherung. Bei unregelmäßigen Einkommen ist der Nettodurchschnitt im Jahr zugrundegelegt. Bei Selbstständigen in der Landwirtschaft und mithelfenden Familienangehörigen wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.



Die allgemeine Tendenz zu höheren Haushaltseinkommen entwickelte sich demnach - trotz abnehmender Haushaltsgrößen insgesamt - nicht gleichmäßig über alle Einkommensklassen hinweg. So lässt sich aufgrund der Datenlage erkennen, dass seit dem Jahr 1995 die Zahl der Brandenburger Haushalte

Ein Vergleich der Einkommenssituation der Brandenburger Haushalte nach Einkommensgrößenklassen im April 1999 mit den durchschnittlichen Ergebnissen für die neuen und die alten Bundesländer zeigt die folgenden Ergebnisse:

- Die Haushaltseinkommen Brandenburgs unterscheiden sich nur geringfügig von denen der neuen Länder (einschl. Berlin-Ost), jedoch erheblich von denen des früheren Bundesgebietes.
- So liegt der Anteil der Brandenburger Haushalte mit einem durchschnittlichen Einkommen unter 1 800 DM sowie zwischen 2 500 DM und 4 000 DM unterhalb des entsprechenden Anteils in den neuen Ländern insgesamt. Für die Klasse 1 800 DM bis 2 500 DM liegen die beiden Vergleichswerte gleich auf. Ab den Einkommensklassen über 4 000 DM liegen die Anteilswerte der Brandenburger Haushalte jedoch stets über den Vergleichswerten der neuen Länder.
- Im Vergleich Brandenburgs wie auch der neuen Bundesländer mit den Einkommensniveaus in den alten Bundesländern zeigt sich, dass ein deutlich höherer Anteil der Privathaushalte in den alten Ländern in den hohen Einkommensklassen wiederzufinden ist.

Das **durchschnittliche Nettoeinkommen¹¹** der Brandenburger Haushalte betrug im April 1999 2 941 DM. Eine regional differenzierte Betrachtung für die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes im Jahre 1999 zeigt jedoch deutliche Unterschiede („Disparitäten“) im Nettoeinkommen der Haushalte. So reicht die Spanne von 2 445 DM im Stadtkreis Brandenburg bis zu 3 380 DM im Landkreis Potsdam Mittelmark. Auch in einer Unterscheidung nach der unmittelbaren geografischen Nähe zu Berlin zeigen sich regionale Unterschiede. Während demnach die Haushalte der Regionen Brandenburgs im engeren Verflechtungsraum mit 3 221 DM wesentlich über dem landesweiten Durchschnitt liegen, zeichnen sich die Haushalte im äußeren Entwicklungsräume durch ein unterdurchschnittliches Nettoeinkommen von rund 2 824 DM aus.

Die sich im Vergleich zwischen den beiden Brandenburger Teilläufen des engeren Verflechtungsraumes und des äußeren Entwicklungsräume zeigenden Unterschiede entsprechen den Erwartungen nach der im Kapitel 2 beschriebenen Situation:

- das höhere Lohniveau in Berlin, das Pendlerverhalten, die Zuwanderung von Personen mit mittlerem und hohem Einkommen und die stärkeren wirtschaftlichen

¹¹ Dadurch, dass nicht das genaue Einkommen angegeben wird sondern nur die Einkommensklasse, sind besondere statistische Verfahren notwendig, um die Einkommensverteilung umschreiben zu können. Da vor allem die Angaben am unteren und oberen Ende der Einkommensskala nur ungenau erfasst werden können, ist es hier angebracht, anstatt des arithmetischen Mittels den Median als Vergleichspunkt zu verwenden. Da das arithmetische Mittel anfällig für Extremwerte ist, ist der Median als mittlerer Wert einer nach der Größe geordneten Reihe relativ unempfindlich gegenüber dem Einfluss von Extremwerten einer Datenmenge über Einkommen.

chen Aktivitäten im engeren Verflechtungsraum beeinflussen die Einkommenssituation in den berlinnahen Gebieten positiv.

Demnach sind alle Einkommensklassen unter 4 000 DM im Brandenburger Umland von Berlin schwächer vertreten als dies für die periphereren Regionen im äußeren Entwicklungsräum der Fall ist. Der Anteil der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von über 4 000 DM liegt hingegen wesentlich höher.

Exkurs: Konzepte der Wohlfahrtsmessung

Zur Operationalisierung von Wohlfahrts- und Einkommenslagen existieren in der wissenschaftlichen Forschung unterschiedliche konzeptionelle Ansätze.¹² So unterscheidet etwa die „Armutsforschung“ als Teildisziplin der Sozialforschung gemeinhin zwischen einem **Ressourcen- und einem Lebenslagenansatz**. Während der Lebenslagenansatz jedoch auf die gesamte bestehende Versorgungssituation von Personen und Haushalten abzielt und den Grad der Unterversorgung als Armutsmaß verwendet, zielt der Ressourcenansatz auf die monetären Quellen, die ein bestimmtes Versorgungsniveau ermöglichen. „Armut“ wird dabei als Unterausstattung, „Reichtum“ als Überausstattung mit ökonomischen Mitteln, sprich dem Einkommen, verstanden. Als zentraler Indikator des Ressourcenansatzes steht das Einkommen der Haushalte im Blickfeld des Interesses. Das international (EU, OECD) wie national weitgehend anerkannte Verfahren einer operationalisierten Wohlfahrtsmessung ist das sog. **Konzept der „relativen Armut“ bzw. des „relativen Reichtums“**. Als „relativ arm“ bzw. „relativ reich“ gilt demnach jemand, dessen Einkommen einen bestimmten Prozentsatz des durchschnittlich verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens unter- bzw. überschreitet. Von **relativer „Einkommensarmut“** wird daher gesprochen, wenn das Nettoeinkommen weniger als 50 Prozent des gewichteten durchschnittlichen Nettoeinkommens beträgt. Von **relativem „Einkommensreichtum“** wird hingegen gesprochen, wenn das Nettoeinkommen 200 Prozent des gewichteten durchschnittlichen Durchschnittseinkommens übersteigt.

Um die Einkommenssituation der Personen in den Brandenburger Haushalten angemessen beschreiben zu können, wird hier u. a. auf das **Konzept der Äquivalenzeinkommen** zurückgegriffen, in dem Bedarfsunterschiede und

Kostenvorteile von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammenstellung beachtet werden. Bei diesem Ansatz bildet das Haushalteinkommen den Ausgangspunkt. Dabei wird angenommen, dass die Einkommen der Haushaltsglieder in einen Pool fließen, aus dem gemeinsam und zum gleichen Nutzen aller gewirtschaftet wird. Da zudem davon ausgegangen wird, dass das gemeinsame Wirtschaften Einsparungen mit sich bringt und sich die Bedürfnisse von Kindern von denen der Erwachsenen unterscheiden, werden den Haushaltsgliedern bestimmte **Gewichte**, sog. „Äquivalenzskalen“ zugeordnet.¹³ In der hier verwandten Skala, welche der Systematik einer von der OECD entwickelten Skala folgt und sich an den Regelsatzproportionen der Sozialhilfesätze orientiert, wird

1. der **ersten Person im Haushalt** (Haushaltsvorstand) ein Gewicht von 1,
2. **jeder weiteren Person im Haushalt über 15 Jahren** ein Gewicht von 0,8 und
3. **jedem weiteren Kind im Haushalt unter 15 Jahren** ein Gewicht von 0,6 zugeordnet.

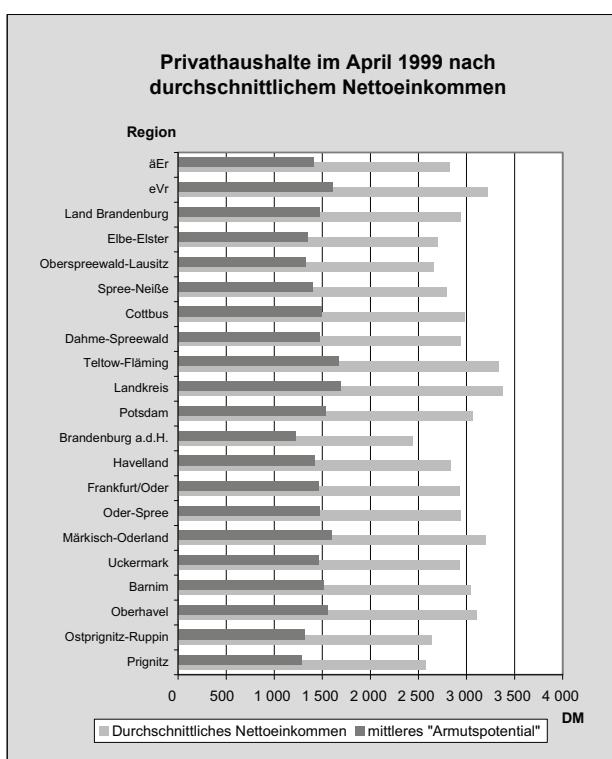
Das **Äquivalenzeinkommen** berechnet sich dann aus dem Haushaltseinkommen geteilt durch die Summe der Gewichte. Beispielsweise würde dann für ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 15 Jahren das Haushaltseinkommen durch 3 (=1+0,8+0,6+0,6) geteilt. Mit den so berechneten Äquivalenzeinkommen ist es dann möglich, Haushalte unterschiedlicher Zusammensetzung vergleichbar zu machen.

Um nun die relative „**Einkommensarmut**“ bzw. den relativen „**Einkommensreichtum**“ zu beschreiben, ist es international üblich, das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen als Maßstab zu verwenden. Damit werden „Armut“ und „Reichtum“ als relational begriffen. Betrachtet wird demnach das Einkommen einer Person im Verhältnis zu dem der anderen Personen in einem bestimmten Gebiet. Auf eine Definition einer festen Armuts- oder Reichtumsgrenze wird somit verzichtet. Mögliche Aussagen beziehen sich daher auf Haushalte bzw. Personen mit stark unter- bzw. stark überdurchschnittlichen Einkommen gemäß der w.o. angegebenen und international anerkannten Definitionen.¹⁴

¹² Vgl. hierzu u.a. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Lebenslagen in Deutschland, Der erste Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 6ff, Bonn 2001; Kölling, A.: Armutmaße für die Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik 6/1999, S. 479-492, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1999; Krause, P., Otto, B.: Nutzbarkeit des SOEP zur Beurteilung der Einkommensverhältnisse im Land Brandenburg, insbesondere zum Aspekt der Armut, Expertise des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin 1998.

¹³ Vgl. Hauser, Richard (1996): Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Wohlfahrtsmessung: Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel, Wiesbaden: Metzler-Poeschel, 1996. S. 25

¹⁴ Zum Begriff von Armut vgl. auch Dathe, Dietmar (1999): Einkommensentwicklung und -unterschiede. In: Gunnar Winkler (Hg.): Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm, S. 170 – 200, bes. S. 186 ff.



Wie weiter oben ausgeführt lag das **durchschnittliche Nettoeinkommen der Brandenburger Haushalte im April 1999** bei 2 942 DM. Wie die regionale Betrachtung zeigte, reicht dabei die Spanne regionaler Disparitäten von 2 445 DM im Landkreis Brandenburg bis zu 3 380 DM im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Als mittleres Armutspotential der Brandenburger Haushalte ergibt sich entsprechend der o.a. Definitionen von 50 Prozent des gewichteten Durchschnittseinkommens ein Nettoeinkommen von 1 471 DM. Im Jahre 1999 verfügten demnach annähernd 13 Prozent der Brandenburger Haushalte oder rund 143,5 Tausend Haushalte über ein Nettoeinkommen, welches unterhalb des 50 Prozent-Durchschnitts lag. Rund 35 Prozent dieser Haushalte entfielen auf den engeren Verflechtungsraum (4,4 Prozent aller Haushalte), im äußeren Entwicklungsräum lag der Anteil mit rund 65 Prozent (8,1 Prozent aller Haushalte) deutlich höher.

Führt man nun mittels der angeführten Methode zur Berechnung **entsprechend der Anzahl von Haushaltsgliedern gewichteten Äquivalenzeinkommen** durch, so erhält man für die Haushaltsgrößenklassen der Brandenburger Haushalte folgende Ergebnisse:

- Das durchschnittliche Nettoeinkommen in den **Ein-Personen-Haushalten** liegt bei 1 781 DM. Rund 9 Prozent aller 1-Personen-Haushalte verfügten demnach über ein Nettoeinkommen pro Kopf von unter 50 Prozent des Durchschnitts (relativ „arme Bevölkerung“). Der Anteil der Single-Haushalte, dessen Nettoeinkommen den Durchschnitt um über das zweifa-

che (relativ „reiche Bevölkerung“) übertraf, lag hingegen mit 1,5 Prozent wesentlich niedriger. Da bei den 1-Personenhaushalten keine weiteren Einkommensbezieher zur Hebung des verfügbaren Haushaltseinkommens zur Verfügung stehen, fällt der Anteil der relativ „armen“ Haushalte in dieser Haushaltsgröße gezwungenenmaßen mit fast 1/10 hoch aus.

- Bei den **Mehrpersonenhaushalten** sind das Nettoeinkommen pro Kopf mit der Anzahl der Haushaltsglieder stetig ab. Verfügen die 2-Personenhaushalte noch über ein Einkommen von rund 1 721 DM, so ist es bei den 4- und Mehrpersonenhaushalten bis auf 1 482 DM pro Kopf abgesunken.
- Mit steigender Anzahl der Haushaltsglieder kehrt sich demnach auch das **Verhältnis der relativ „armen“ und relativ „reichen“ Bevölkerung der Haushalte** um. So zählt bei den 2-, 3- 4- und Mehrpersonenhaushalten mit jeweiligen Anteilen von unter 1-Prozent doch einen verschwindend geringen Anzahl der Haushalte zu den relativ „armen“ Haushalten, während hingegen der Anteil der jeweiligen Haushalte mit über 200 Prozent des Nettoeinkommens des Haushaltsgroßendurchschnitts deutlich höher liegt. Insbesondere die 2- und 3-Personenhaushalten verfügen mit einem Anteil von 3,0 und 4,1 Prozent über die höchsten Anteile hoher Einkommen.

Nettoäquivalenzeinkommen der Bevölkerung nach Haushaltsgrößenklassen

Haushaltsgöße nach Perso- nenzahl	Durch- schnitts- netto pro Kopf	Relativ „reiche“ Bevölkerung		Relativ „arme“ Bevölkerung	
		Bevölk- erung DM	Anteil am je- weiligen Haus- haltstyp 1 000 Prozent	Bevöl- kerung 1 000 Prozent	Anteil am je- weiligen Haus- haltstyp 1 000 Prozent
1 Personen	1 781	5,1 11,	1,5	29,9	9,0
2 Personen	1 721	7	3,0	2,5	0,7
3 Personen	1 655	8,7	4,1	0,8	0,4
4 Personen und mehr	1 482	3,0	1,6	0,1	0,1

Betrachtet man die Ergebnis der Äquivalenzeinkommensberechnungen für die **Brandenburger Familien** im Zeitraum 1995 bis 1999, welche mit einem Nettoeinkommen von unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen müssen, so zeigen sich folgende Ergebnisse:

- Im Jahre 1999 mussten im Land Brandenburg rund 12 Prozent der Familien mit einem Nettoeinkommen von unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen (relative „Armut“). Im Jahre 1995 hatte der Anteil mit 14 Prozent noch deutlich höher gelegen.
- Nach Familientyp unterschieden, sind Alleinstehende mit Kindern am häufigsten von relativer „Armut“ betroffen. Mit einem Anteil von 10,4 Prozent aller Alleinstehenden mit Kindern liegt die „Armutswahrscheinlichkeit“ dieses Familientyps deutlich höher, als dies für Alleinstehende ohne Kinder (6,9 Prozent) bzw. etwa Ehepaare mit Kindern (3,3 Prozent) der Fall ist.
- Die geringsten relativen „Armutsquoten“ weisen demnach mit einem Anteil von 3 Prozent die kinderlosen Ehepaare, gefolgt von den Ehepaaren mit Kindern (3,3 Prozent) auf.
- Die „Armutsquote“ alleinerziehender Eltern hat sich zwischen 1995 und 1999 deutlich verringert. Fielen im Basisjahr noch rund 13 Prozent aller Alleinerziehenden unter die relative „Armutsgrenze“, so waren es im Jahr 1999 mit 10,4 Prozent deutlich weniger. Nach wie vor müssen damit jedoch rund 1/10 aller Alleinerziehenden in Brandenburg mit einem Nettoeinkommen unter der 50 Prozent der gewichteten Durchschnittseinkommens auskommen.

Brandenburger Familien unterhalb von 50 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens (Anteile am jeweiligen Familientyp)

Familientyp	1999	1998	1997	1996	1995
	Prozent				
Ehepaare mit Kindern	3,3	4,1	4,4	3,6	3,8
Allein Stehende mit Kindern (Kinder ohne Altersbegrenzung)	10,4	10,6	12,9	13,4	13,2
Ehepaare ohne Kinder	3,0	2,8	2,8	2,6	2,9
Allein Stehende ohne Kinder (ohne ledige Personen)	6,9	8,3	7,0	7,0	7,6
Familien insgesamt	11,6	11,3	11,8	12,0	14,0

Wie die Ausführungen gezeigt haben, lassen sich somit nach dem Ansatz der Äquivalenzeinkommen der Brandenburger Haushalte und Familien deutliche Unterschiede der Betroffenheit von relativer „Armut“ in den Haushaltsgrößenklassen bzw. den Familientypen erkennen, welche einen Hinweis auf das Ausmaß und die Entwicklung der Einkommensdisparitäten geben.

Einkommen von Personen

Nach der Betrachtung der Einkommen der Haushalte soll sich im Folgenden den Einkommen von Personen zugewandt werden. Das mit Hilfe der Äquivalenzskala ermittelte Nettoäquivalenzeinkommen stieg von durchschnittlich 1 539 DM im Jahr 1995 innerhalb von 5 Jahren auf einen Wert von 1 683 DM im Jahre 1999 an.

Verteilung von Personen auf Nettoäquivalenzeinkommensklassen 1995 bis 1999

Insge- sammt	Durch- schnitts- netto	Relative „Armut“			Relativer „Reichtum“		
		50 Prozent Grenze	Perso- nen	Anteil der Per- sonen an der Be- völke- rung ¹⁾	200 Prozent Grenze	Perso- nen	Anteil der Per- sonen an der Be- völke- rung ¹⁾
1995	1 540	770	272,4	10,7	3 079	39,3	1,5
1996	1 597	798	318,6	12,6	3 193	59,2	2,3
1997	1 598	799	354,6	13,9	3 196	66,3	2,6
1998	1 656	828	327,5	12,7	3 312	89,2	3,5
1999	1 683	841	326,4	12,6	3 366	112,5	4,3

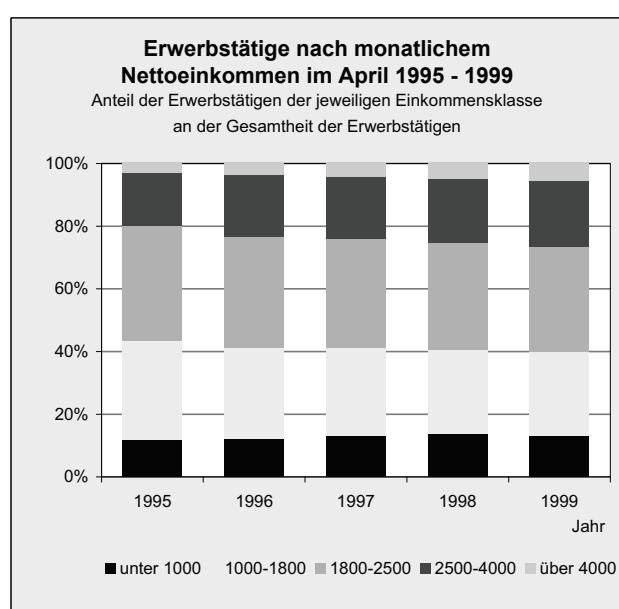
1) mit Angabe zum Einkommen

Mit dem **Durchschnittsäquivalenzeinkommen** steigen auch die 50- und 200-Prozent-Grenzen, also ist eine allgemeine Erhöhung der Einkommen zu verzeichnen. Bis 1997 vergrößerte sich der Anteil der relativ „Einkommensarmen“ Bevölkerung und nahm anschließend wieder leicht ab. Stark angestiegen ist jedoch stetig der Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von 200 Prozent und mehr: Er hat sich mehr als verdoppelt. **Einkommensungleichheit** nahm demnach vor allem durch Zuwachs auf der Seite der viel Verdienenden zu, während der Anteil der von Menschen mit einem stark unterdurchschnittlichen Einkommen von 1997 bis 1999 nur leicht gesunken ist.

Jahre	Verteilung von Personen auf Nettoäquivalenzeinkommensklassen 1995 - 1999					
	unter 0,5	0,5-0,75	0,75-1,0	1,0-1,5	1,5-2,0	2,0 und mehr
in Prozent der Personen mit Angabe zum Einkommen						
1995	10,7	11,7	14,5	24,1	9,0	1,5
1996	12,6	11,9	14,4	21,7	12,5	2,3
1997	13,9	11,8	13,8	25,4	8,7	2,6
1998	12,7	12,2	14,0	24,3	9,6	3,5
1999	12,6	12,4	14,5	26,3	7,5	4,3

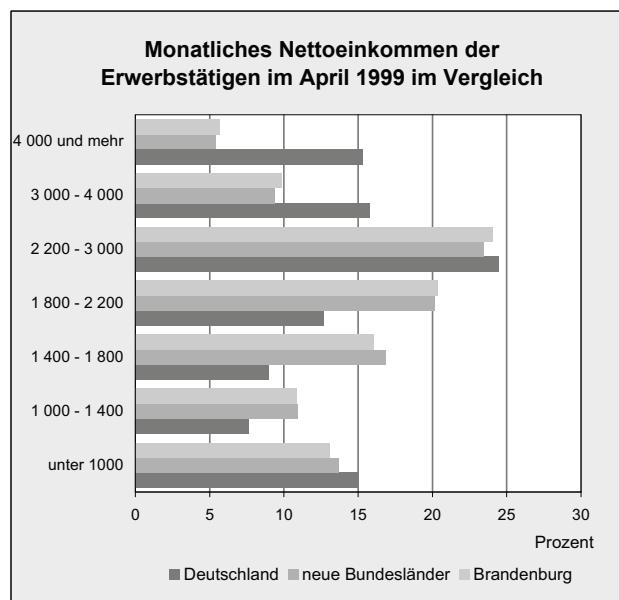
Die vorangestellte Tabelle zeigt die **Verteilung der Einkommen** noch detaillierter. Deutliche Veränderungen sind dabei insbesondere in den hohen Einkommensklassen zu erkennen. Der Anteil der Personen mit einem Einkommen zwischen dem 1½-fachen und dem Doppelten des Durchschnittseinkommens nahm seit 1996 erheblich ab, während der Anteil der Personen mit einem Nettoeinkommen von über dem 2-fachen des Durchschnitts von 1995 bis 1999 stetig anstieg. Der Anteil der Personen in den untersten Einkommensklassen (unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens) ist seit 1995 um annähernd 2 Prozentpunkte geringfügig angestiegen. Auch bei den Personen der Einkommensklasse bis zum 1,5-fachen des Durchschnitts waren leichte Zuwächse zu verzeichnen.

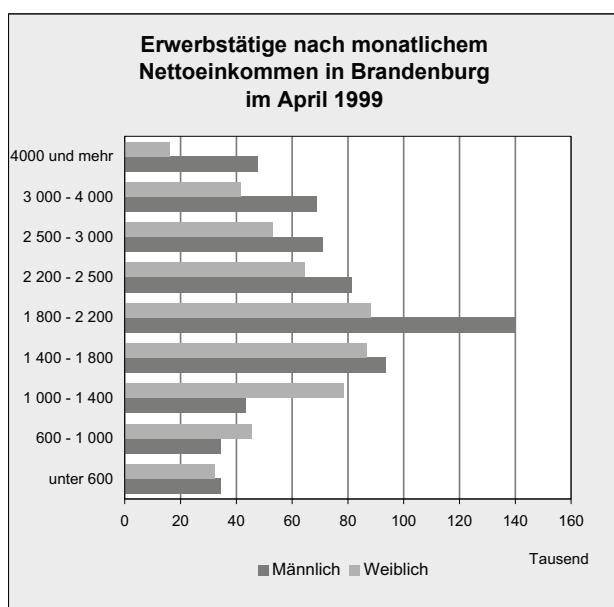
Da, wie oben erläutert, das Einkommen für den größten Teil der Bevölkerung von der Beteiligung am Erwerbsleben abhängt, seien nachfolgend die **Einkommen Erwerbstäti-**



ger und Erwerbsloser verglichen. Demnach verfügen 24 Prozent der Erwerbstätigen über ein Einkommen unter 1 400 DM, während dieser Anteil bei den Erwerbslosen mit 77,2 Prozent mehr als das Dreifache beträgt. Erwerbslosigkeit bedeutet demnach ein erheblich niedrigeres Einkommen und stellt ein Armutsrisiko dar.

Vergleicht man darüber hinaus auch die **Verteilung der Erwerbstätigen auf Einkommensklassen** im Zeitraum von 1995 bis 1999, so zeigen sich erkennbare Verschiebungen der Besetzungsstärken vor allem im Bereich der höheren Einkommensklassen. Während keine abnehmende Tendenz in den Einkommensklassen unter 1 400 DM zu erkennen ist, verringert sich der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Einkommen von 1 400 bis 2 200 DM von 41,3





auf 36,4 Prozent und erhöht sich im Gegenzug der Anteil der oberen Einkommensklassen (ab 3 000 DM) von 9,8 auf 15,6 Prozent. Nach diesem zeitlichen Vergleich sei nun Brandenburg ins Verhältnis zu anderen Bundesländern gesetzt.

Im **Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern** liegen die Einkommen der Brandenburger/innen etwas höher, jedoch wesentlich geringer als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Einkommensklasse unter 1 000 DM liegt in den neuen Bundesländern mit 13,7 Prozent (davon 56,9 Prozent Frauen) unter dem der alten Bundesländern mit 15,4 Prozent (davon 74,8 Prozent Frauen), dies ist dem größeren Anteil der Teilzeitbeschäftigte im früheren Bun-

desgebiet geschuldet (s. Kap. 4.2).

Die **Situation der erwerbstätigen Brandenburger/innen** ist nach wie vor geprägt durch bedeutende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Dies verdeutlicht auch nebenstehende Grafik. Frauen sind demnach stark in den unteren Einkommensklassen vertreten. Bei den weniger als 1 400 DM Verdienenden liegt ihr Anteil mit 58,2 Prozent deutlich höher als ihr Anteil an den Erwerbstätigen (46,9 Prozent).

Ab einem Einkommen von 1 800 DM und vor allem in den **hohen Einkommensklassen** sind sie unterrepräsentiert: In der Einkommensklasse ab 4 000 DM sind sie gar nur mit einem Anteil von 14,7 Prozent anzutreffen.

Obwohl Frauen demnach eher als Männer in **niedrigen Einkommensklassen** anzufinden sind, zeigt sich im Verlauf der vergangenen Jahre zwischen 1995 und 1999 vor allem in den höheren Einkommensklassen eine Tendenz zur Angleichung in den Gehältern: Der Anteil von Frauen an den Erwerbstätigen mit einem Einkommen von 2 500 DM und mehr stieg demnach von 28,7 Prozent im Jahr 1995 auf 37,1 Prozent im Jahre 1999 an.

4 Arbeitslosigkeit und Teilzeitbeschäftigungen

4.1 Arbeitslosigkeit

Die Haupttendenzen der Arbeitsmarktstatistik und hier insbesondere der Arbeitslosenzahlen der Arbeitsämter bestätigen sich auch in den Ergebnissen des Mikrozensus:

- Der Anteil der Erwerbslosen unter den Erwerbspersonen stieg von 1995 (16,5 Prozent) bis 1998 (19,4 Prozent) an und fiel im Jahr 1999 auf das Niveau von 1996 (17,6 Prozent) zurück.

Wie in der **Arbeitslosenstatistik** gleichen sich auch hier die Anteile der Männer und Frauen an, was auf eine Verschlechterung der Situation der Männer (von 11,5 auf 15,3 Prozent) und (entgegen den Ergebnissen der Arbeitslosenstatistik) einer leichten Verbesserung bei den Frauen (von 22,0 auf 20,2 Prozent) zurückzuführen ist.

Der allgemeine steigende Trend der Erwerbslosenanteile bis 1998 war jedoch im Jahre 1999 wieder rückläufig.



Vergleich der Arbeitslosenquoten und Mikrozensusergebnisse						
Jahr	Arbeitslosenquote der Arbeitsämter ¹⁾			Mikrozensus ²⁾		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
1995	14,3	18,7	10,1	16,5	22,0	11,5
1996	16,6	19,5	13,9	17,6	21,5	14,2
1997	18,2	21,4	15,4	18,3	22,1	15,1
1998	20,2	22,6	17,9	19,4	22,5	16,7
1999	18,8	20,5	17,2	17,6	20,2	15,3

1) bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen

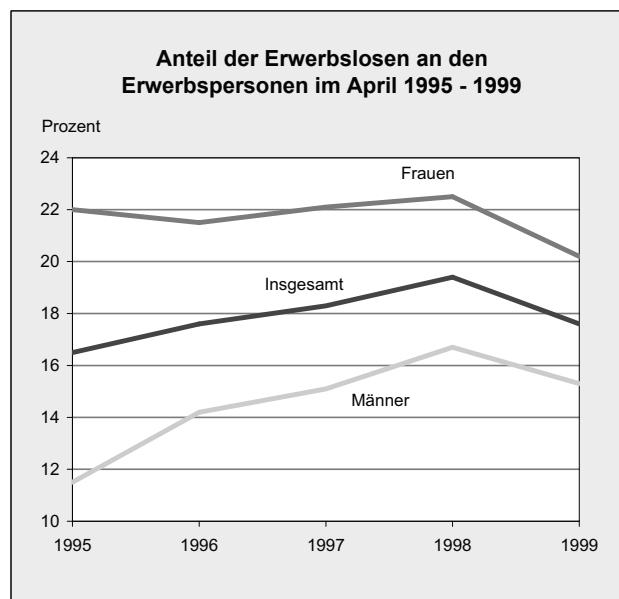
2) Erwerbslose je Erwerbspersonen

Aufgrund der verschiedenen Erhebungsweisen sind Differenzen zwischen den Ergebnissen der Erhebungen der Arbeitsämter und des Mikrozensus' möglich.¹⁵ Trotz der allgemein ähnlichen **Tendenzen** (Annäherung der Werte der Frauen und Männer und Anstieg bis 1998), fallen einige Unterschiede auf. Erstens sind die Werte der Arbeitsmarktstatistik größeren Schwankungen unterlegen. Zweitens ist die negative Tendenz der Jahre 1995 bis 1998 für Frauen nicht in den Mikrozensusdaten wiederzufinden.

Wie weiter oben erwähnt, ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Brandenburg stark beeinflusst durch die Hauptstadtnähe. Mehr als jede/r Achte sozialpflichtig Beschäftigte arbeitet in Berlin, wo das Lohnniveau höher ist.

Die Berliner/innen, die ihren Wohnsitz nach Brandenburg verlegten, sind größtenteils Personen ab einem Alter von 30 Jahren und deren minderjährige Kinder. Unter den Berlin in Richtung Brandenburg Verlassenen liegt der Anteil der Erwerbstätigen wesentlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung.¹⁶ Es liegt nahe, dass ein Großteil dieser Personen weiterhin in Berlin arbeitet.

Wichtig ist es daher, die Situation auf dem **Arbeitsmarkt in regionaler Differenzierung** zu betrachten. Entsprechend der Arbeitsmarktstatistiken der Arbeitsämter (s. Kap. 2) sind auch mit dem Mikrozensus große regionale Unterschiede festzustellen.



Die **Erwerbslosenquote**¹⁷ variiert zwischen 10,5 Prozent in Potsdam-Mittelmark und 28,7 Prozent im Kreis Oberspreewald-Lausitz. Sie ist im engeren Verflechtungsraum (12,4 Prozent) wesentlich geringerer als im Landesdurchschnitt (17,7 Prozent).

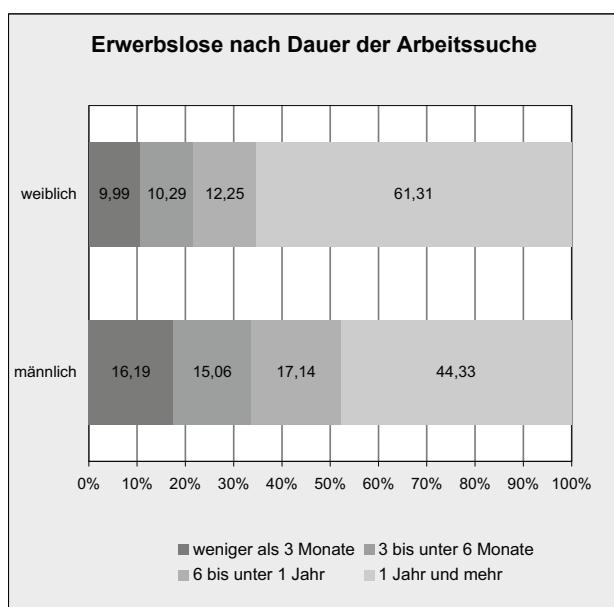
Das Vorkommen von **Erwerbslosigkeit** differiert darüber hinaus je nach Wirtschaftsbereich erheblich.

- So waren nach Angaben des Mikrozensus des Jahres 1999 in dem Bereich „**Sonstige Dienstleistungen**“ rund 42 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt, jedoch hatten nur rund 24 Prozent der Erwerbslosen ihre letzte Tätigkeit in diesem Wirtschaftsbereich.
- Die angespannte Arbeitsmarktsituation im **Bereich Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei** zeigt sich insbesondere daran, dass hier der entsprechende Anteil unter den Erwerbslosen mehr als doppelt so hoch ist, wie dies unter den Erwerbstätigen der Fall ist.
- Das Bild für das **Produzierende Gewerbe** stellt sich für Frauen und Männer sehr unterschiedlich dar: Liegt der Anteil der hier arbeitenden Männer mit 44,9 Prozent etwas unter dem Anteil an den Arbeitslosen (49,3 Prozent), so ist er für Frauen mit 13,6 Prozent kleiner als die Hälfte (28,1 Prozent).

¹⁵ Während in den Arbeitslosenstatistiken nur die gemeldeten Arbeitslosen registriert sind, sind unter ihnen jedoch geringfügig Beschäftigte anzutreffen. Letztere fallen im Mikrozensus in die Kategorie der Erwerbstätigen. Dagegen werden hier auch Erwerbslose erfasst, die in keinem Arbeitsamt als arbeitssuchend gemeldet sind.

¹⁶ Vgl. Hinrichs, Wilhelm (1999): Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin, WZB – Veröffentlichung FS III 99 – 401, <http://www.wzb-berlin.de/sb/pub/pub.de.htm#2000>, bes. S. 23.

¹⁷ Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe



Frauen mussten im Falle von Arbeitslosigkeit im Jahre 1999 sich wesentlich länger um eine neue Beschäftigung bemühen. Der Anteil der Arbeitslosen, die seit einem Jahr und länger auf der Suche nach einer Beschäftigung waren, war mit 61,3 Prozent bei den Frauen wesentlich höher als bei den Männern (44,3 Prozent).

Betrachtet man die **Dauer der Arbeitsuche** der Erwerbslosen, die sowohl die Chancen des Wiedereinstieges in die Arbeitswelt als auch die finanzielle Belastung negativ beeinflusst, im zeitlichen Verlauf von 1995 bis 1999, so zeigt sich eine Tendenz zu längerer Arbeitsuche bis zum Jahr

1997, die dann wieder abnimmt.

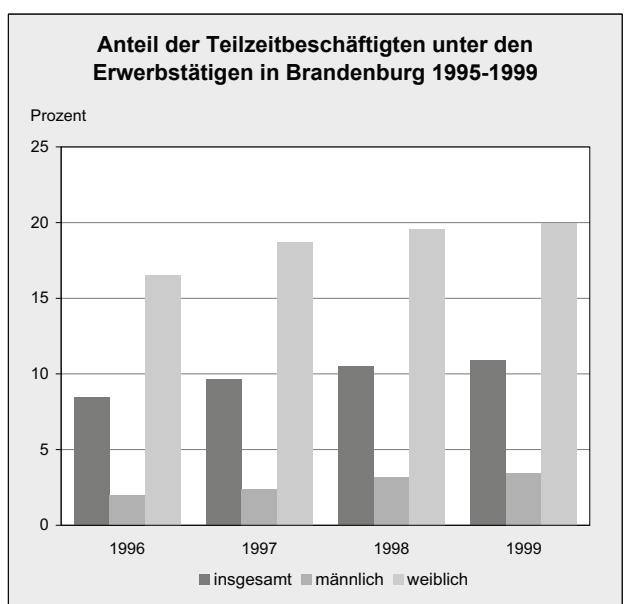
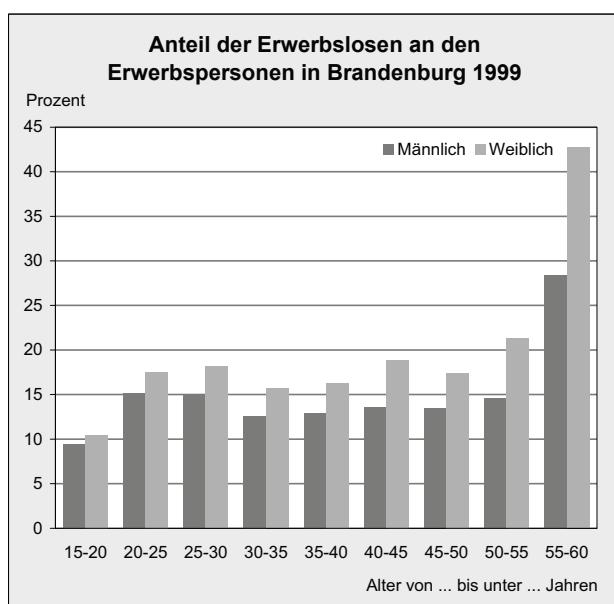
Die folgende Grafik verdeutlicht, dass Arbeitslosigkeit für Frauen ein größeres Risiko als für Männer darstellt. In allen Altersgruppen liegen die Erwerbslosenanteile für sie höher. Sowohl für Männer als auch für Frauen ist das Alter ein wichtiger Faktor: besonders Personen ab 55 Jahren haben es schwer, eine Erwerbstätigkeit zu finden.

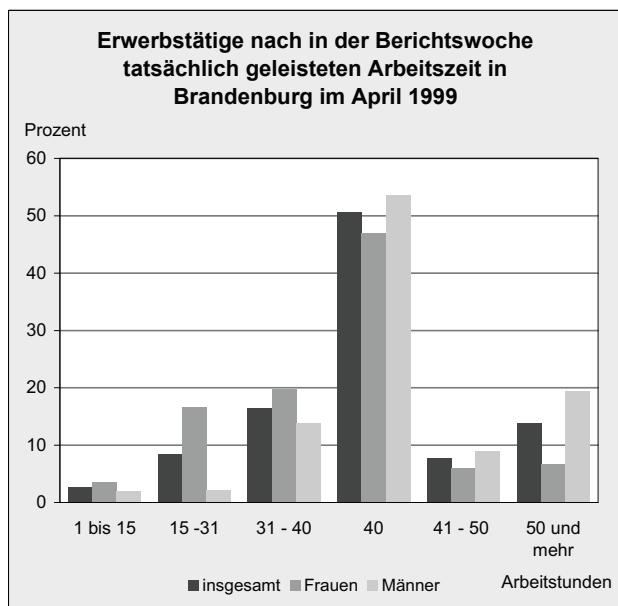
4.2 Arbeitszeitformen

Immer mehr Brandenburger/innen arbeiten in einer **Teilzeitbeschäftigung**. Von 1996 bis 1999 stieg ihr Anteil an den Erwerbstägigen von 8,4 auf 10,9 Prozent. Unter ihnen ist der Großteil (82,7 Prozent) Frauen. Jede 5. erwerbstätige Frau ist somit hier einzuordnen. Damit war diese Arbeitszeitform 1999 in Brandenburg etwa gleich stark wie in den anderen neuen Bundesländern vertreten, jedoch nur halb so stark wie im früheren Bundesgebiet (21 Prozent).

Auffällig ist, dass der Anteil derjenigen, die als Grund für eine solche Tätigkeit angeben, dass **Vollzeitbeschäftigung** nicht zu finden ist, mit 47,4 Prozent im Jahr 1999 sehr hoch lag. Es besteht demnach ein starker Zusammenhang von einem angespannten Arbeitsmarkt und der Zunahme von Teilzeitbeschäftigung, die besonders für Frauen von Bedeutung ist.

Die 40-Stunden-Woche ist die am weitesten verbreitete Arbeitszeitform (normalerweise 60,4 Prozent, tatsächlich 50,7 Prozent).





Die tatsächliche Arbeitszeit der Männer ist tendenziell eher länger (28,5 Prozent) und die der Frauen kürzer (40,1 Prozent). Jeder 5. Mann arbeitete in der Befragungswoche sogar 50 Stunden und mehr. Arbeit ist gewissermaßen ungleich verteilt.

Während die Erwerbslosenquote¹⁸ Brandenburgs zu diesem Zeitpunkt 17,7 Prozent betrug und fast die Hälfte der Teilzeit arbeitenden aus Mangel an Vollbeschäftigung nicht länger arbeiten können, arbeiteten 21,6 Prozent der Erwerbstägigen in der Untersuchungswoche länger als 40 Stunden, fast zwei Drittel davon sogar mehr als 50 Stunden.

Mit dieser ungleichen Verteilung der Arbeitszeit geht dementsprechend eine starke Ungleichheit der Einkommen einher.

5 Resümee

Zusammenfassend lassen sich abschließend für das Land Brandenburg folgende wesentlichen Tendenzen festhalten:

- Die **Einkommenssituation** ist abhängig von der **Wirtschaftssituation** und der Lage auf dem **Arbeitsmarkt**. Dabei ist die Nähe Brandenburgs zu Berlin ein wichtiger Faktor. Für Berlin zeigen sich die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten der Wirtschaftslage (Niveau des BIP und der Arbeitsproduktivität) und des Arbeitsmarktes auch im Zuge der Wiedervereinigung noch deutlich günstiger. Gleichermaßen gilt etwa für das Lohnniveau. Eine große Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Brandenburger ist auf dem Berliner Arbeitsmarkt beschäftigt.
- Innerhalb von Brandenburg bestehen z. Tl. **starke regionale Unterschiede** bezüglich der Bevölkerungsentwicklung und der Arbeits- und Einkommenssituation. Während die äußeren Regionen mit einem Bevölkerungsschwund und hohen Arbeitslosenzahlen konfrontiert sind, steigt die Zahl der Einwohner/innen in den berlinnahen Gebieten an. Dort ist Arbeitslosigkeit zudem ein geringeres Problem.
- Im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern waren die Eckdaten der **Gesamtwirtschaft in Brandenburg** im Betrachtungszeitraum bis 1999 überdurchschnittlich gut. Der Abstand zu Berlin und Westdeutschland hat sich in den vorangegangenen 5 Jahren jedoch nicht wesentlich verringert. Dies spiegelt sich auch im Lohnniveau wider.
- Die Untersuchung der **Einkommensverteilung** hat gezeigt, dass es zu einer zunehmenden Ungleichheit bei der Einkommensverteilung kommt. Dies ist vor allem auf einen steigenden Anteil der Bevölkerungsgruppe mit stark überdurchschnittlichem Einkommen zurückzuführen.
- Als eine **Gruppe mit niedrigem Einkommen** lassen sich u. a. Arbeitslose ausmachen. Zudem gibt es erhebliche Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Letztere sind sowohl einkommensschwächer als auch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und arbeiten häufig aus Mangel an Alternativen in Teilzeitarbeitsverhältnissen.

Anne Mangold
Holger-Jens Hoffmann

¹⁸ Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe

Angestelltengehälter im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe des Landes Brandenburg

Der folgende Kurzbeitrag hat die Darstellung der Entwicklung der Bruttomonatsgehälter der Angestellten im Land Brandenburg in den durch die amtliche Lohnstatistik abgebildeten Dienstleistungsbereichen zum Inhalt. Die Aussagen beziehen sich auf die Jahre 1996 bis 2000. Längerfristige Vergleiche sind aus methodischen Gründen nur sehr eingeschränkt möglich.

Als Haupttrends sind erkennbar, dass die Entwicklung zwischen den Jahren sehr heterogen war, dass die Frauenverdienste rascher gestiegen sind als die Männerverdienste und sich der absolute Verdienstabstand zwischen Frauen und Männer verringert hat, dass der Aufholprozess bei den Angestelltengehältern im Vergleich zum früheren Bundesgebiet tendenziell ins Stocken geraten ist, dass Brandenburger Angestellte aber auch weniger erhalten als im Durchschnitt der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost gezahlt wird und dass die Verdienstdifferenzierung zwischen den Leistungsgruppen zunimmt.

Vorbemerkung

Die Gehaltsentwicklung der Angestellten wird durch die amtliche deutsche Lohnstatistik auf Landesebene durch eine vierteljährliche Verdiensterhebung beobachtet. Sie wird für die Berichtsmonate Januar, April, Juli und Oktober als Stichprobenerhebung im Lohnsummenverfahren durchgeführt.

Die Jahresdurchschnitte werden aus den Angaben der vier Berichtsmonate ermittelt. Nicht enthalten sind die so genannten Sonderzahlungen, wie z. B. 13. Monatsgehalt, Weihnachtsgratifikationen und zusätzliches Urlaubsgeld. Die nicht regelmäßigen Zahlungen werden mit der einmal im Jahr durchzuführenden Bruttojahresverdiensterhebung erfasst.

Der Erhebungsbereich für Angestellte ist das Produzierende Gewerbe, der Handel einschließlich der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (im Folgenden als Handel bezeichnet) sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Einbezogen sind in den Dienstleistungsbereichen, auf die sich die Ausführungen in diesem Kurzbeitrag beschränken, Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmern. Erfragt werden ausschließlich Angaben für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, die für den gesamten Monat Arbeitsentgelt bezogen haben.

Erhebungsmerkmale sind bei den Angestellten neben dem regelmäßig gezahlten Bruttomonatsgehalt, die Beschäftigungsart (kaufmännische oder technische Angestellte), das Geschlecht und die Leistungsgruppe.

Verdienststeigerung 2000 höher als in den Vorjahren

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Brandenburgs lag im Jahr 2000 das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der Angestellten bei 3 691 DM. Die Verdienststeigerung zum Vorjahr betrug 3,8 Prozent. Sie war deutlich höher als 1999 mit 2,4 Prozent und 1998 mit 1,4 Prozent. 1997 lag der Verdienstanstieg bei 3,3 Prozent.

Die Verdienste der weiblichen Angestellten, deren Anteil mit 63 Prozent wesentlich größer als der Männeranteil von 37 Prozent an den Angestellten in den erfassten Wirtschaftszweigen ist, haben sich auch 2000 mit 4,1 Prozent Zuwachs günstiger entwickelt als die Männerverdienste mit 3,2 Prozent Wachstum. Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern hat sich auf 11,2 Prozent bzw. 445 DM verringert. 1996 betrug die Differenz noch 15,9 Prozent bzw. 591 DM.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe seit 1996

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
	DM/Prozent		
1996	3 315	3 711	3 120
1997	3 424	3 779	3 245
1998	3 472	3 783	3 306
1999	3 555	3 848	3 388
2000	3 691	3 972	3 527
	Veränderung gegenüber Vorjahr		
1997	3,3	1,8	4,0
1998	1,4	0,1	1,9
1999	2,4	1,7	2,5
2000	3,8	3,2	4,1

Gegenüber 1996 nahmen die Verdienste der Angestellten insgesamt um 11,3 Prozent zu. Die Frauenverdienste stiegen mit 13,0 Prozent fast doppelt so rasch wie die Männerverdienste mit 7,0 Prozent.

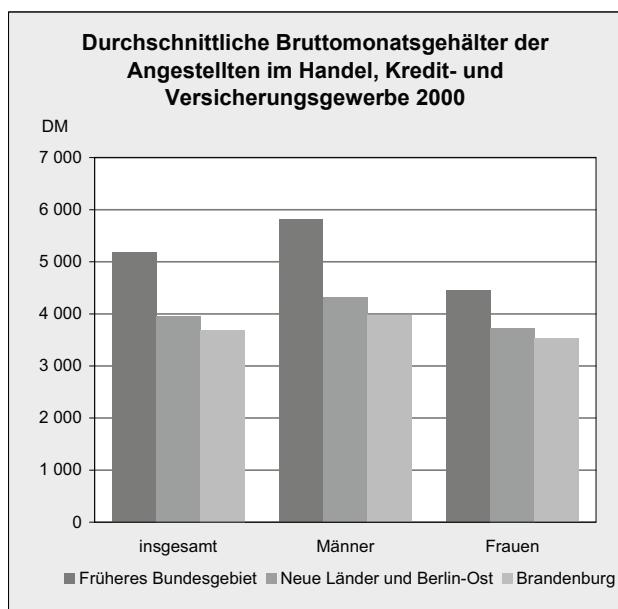
Männer erreichten 2000 knapp 70 und Frauen gut 80 Prozent des Bundesdurchschnittes

Gemessen am Durchschnittsverdienst der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Deutschland lagen die Monatsgehälter in Brandenburg 2000 bei 72,4 Prozent. Männer kamen auf 69,3 Prozent und Frauen auf 80,6 Prozent des bundesdurchschnittlichen Verdienstniveaus.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet beträgt das Verdienstniveau in Brandenburg 71,1 Prozent, bei Männern 68,3 Prozent und bei Frauen 79,3 Prozent.

Aber auch im Durchschnitt der neuen Länder und Berlin-Ost wurde mehr als in Brandenburg verdient. So betrug 2000 das Verdienstniveau der Brandenburger Angestellten 93,2 Prozent, das der Männer 92,0 Prozent und das der Frauen 94,5 Prozent des Durchschnitts der neuen Länder und Berlin-Ost.

Der in den Jahren 1997 bis 1999 festzustellende Abwärts-trend der Verdienstrelation Brandenburgs gegenüber allen genannten Vergleichsterritorien kehrte sich 2000 um. Es wurde in etwa wieder die Verdienstrelation des Jahres 1998 erreicht.



Niveauunterschiede und differenzierte Entwicklung zwischen den Wirtschaftszweigen

Das Verdienstniveau der Angestellten weist zwischen den Wirtschaftszweigen erhebliche Unterschiede auf. So streuten die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter im Jahr 2000 zwischen 3 240 DM im Einzelhandel und 5 199 DM im Versicherungsgewerbe.

Im mittelfristigen Vergleich gegenüber 1996 sind die Monatsgehälter im Versicherungsgewerbe mit 15,2 Prozent von allen Wirtschaftszweigen am kräftigsten gewachsen. Dies ist insbesondere auf einen überdurchschnittlich hohen Verdienstzuwachs der Frauen innerhalb der vergangenen vier Jahre um 18,3 Prozent von 4 334 DM auf 5 128 DM zurückzuführen. Die Männerverdienste im Versicherungsgewerbe nahmen im gleichen Zeitraum um vergleichsweise geringe 5,9 Prozent von 5 103 DM auf 5 403 DM zu.

Im Einzelhandel wurden dagegen mit 10,8 Prozent Wachstum - Frauen 12,1 Prozent, Männer 6,0 Prozent - die für den Dienstleistungsbereich insgesamt ermittelten Durchschnittswerte knapp verfehlt.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftszweigen seit 1996

Geschlecht	1996	1997	1998	1999	2000	Veränderung 2000 zu 1996
	DM					
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen						
insgesamt	3 367	3 419	3 501	3 554	3 712	10,2
Männer	3 684	3 689	3 821	3 904	4 104	11,4
Frauen	2 827	2 916	2 905	2 902	2 993	5,9
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)						
insgesamt	3 500	3 509	3 582	3 674	3 810	8,9
Männer	3 889	3 828	3 840	3 940	4 053	4,2
Frauen	3 021	3 092	3 237	3 270	3 441	13,9
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchs-gütern						
insgesamt	2 924	3 029	3 066	3 123	3 240	10,8
Männer	3 330	3 495	3 455	3 443	3 531	6,0
Frauen	2 781	2 861	2 914	2 993	3 118	12,1
Kreditgewerbe						
insgesamt	3 992	4 143	4 228	4 351	4 446	11,3
Männer	4 489	4 532	4 583	4 725	4 815	7,3
Frauen	3 883	4 049	4 139	4 255	4 351	12,0
Versicherungsgewerbe						
insgesamt	4 512	4 580	4 878	5 078	5 199	15,2
Männer	5 103	4 977	5 330	5 384	5 403	5,9
Frauen	4 334	4 488	4 782	4 988	5 128	18,3

Kraftfahrzeughandel, Handelsvermittlung und Großhandel blieben bei um 500 bis 600 DM höherem Verdienstniveau im Vergleich zum Einzelhandel im Wachstumstempo noch weiter zurück.

Mit Ausnahme des Kraftfahrzeughandels war der Verdienstanstieg bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern.

Verdienstniveau wird von kaufmännischen Angestellten bestimmt

Die Verdienststatistik differenziert die Angestellten nach der Beschäftigungsart in Angestellte mit kaufmännischen oder technischen Tätigkeiten. Erwartungsgemäß dominieren in den erfassten Dienstleistungsbereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem Anteil von 92 Prozent die Angestellten mit kaufmännischen Tätigkeiten. Frauen waren fast ausschließlich (98 Prozent) im kaufmännischen Bereich tätig. Sie stellten im Jahr 2000 rund zwei Drittel aller kaufmännischen Angestellten. Bei den Männern, die 37 Prozent aller Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ausmachten, waren rund 80 Prozent als Kaufleute und knapp 20 Prozent als Techniker tätig.

Kaufmännische Angestellte verdienten 2000 mit durchschnittlich 3 702 DM 3,3 Prozent bzw. 118 DM mehr als Angestellte mit vorrangig technischen Tätigkeiten. 1996 waren die Durchschnittsverdienste für beide Beschäftigungsarten mit 3 315 DM (Kaufleute) bzw. 3 317 DM (Techniker) noch nahezu identisch. Die Verschiebung zu Gunsten der kaufmännischen Angestellten ist durch den

wesentlich stärkeren Anstieg der Frauengehälter gegenüber den Männergehältern bei gleichzeitig hohem Frauenanteil in den kaufmännischen Berufen begründet. Der Verdienstabstand der Frauen zu den Männern hat sich von 1996 bis 2000

- bei den kaufmännischen Angestellten von 675 DM bzw. 17,8 auf 532 DM bzw. 13,1 Prozent und
- bei den technischen Angestellten von 665 DM bzw. 19,5 Prozent auf 502 DM bzw. 13,8 Prozent verringert.

Verdienstdifferenzierung zwischen den Leistungsgruppen etwas angestiegen

Zusätzlich zur Beschäftigungsart unterteilt die Verdienststatistik die Angestellten in Leistungsgruppen. Kriterium für die Eingliederung ist im Wesentlichen die ausgeübte Tätigkeit und der damit verbundene Handlungsspielraum.

Die Verteilung der Angestellten auf die Leistungsgruppen differiert zwischen Männern und Frauen erheblich, wie aus der Tabelle „Verteilung der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 1996 und 2000“ (nachfolgende Seite) ersichtlich wird. Am deutlichsten sind die Unterschiede in der Besetzung der Leistungsgruppe II. So war im Jahr 2000 jeder fünfte männliche Angestellte, jedoch nur jede achte Frau in Leistungsgruppe II eingegliedert. Auffällig ist allerdings bei den Männern im Vergleich zu 1996 eine erhebliche Verschiebung der Anteile um etwa 5 Prozentpunkte von der Leistungsgruppe II in die Leistungsgruppe III. Bei den Frauen hat sich eine ebenso deutliche allerdings positive Verschiebung von der Leistungsgruppe IV in die Leistungsgruppe III vollzogen. Sowohl für Männer als auch für Frauen hat sich die Besetzung der niedrigsten Leistungsgruppe V nahezu halbiert.

Jahr	Kaufmännische Angestellte			Technische Angestellte		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	DM/Prozent					
1996	3 315	3 802	3 127	3 317	3 409	2 744
1997	3 431	3 879	3 252	3 350	3 428	2 734
1998	3 480	3 875	3 315	3 387	3 464	2 742
1999	3 565	3 947	3 395	3 447	3 506	2 814
2000	3 702	4 065	3 533	3 584	3 637	3 135
	Veränderung gegenüber Vorjahr					
1997	3,5	2,0	4,0	1,0	0,6	- 0,4
1998	1,4	- 0,1	1,9	1,1	1,1	0,3
1999	2,4	1,9	2,4	1,8	1,2	2,6
2000	3,8	3,0	4,1	4,0	3,7	11,4
	Veränderung 2000 zu 1996					
	11,7	6,9	13,0	8,0	6,7	14,2

Folgende Leistungsgruppen werden unterschieden:

- I Angestellte in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (in der laufenden Verdiensterhebung nicht berücksichtigt)
- II Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortungsvoller Tätigkeit mit eingeschränkter Aufsichts- und Dispositionsbefugnis
- III Angestellte mit abgeschlossener Berufsausbildung und besonderen Kenntnissen oder Fähigkeiten in einem Fachgebiet
- IV Angestellte mit Tätigkeiten, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder langjährige Berufserfahrung erfordern
- V Angestellte mit einfachen Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung voraussetzen

Tendenziell ist eine Annäherung der Leistungsgruppenstruktur von Männern und Frauen erkennbar.

Verteilung der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen 1996 und 2000						
Leis-tungs-gruppe	1996			2000		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent					
Alle	100	100	100	100	100	100
II	16,4	24,3	12,5	15,3	19,8	12,6
III	37,6	34,5	39,1	41,9	38,8	43,8
IV	42,3	36,5	45,2	40,8	39,0	41,8
V	3,7	4,7	3,2	2,0	2,5	1,7

Die Verdienstabstufung zwischen den Leistungsgruppen hat sich im Vergleich zu 1996 erhöht. So wurde in der Leistungsgruppe II im Jahr 2000 mit 4 911 DM rund 58 Prozent bzw. 1 793 DM mehr verdient als in der Leistungsgruppe IV (ein Vergleich mit der Leistungsgruppe V erscheint auf Grund der sehr geringen Besetzung wenig sinnvoll). 1996 betrug der Unterschied 54 Prozent bzw. 1 533 DM.

Bei den Frauen hat sich der Verdienstabstand zwischen den Leistungsgruppen II und IV von 43 Prozent (1996) auf 54 Prozent (2000) besonders stark erhöht. Trotzdem bleibt festzustellen, dass Frauen in allen Leistungsgruppen weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Die Unterschiede sind in der Leistungsgruppe II mit 14 Prozent im Jahr 2000 (1996: 20 Prozent) nach wie vor am höchsten, gefolgt von der Leistungsgruppe IV mit 13 Prozent (1996: 14 Prozent). Am geringsten waren die Unterschiede in der Leistungsgruppe III mit 3 Prozent (1996: 6 Prozent).

Insgesamt betrug der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern im Jahr 2000 rund 11 Prozent bzw. 445 DM. Bei gleicher Verteilung der Frauen auf die Leistungsgruppen wie die Männer würde sich der Verdienstabstand rechnerisch um 80 DM auf 365 DM bzw. 9 Prozent verringern.

Die Gehaltsdifferenzierung innerhalb jeder Leistungsgruppe fällt, wie bereits dargestellt, zu ungünstigen der Frauen aus. Diese Feststellung wird für die in die Verdienststatistik einbezogenen Dienstleistungsbereiche noch dadurch untermauert, dass strukturelle Effekte in der Verteilung der Angestellten nach Beschäftigungsarten und Wirtschaftszweigen das Durchschnittsergebnis für die Frauen „positiv“ beeinflussen. So sind wenig Frauen mit den

Durchschnittliche Bruttonomontsverdienste, Frauenanteil nach Beschäftigungsarten und Wirtschaftszweigen sowie Verdienstabstand Frauen zu Männer im Jahr 2000

Beschäftigungsart Wirtschaftszweig	Bruttonomonts-verdienst		Anteil der Frauen an den An- gestellten ins- gesamt	Ver- dienstab- stand Frauen zu Männer
	Männer	Frauen		
	DM	Prozent		
Kaufmännische und technische Angestellte zusammen	3 972	3 527	63,2	11,2
kaufmännische Angestellte technische Angestellte	4 065	3 533	68,0	13,1
	3 637	3 135	11,4	13,8
Handel Kredit- und Ver- sicherungsge- werbe	3 841	3 167	58,0	17,5
	4 821	4 357	79,3	9,6

Durchschnittliche Bruttonomontsverdienste der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen 1996 und 2000

Leistungsgruppe	1996			2000			Veränderung 2000 zu 1996		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	DM						Prozent		
Alle	3 315	3 711	3 120	3 691	3 972	3 527	11,3	7,0	13,0
II	4 359	4 870	3 871	4 911	5 301	4 549	12,7	8,9	17,5
III	3 487	3 635	3 422	3 835	3 917	3 792	10,0	7,8	10,8
IV	2 826	3 150	2 699	3 118	3 407	2 961	11,5	8,2	9,7
V	2 626	2 807	2 491	3 229	3 098	3 343	23,0	10,4	34,2

niedrig eingestuften technischen Tätigkeiten beschäftigt. Aber überdurchschnittlich viele Frauen im Kredit- und Versicherungsgewerbe tätig, in dem im Vergleich zum Handel wesentlich besser verdient wird.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ist auffällig, dass der Verdienstabstand der Brandenburger Angestellten mit steigender Anforderung an die ausgeübte Tätigkeit stark zunimmt. Dies trifft sowohl für die Männerverdienste als auch in leicht abgeschwächter Form für die Frauenverdienste zu. So betrug 2000 die Verdienstrelation zwis-

schen Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt in der Leistungsgruppe IV bei Männern 84,9 Prozent und bei Frauen 83,0 Prozent, während sie sich in der Leistungsgruppe II bei Männern auf 70,7 Prozent und bei Frauen auf 71,9 Prozent verschlechtert.

In absoluten Zahlen ausgedrückt verdienten im Bundesdurchschnitt Männer in der Leistungsgruppe II 2 200 DM und in der Leistungsgruppe IV „nur“ 604 DM mehr als ihre Brandenburger Kollegen. Bei den Frauen betrug dieser Verdienstunterschied 1 776 DM bzw. 603 DM.

Wilfried Schenk

Das neue Corporate Design des Statistischen Bundesamtes

Mit vielfältigen **Modernisierungsmaßnahmen** haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in den zurückliegenden Jahren an dem **Profil als Informationsdienstleister** gearbeitet. Dabei setzt die Modernisierung der amtlichen Statistik einerseits auf der Ebene der Datenerhebung an mit dem Ziel, die Auskunftspflichtigen zu entlasten. Andererseits werden die Inhalte und die Verbreitungswege des Datenangebots stärker auf die individuellen Anforderungen der verschiedenen Nutzergruppen abgestellt, um dem Bedarf der Kunden bestmöglich gerecht zu werden. Diesem modernen Profil ist das Statistische Bundesamt nunmehr auch mit einem neuen **Corporate Design** gefolgt und möchte dieses auch nach außen klar zum Ausdruck bringen und sich so auf dem deutschen und europäischen Informationsmarkt als moderner, neutrauer, objektiver und wissenschaftlich arbeitender Informationsdienstleister eindeutig positionieren.

Äußerer Kern des neuen Corporate Designs ist die neue Wort-Bild-Marke „**DESTATIS - wissen.nutzen.**“.

Der Kurzname „**Destatis**“ ist abgeleitet von „**Deutsche Statistik des Bundes**“. Während das alte Logo, der



Abakus, als Symbol des „Zählens“, den **Input** der Arbeit des Statistischen Bundesamtes herausgestellt hat, stellt das neue Logo mit dem gedrehten „E“ in Form eines Säulendiagramms den von der amtlichen Statistik geschaffenen Informationswert, den **Output** der Arbeit, in den Vordergrund.

Die **Farbgebung des Säulendiagramms** zeigt die Einbindung in die informationelle Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland. Die Worte „**wissen.nutzen.**“ schließlich symbolisieren das Selbstbewusstsein, dass das Statistische Bundesamt fundamentale Informationen und Fakten für die Willensbildung in allen gesellschaftlichen Bereichen bietet. Sie sind gleichzeitig Aufruf an die Kunden, aus der Vielzahl der Arbeitsergebnisse das für sie relevante Wissen zu gebrauchen.

Das **Veröffentlichungsprogramm** von DESTATIS umfasst mehr als 700 gedruckte und elektronische Produkte, sein Internet-Angebot mehr als 35 000 Seiten. Bei einer so umfangreichen Produktpalette lässt sich ein neues Design nur schrittweise umsetzen. Ein Relaunch der Website ist für März 2002 geplant.

Die Entwicklung ausgewählter Indexgruppen des Preisindexes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Land Brandenburg seit 1995

Kennzeichnend für die Entwicklung der Preise in den letzten 10 Jahren war, dass unmittelbar nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Preissprünge von über 10 Prozent zu verzeichnen waren, sich danach die Preiszunahmen deutlich verlangsamten, aber ab dem Jahr 2000 wieder ein deutlicher Preisschub zu vermerken ist. Dieser Trend setzte sich im ersten Halbjahr 2001 verstärkt fort, so dass die Höhe der Teuerungsraten wieder ein ähnliches Niveau wie 1994 erreichte. Waren es zu Beginn der 90er Jahre vor allem administrierte Preise wie Mieten, Tarife für das Wohnen und Dienstleistungen, welche die Preisentwicklung forcierten und sich in den Folgejahren beruhigten, so sind ab dem Jahr 2000 Preise für Güter, die in Zusammenhang mit der ökologischen Steuerreform und dem Rohölmarkt stehen sowie die Nahrungsmittel maßgebliche Preistreiber.

Vorbemerkungen

Der Preisindex für die Lebenshaltung vermittelt Aussagen über die Preisentwicklung der Waren und Leistungen des Privaten Verbrauchs, die entscheidend für die Beurteilung der Kaufkraft bzw. den Kaufkraftverlust des Geldes für den Verbraucher sind. Damit ist er ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Preisstabilität. Weiterhin wird der Preisindex für die Lebenshaltung als Maßstab bei Tarifverhandlungen und für privatrechtlich vereinbarte, laufende Geldleistungen (Wertsicherungsklauseln) genutzt.

Grundlage der monatlichen Indexberechnung sind ein Warenkorb, das Wägungsschema und monatlich ermittelte Einzelpreise.

Der Warenkorb stellt eine Auswahl von Waren und Leistungen aus der Vielzahl des dazu vorhandenen Angebots dar, die stellvertretend den gesamten Privaten Verbrauch repräsentieren. Er umfasst gegenwärtig rund 750 Waren und Leistungen.

Das Wägungsschema beinhaltet die Ausgabenanteile der im Warenkorb enthaltenen Waren und Leistungen an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte für die Lebenshaltung. Somit wird jeder einzelnen Ware und Leistung ein Gewicht zugeordnet, mit dem ihre Preisentwicklung in den Gesamtindex eingeht. Abgeleitet werden diese Gewichte aus den Ergebnissen der alle fünf Jahre stattfindende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den monatlich durchzuführenden Laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Da die Verbraucherpreisindizes nach der Laspeyres - Formel berechnet werden, bleiben das Wägungsschema und auch der Warenkorb über einen bestimmten Zeitraum konstant. Um den sich ändernden

Verbrauchsverhältnissen privater Haushalte und den neuesten technischen und modischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, wird sowohl die Auswahl der repräsentativen Waren und Leistungen als auch ihre Gewichte etwa alle fünf Jahre aktualisiert.

Die Preiserhebung im Land Brandenburg umfasst derzeit rund 24 300 Einzelpreise für etwa 650 repräsentative Waren und Leistungen des Privaten Verbrauchs, deren Entwicklung monatlich zu beobachten ist. Diese Preise werden Mitte des Monats überwiegend von Erhebungsbefragten, teils aber auch auf postalischem Wege direkt durch den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg in 14 Berichtsgemeinden bei ausgewählten Einzelhandelsgeschäften, Dienstleistungsbetrieben, Vermietern und Mieterne erfragt. Aus den ermittelten Einzelpreisen werden je Ware und Leistung Gemeinde-durchschnittspreise und daraus Landesdurchschnittspreise (ungewogenes arithmetisches Mittel) berechnet. Aus den Landesdurchschnittspreisen werden Messzahlen auf der Basis 1995 je Position errechnet, die mit den für die neuen Bundesländer ermittelten Gewichten zu Indexuntergruppen, Indexgruppen, Indexhauptgruppen und zum Gesamtindex aggregiert werden. Neben den Landes-messzahlen werden auch Messzahlen für zentral durch das Statistische Bundesamt erhobene Preise für Waren und Leistungen mit bundeseinheitlicher Preisentwicklung in die Indexberechnungen einbezogen.

Ab Januar 1999 basiert die Berechnung der Preisindizes nicht mehr auf der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA) aus dem Jahr 1993, sondern auf der internationalen Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums (COICOP - Classification of individual consumption by purpose).

Entwicklung der Verbraucherpreise seit 1995

Die Verbraucherpreise im Land Brandenburg sind von 1995 bis 2000 gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 6,5 Prozent angestiegen. Waren in den Jahren 1996 bis 1997 noch Zunahmen der Preise von 1,4 und 2,0 Prozent zu verzeichnen, so ist für die beiden darauffolgenden Jahre eine moderate Preisentwicklung mit jährlichen Teuerungsraten deutlich unter der Ein-Prozent-Marke festzustellen. Beeinflusst wurde dieser Trend hauptsächlich durch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke und den Verfall der Preise rund um das Telefonieren. Insgesamt gesehen kann für den Verbraucher in den Jahren 1998 und 1999 eine günstige Entwicklung vermerkt werden.

Preiserhöhungen in ausgewählten Bereichen der Lebenshaltung wurden durch Preissenkungen in anderen Bereichen aufgehoben oder wesentlich gedämpft.

Die günstige Entwicklung der Vorjahre wurde aber im Jahr 2000 beendet. Die starken Preisbewegungen auf dem Mineralölmarkt führten zu einer deutlichen Verteuerung der vom Rohöl abhängigen Produkte. Die Preise ausgewählter Energieträger wie Gas, Heizöl und Fernwärme sowie Kraftstoffe stiegen überdurchschnittlich an. Sie führten neben Preiserhöhungen für Bildungs-, Gesundheitspflege- und Reiseausgaben sowie Versicherungsdienstleistungen zu einer Preissteigerung im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 2,0 Prozent.

Für die ersten sechs Monate des Jahres 2001 ist eine weitere deutliche Verteuerung (+ 3,2 Prozent) der Lebenshaltung festzustellen. Sich fortsetzende Preiszunahmen bei o. g. Energieträgern und der Preisschub auf dem Nahrungsmittelsektor, der vordergründig durch die BSE-Krise hervorgerufen wurde, bedingen diese Entwicklung.

In den folgenden Ausführungen sollen die Preisveränderungen ausgewählter Indexgruppen näher beleuchtet werden, die mit ihrer Entwicklung auch die des Preisindex für die Lebenshaltung nachhaltig beeinflussten. Dazu zählen insbesondere Nahrungsmittel, wichtige Energieträger wie Strom, Gas, Heizöl sowie die Anschaffung und der Unterhalt von Kraftfahrzeugen (Kraftfahrerpreisindex).

Nahrungsmittelpreise

Die Nahrungsmittel sind eine bedeutsame und entscheidende Ausgabengruppe für den privaten Haushalt. Innerhalb des Preisindex für die Lebenshaltung werden diese Preisbewegungen mit einem hohen Wägungsanteil (127,00 Promille) verrechnet. Kennzeichnend für die mittelfristige Betrachtung seit 1995 ist, dass sie mit eher moderaten Teuerungsraten eine dämpfende Wirkung auf die Gesamtindexentwicklung genommen haben. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel im Land Brandenburg sind von 1995 bis zum Jahr 2000 lediglich um 0,7 Prozent angestiegen.

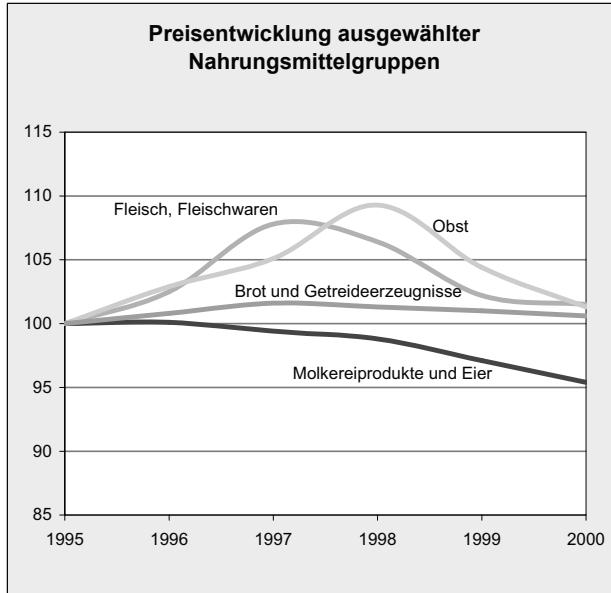
Entwicklung der Verbraucherpreise im Land Brandenburg nach Waren- und Leistungsgruppen

Hauptgruppen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
	1996	1997	1998	1999	2000
	Prozent				
Gesamtlebenshaltung	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,0
Nahrungsmittel und alkoholische Getränke	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,8	- 2,0	- 0,9
alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0
Bekleidung, Schuhe	+ 0,3	-	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 3,1	+ 2,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 3,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,4
Gesundheitspflege	- 0,1	+ 15,1	+ 9,2	- 8,4	+ 0,9
Verkehr	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,2	+ 2,7	+ 5,8
Nachrichtenübermittlung	+ 0,8	- 3,0	- 0,4	- 0,9	- 4,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,6	+ 2,8	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2
Bildungswesen	+ 3,0	+ 9,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 6,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,1
andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,1

Entwicklung der Nahrungsmittelpreise im Land Brandenburg (1995 = 100)		
Jahr	Indexstand	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
		Prozent
1995	100,0	x
1996	101,0	+ 0,1
1997	102,6	+ 1,6
1998	103,3	+ 0,7
1999	101,5	- 1,7
2000	100,7	- 0,8

Die Zusammenstellung zeigt, dass insbesondere in den Jahren ab 1998 eine nachhaltige Verbilligung der Preise auf dem Nahrungsmittelsektor einsetzte. Insbesondere für Fleisch und Fleischwaren, Molkereiprodukte, Obst sowie Brot- und Getreideerzeugnisse sind Preisrückgänge für den Betrachtungszeitraum zu verzeichnen.

Die stabilisierende Wirkung der Nahrungsmittelpreise auf die Gesamtindexentwicklung der letzten Jahre wandelte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2001 in eine preistreibende Wirkung um. Bereits ab Oktober 2000 war eine spürbare stetige Verteuerung auffallend, die dann besonders zu Beginn des Jahres 2001 zu einem deutlichen Preisauftrieb führte. Diese Tendenz wurde hauptsächlich durch die Auswirkungen der BSE-Krise verstärkt. So führte der Preisschub für Fleisch und Fleischwaren für das erste



Halbjahr 2001 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs zu einer Teuerung von über 12 Prozent für diese Indexgruppe. Bedeutend höhere Preise musste der Verbraucher für Schweinefleisch, Geflügelfleisch sowie Fleisch- und Wurstwaren bezahlen. Aber auch die Rindfleischpreise erhöhten sich stark.

Teuerungsraten im Land Brandenburg im 1. Halbjahr 2001			
Indexgruppe	Indexstand		Veränderung 1 Hj. 2001 gegenüber 1. Hj. 2000
	Dezember 2000	Juni 2001	
	1995 = 100		Prozent
Nahrungsmittel	101,4	111,6	+ 6,3
Fleisch u. Fleischwaren	103,8	118,4	+ 12,4
Rindfleisch	95,4	104,8	+ 7,5
Schweinefleisch	101,2	122,7	+ 22,5
Geflügelfleisch	93,9	107,7	+ 11,5
Fleisch- und Wurstwaren	107,7	121,6	+ 10,4
Obst	98,2	118,8	+ 10,0
Bananen	92,5	109,0	+ 12,0
Äpfel	96,7	117,6	+ 5,9
Molkereiprodukte und Eier	95,8	103,7	+ 4,0
Vollmilch	98,8	117,2	+ 5,3
Käse	93,8	100,8	+ 3,6
Butter	106,8	107,9	+ 6,0
Joghurt	98,7	103,8	+ 5,8
Gemüse	100,4	122,0	+ 6,6
Blatt- und Stielgemüse	120,8	140,9	+ 26,2
Speisekohl	89,2	139,3	+ 15,8
Knollen-, Wurzel- u. a. Gemüse	99,7	135,8	+ 13,7
Kartoffeln	67,1	167,1	+ 13,5

Aufgrund der Verunsicherungen auf dem Fleischsektor und dem verstärkten Hinwenden des Verbrauchers zu anderen Lebensmittelgruppen kann für diese auch ein deutlicher Anstieg der Preise im Land Brandenburg festgestellt werden. Vor allem Obst, Gemüse und Molkereiprodukte erhielten in den ersten sechs Monaten des Jahres 2001 einen zusätzlichen Preisschub, der zu einem deutlichen Anstieg des Preisniveaus gegenüber den Vorjahren führte.

Preise für wichtige Energieträger

Die Preisbewegungen für wichtige Energieträger - Strom, Gas, Heizöl, Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser - haben ab 1999 für den Gesamtindexverlauf im Land Brandenburg wieder entscheidend an Bedeutung zugenommen. Die Deregulierung des Strommarktes, die einzelnen Stufen der ökologischen Steuerreform und die Turbulenzen auf dem Rohölmarkt sind Prozesse, die diese Entwicklung maßgeblich beeinflussten.

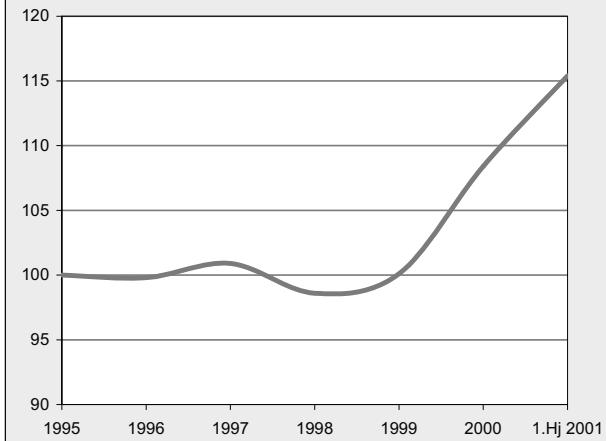
Für den Teilindex Strom ist nach den Steigerungen 1995 und davor in den Jahren 1996 und 1997 eine geringe bzw. rückläufige Veränderung zu verzeichnen. Ab April 1998 ist dann wieder eine nennenswerte Preiszunahme zu beobachten, die vor allem auf die Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen ist. Danach blieb der Strompreisindex unverändert. Zu Beginn des II. Quartals 1999 stiegen, beeinflusst durch die 1. Stufe der Ökosteuerreform, die Strompreise erheblich an. Für die letzten drei Monate des Jahres 1999 ist wieder ein Abschnitt mit Preisreduzierungen erkennbar, aber insgesamt wurde eine Teuerung für das gesamte Jahr 1999 von 5,0 Prozent gegenüber 1998 sichtbar. Preissenkungen im Januar 2000 und stabile Preise in den Folgemonaten führten dazu, dass das Preisniveau im Jahr 2000 mit 3,1 Prozent unter dem des Vorjahrs lag. Der Preisindex für Strom sank jedoch nicht unter den Stand von 1998. Im Januar 2001 sind wieder merkliche Preiszunahmen aufgrund der 3. Stufe der Ökosteuerreform festzustellen, die sich bis zum Halbjahr 2001 noch verstärkten und zu einer Teuerung von 3,2 Prozent für diesen Zeitraum führte.

Für den Verlauf der Preisentwicklung bei Gas ist seit 1995 ein auf und ab kennzeichnend, der in einen kräftigen Preisauftrieb im Jahr 2000 endete. Als durchschnittliche jährliche Teuerungsraten wurden für Gas ermittelt:

- 1996 zu 1995 Senkung um 4,2 Prozent
- 1997 zu 1996 Erhöhung um 1,8 Prozent
- 1998 zu 1997 Senkung um 4,2 Prozent
- 1999 zu 1998 Erhöhung um 1,4 Prozent
- 2000 zu 1999 Erhöhung um 16,8 Prozent

Führte im Land Brandenburg 1999 die Ökosteuer zum Anwachsen der Preise für Gas, so waren es im Jahr 2000 die Bewegungen auf dem Rohölmarkt, die die Gaspreise zu einem Preistreiber machten. Im 1. Halbjahr 2001 wurde

Entwicklung der Preise für Strom, Gas und andere Brennstoffe 1995 bis 1. Halbjahr 2001



dieser Trend noch weiter verstärkt, was die Teuerungsrate für die ersten sechs Monate dieses Jahres zum gleichen Vorjahreszeitraum von + 30,9 Prozent unterstreicht.

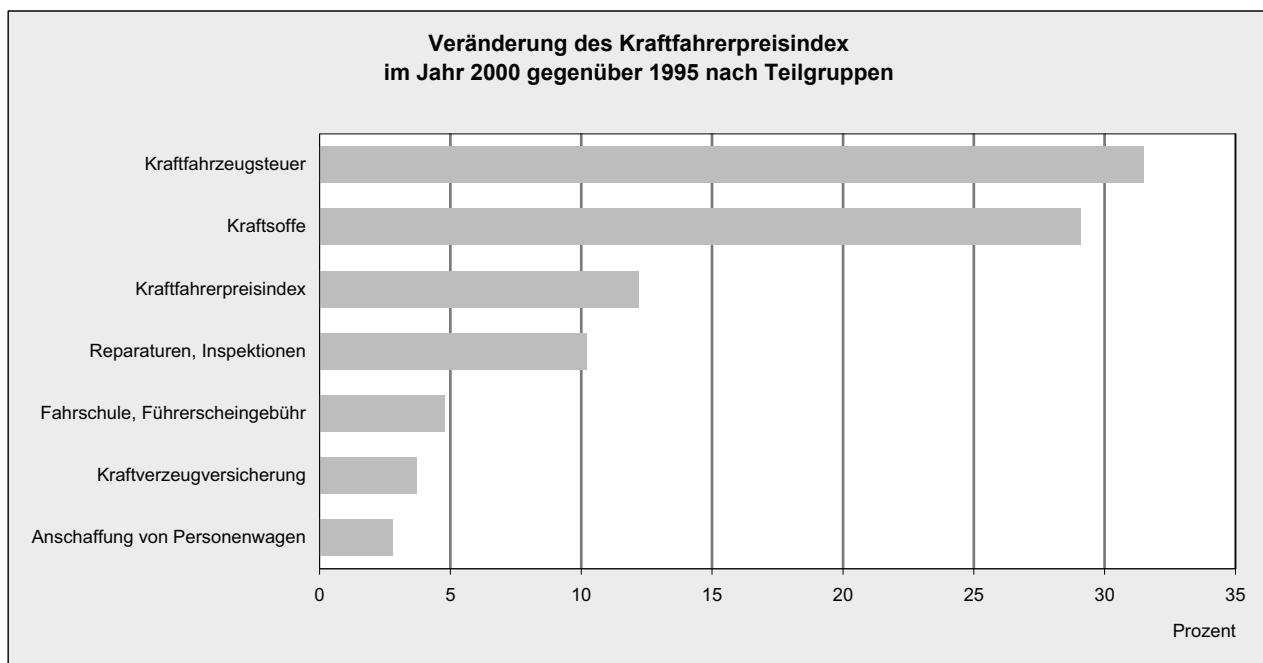
Auch der Preis für Heizöl als ein vom Rohölmarkt stark abhängiger Energieträger hat seit 1999 eine rasante Entwicklung genommen, so dass der Verbraucher im Jahr 2000 sehr viel tiefer als 1995 in die Tasche greifen musste. Um rund zwei Drittel sind die Preise in den letzten fünf Jahren im Land Brandenburg gestiegen. Die durchschnittlichen jährlichen Teuerungsraten für Heizöl entwickelten sich wie folgt:

- 1996 zu 1995 Erhöhung um 11,3 Prozent
- 1997 zu 1996 Erhöhung um 1,7 Prozent
- 1998 zu 1997 Senkung um 16,6 Prozent
- 1999 zu 1998 Erhöhung um 12,5 Prozent
- 2000 zu 1999 Erhöhung um 57,9 Prozent

Für das erste Halbjahr 2001 ist ein weiterer Preisanstieg um 15,3 Prozent zu verzeichnen.

Die Preise für die Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser haben im Jahr 2000 einen deutlichen Schub erhalten. Sind in den Jahren 1998, 1999 Preissenkungen zu beobachten, so zogen die Preise im Jahr 2000 um 12,6 Prozent zum Vorjahr deutlich an. Dies führte dazu, dass gegenüber 1995 eine Verteuerung von 7,6 Prozent eintrat. Bemerkenswert ist weiter hin, dass im ersten Halbjahr 2001 die Preise für Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser erneut massiv zugelegt haben.

Die monatlichen Teuerungen liegen für die einzelnen Monate stets über 20 Prozent, so dass für die ersten sechs Monate 2001 eine durchschnittliche Erhöhung der Preise von 23,8 Prozent errechnet wurde.



Kraftfahrerpreisindex

Rund 13 Prozent betragen die Ausgaben eines Brandenburger Haushaltes für die Anschaffung und den Unterhalt von Kraftfahrzeugen. Messlatte für deren Preisbewegung ist der Kraftfahrerpreisindex, in dem u. a. die Entwicklung der Kraftstoffpreise, Anschaffungspreise von Personenkraftwagen, Kraftfahrzeugversicherung und -steuern, Reparaturen, Inspektionen, Führerscheingebühren und Fahrschulpreise zusammengefasst sind.

Die Betrachtung der Entwicklung im Land Brandenburg von 1995 bis 2000 verdeutlicht, dass der Kraftfahrerpreisindex mit 12,2 Prozent weitaus stärker als der Preisindex für die Gesamtlebenshaltung (+ 6,5 Prozent) gestiegen ist. Für das erste Halbjahr 2001 setzte sich dieser Trend weiter fort. Vor allem die drastischen Verteuerungen bei Kraftstoffen und die Anhebung der Kraftfahrzeugsteuer führten dazu, dass Autofahren merklich teurer geworden ist.

Bis 1998 bewegten sich die Preisänderungen für Kraftstoffe in überschaubaren Grenzen. Steigende Ölpreise und die Ökosteuer führten seit 1999 zu einem deutlichen Preisschub. Erhöhten sich die Preise 1999 zu 1998 im Land Brandenburg um 7,5 Prozent, so erreichte die Teuerung für 2000 gegenüber 1999 eine Höhe von 19,9 Prozent.

Auch in den Monaten Januar bis Juni 2001 sind Preiszunahmen von 3,2 bis 16,1 Prozent zu verzeichnen, die zu einer Teuerungsrate für das erste Halbjahr 2001 von + 7,3 Prozent führten.

Entwicklung der Kraftstoffpreise im Land Brandenburg nach Kraftstoffarten

Jahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	Kraft-stoffe gesamt	Normal-benzin	Super-benzin	Diesel-kraft-stoffe
Prozent				
1996	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 6,0
1997	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,2	+ 1,7
1998	- 5,1	- 5,1	- 4,9	- 6,8
1999	+ 7,5	+ 7,4	+ 7,3	+ 10,2
2000	+ 19,9	+ 20,0	+ 19,3	+ 26,6
1.Halbj. 2001	+ 7,3	+ 7,5	+ 7,0	+ 9,3

Mehr als ein Drittel teurer waren im Juni 2001 im Vergleich zu 1995 die Kraftstoffarten Normalbenzin und Superbenzin. Für Dieselkraftstoff musste im Juni 2001 knapp die Hälfte mehr bezahlt werden als 1995.

Für das Land Brandenburg wurden folgende durchschnittliche jährliche Teuerungsraten ermittelt:

- 1996 zu 1995 Erhöhung um 0,6 Prozent
- 1997 zu 1996 Erhöhung um 9,7 Prozent
- 1998 zu 1997 Erhöhung um 9,1 Prozent
- 1999 zu 1998 Erhöhung um 6,7 Prozent
- 2000 zu 1999 Erhöhung um 2,3 Prozent
- 1.Hj 2001 zu 1.Hj 2000 Erhöhung um 28,9 Prozent

Die Kraftfahrzeugsteuer hat sich mit Stand Juni 2001 gegenüber 1995 um über zwei Drittel verteuert. Es ist in den einzelnen Jahren ein kontinuierliches Anwachsen zu ver-

zeichnen, wobei die Teuerung im Januar 2001 zum Vorjahresmonat mit 28,9 Prozent ein Höchstniveau erreichte.

Heidemarie Kluge

Eurostat Jahrbuch 2001

Der statistische Wegweiser durch Europa



Um Europa zu erkunden, Entwicklungen in Europa zu kommentieren, Entscheidungen zu treffen oder Voraussagen zu machen, sind die amtlichen harmonisierten Statistiken des Eurostat Jahrbuches 2001 eine hilfreiche Unterstützung.

Die vorliegende **6. Ausgabe** enthält wichtige Daten über die Mitgliedstaaten der EU, die Beitrittsländer und die führenden Wirtschaftspartner (EFTA-Länder, USA, Kanada und Japan) **innerhalb eines Berichtszeitraumes von 1989 bis 1999**.

NEU in dieser Fassung:

- Neue Technologie (Anzahl der PC's, Internetzähle, Mobiltelefone etc.)
- Mehr Daten über die Beitrittsländer, den Verbrauch und die Märkte
- Mehr Kommentare und Analysen
- Mehr Verweise auf die Datenbanken und ergänzenden Veröffentlichungen von Eurostat

Aus dem Inhalt:

- **Bevölkerung** (Alter, Geschlecht, Lebenserwartung, Gesundheit, Sicherheit, Familien, Grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen, Nichtstaatsangehörige, Erziehung, Unterricht, Erwerbspersonen, Verdienste, Verbrauchsausgaben, Wohnen, Einkommen)

- Bodennutzung und Umwelt (Emissionen, Luftverunreinigungen, Dünger, Schädlingsbekämpfungsmittel, Abfall, Recycling)
- Volkseinkommen und Ausgaben (Wirtschaftswachstum, Beitrag der Industrie zur gesamtwirtschaftlichen Leistung, Verbrauchsausgaben, Faktoreinkommen, Einnahmen und Ausgaben des Staates, Sozialschutz, Verbraucherpreise, Zinssätze, Zahlungsbilanz, Dienstleistungs- und Warenverkehr, Arbeitsmarkt, F & E)
- Unternehmen und Wirtschaftszweige in Europa (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie, Baugewerbe, Handel, Dienstleistungssektor, Finanzsektor, Kreditinstitute, Versicherungsdienstleistungen, Informationsgesellschaft, Energieversorgung, Tourismus, Verkehr)
- Die Europäische Union (Verbraucherpreise, Zinsen, Wechselkurse, EU-Haushalt, Binnenwirtschaft, Der europäische Markt)
- Die Beitrittsländer (Bevölkerung, Erziehung, Unterricht, BIP, Zinssätze, Verbraucherpreisindex, Einführen, Ausführen, Handelsbilanz, Arbeitslosigkeit, Lohnkosten, F & E, Industrie, Landwirtschaft, Informationsgesellschaft, Transportleistungen)

Das Eurostat Jahrbuch ist **kapitelweise als PDF-Fassung** oder als **Print-Version bzw. Mehrsprachige CD-ROM** beim Eurostat Data Shop Berlin erhältlich.

Statistisches Bundesamt

 i-Punkt Berlin/ Eurostat Data Shop
Otto-Braun-Straße 70/72
10178 Berlin

 Telefon: 0 18 88-644 94 27/ 28

 Telefax: 0 18 88-644 94 30

 Internet: <http://www.eu-datasshop.de>

Aufwendungen Brandenburger Haushalte für den Privaten Verbrauch

- Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 -

Im Jahr 1998 gab ein privater Haushalt im Land Brandenburg durchschnittlich 3 523 DM je Monat für den Privaten Verbrauch aus. Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird der Private Verbrauch nicht nur als Gesamtgröße, sondern auch in seiner Zusammensetzung nach dem Verwendungszweck nachgewiesen. Danach entfiel der größte Anteil dieser Ausgaben auf den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Der Abstand zu den Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Verkehr, sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur hat sich gegenüber der vorherigen Erhebung 1993 beträchtlich erhöht. Mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen nahmen die Anteile der Ausgaben für das Wohnen ebenso wie für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ab, die Anteile der Ausgaben für Waren und Dienstleistungen, die nicht unbedingt für die Befriedigung der Grundbedürfnisse benötigt werden, stiegen dagegen an. Einpersonenhaushalte waren deutlich stärker als Mehrpersonenhaushalte durch Wohnausgaben belastet, wendeten aber einen niedrigeren Anteil für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren auf. Auch die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers beeinflusste den Privaten Verbrauch der Haushalte. So hatten Haushalte von Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen die höchsten Ausgabenanteile für das Wohnen, die von Beamten und Selbstständigen dagegen die niedrigsten Anteile.

Vorbemerkung

Im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) werden neben den bereits ausführlich behandelten Einnahmen und Ausgaben vor allem detaillierte Zahlen über das Verbrauchsverhalten privater Haushalte bereitgestellt. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr bleiben dabei unberücksichtigt.

In den nachfolgend dargestellten Ergebnissen soll nicht nur die Höhe sondern auch die Struktur des Privaten Verbrauchs untersucht werden. Dabei werden die Angaben nach unterschiedlichen Haushaltsmerkmalen, wie z. B. Haushaltsgröße, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers oder Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens betrachtet.

Der Private Verbrauch im Sinne der EVS umfasst alle Ausgaben privater Haushalte für Käufe von Waren und Dienstleistungen. Dazu zählen auch bestimmte unterstellte Käufe, wie der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Sachleistungen von Arbeitgebern zugunsten ihrer Arbeitnehmer sowie Sachentnahmen von Selbstständigen aus dem eigenen Betrieb.

Der Private Verbrauch in diesem Sinne umfasst auch die Käufe von Sachgeschenken für haushaltsfremde Personen sowie die Ausgaben für den Garten oder die Kleintierhaltung.

Durch die Beschränkung auf die Käufe für Verbrauchsziele ist der Private Verbrauch nicht identisch mit dem tatsächlichen Verbrauch der Haushalte. Nicht berücksichtigt werden z. B. Vorratsveränderungen und Abschreibungen auf Gebrauchsgütern sowie der Verbrauch der im Haushalt erzeugten Waren und Dienstleistungen. Für letztere erscheint in den Ausgaben nur der Wert der dafür bezogenen Materialien, Zutaten usw. Nicht erfasst wird der Wertzuwachs der selbst produzierten oder zubereiteten Güter. Ebenso nicht oder nicht mit ihrem vollen Wert sind in den Ausgaben solche Waren und Dienstleistungen enthalten, die den privaten Haushalten infolge staatlicher Leistungen kostenlos oder verbilligt überlassen werden. Dazu zählen z. B. kostenlose Schulerziehung, preisreduzierte Eintrittskarten für Rentner, Studierende oder Arbeitslose. Ferner sind Einkommensübertragungen wie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und auch Sachgeschenke von anderen Haushalten nicht erfasst.

Bei der Darstellung der Aufwendungen für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken, wie er im folgenden näher betrachtet werden soll, wird von den folgenden elf Hauptgruppen ausgegangen:

- Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren
- Bekleidung und Schuhe
- Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung
- Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände
- Gesundheitspflege
- Verkehr
- Nachrichtenübermittlung
- Freizeit, Unterhaltung und Kultur
- Bildungswesen
- Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen
- Andere Waren und Dienstleistungen.

Detaillierte Ergebnisse zur Höhe, Struktur und Entwicklung der Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren werden in einem gesonderten Beitrag in Daten + Analysen dargestellt.

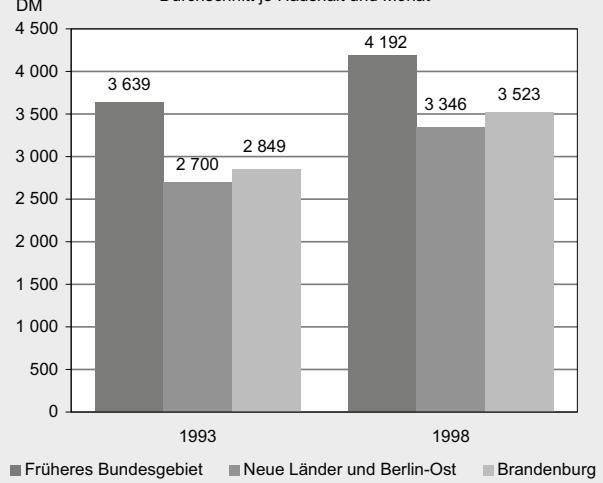
Infolge der konzeptionellen Änderungen ist der Vergleich der Ergebnisse der EVS 1998 zu 1993 in Teilbereichen eingeschränkt bzw. nur mit Umrechnungen möglich. Über die Neukonzeption der EVS 1998 wurde bereits in einer früheren Ausgabe von Daten + Analysen berichtet.¹

Aufwendungen für den Privaten Verbrauch

Im Schnitt gaben die Brandenburger Haushalte 1998 monatlich 3 523 DM für den Privaten Verbrauch aus. Das waren gut vier Fünftel (81,9 Prozent) ihrer ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen. Damit lag der Anteil der Verbrauchsausgaben etwa im Durchschnitt der neuen Länder und Berlin-Ost (81,0 Prozent), aber deutlich über dem des früheren Bundesgebietes (76,9 Prozent). Bedingt durch die immer noch unterschiedliche Höhe der Einkommen in Ost und West lagen die Konsumausgaben der Brandenburger bzw. der ost-deutschen Haushalte jedoch im Schnitt pro Monat 669 bzw. 846 DM unter denen der westdeutschen Haushalte.

Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Verbrauch nach Gebietsständen

- Durchschnitt je Haushalt und Monat -



Von 1993 bis 1998 stiegen die privaten Konsumausgaben der Haushalte an. Im Land Brandenburg betrug die Steigerung 23,7 Prozent, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 23,9 Prozent, im früheren Bundesgebiet 15,2 Prozent. Insgesamt gaben die Brandenburger Haushalte 1998 durchschnittlich pro Monat rund 670 DM mehr für den Privaten Verbrauch aus als 1993.

Verglichen mit 1993 verwendeten die Haushalte einen größeren Teil ihrer Einkommen und Einnahmen für den Privaten Verbrauch. Damals entfielen im Land Brandenburg auf die Verbrauchsausgaben im Durchschnitt monatlich 80,6 Prozent der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen. Da die Haushaltsnettoeinkommen 1998 gegenüber 1993 monatlich nur um 21,5 Prozent gestiegen sind und damit weniger zugenommen haben als die Ausgaben für den Privaten Verbrauch, konnte dessen Niveau sowohl im Land Brandenburg wie auch in Ost und West im Prinzip nur durch eine sinkende Sparquoten gesichert werden (Brandenburg 1993: 9,4 Prozent, 1998: 8,9 Prozent; Ost 1993: 12,2 Prozent, 1998: 10,8 Prozent; West 1993: 13,1 Prozent, 1998: 11,9 Prozent).

¹ Siehe Zimmer, Elke: „Neukonzeption der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ in Daten + Analysen, Heft 4/1999, S. 28 ff..

Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte nach Gebietsständen

Merkmal	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost		Brandenburg	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998
	Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM					
Haushaltsbruttoeinkommen	6 173	6 752	4 117	5 079	4 269	5 358
Haushaltsnettoeinkommen	4 959	5 346	3 389	4 059	3 487	4 235
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	5 014	5 449	3 419	4 130	3 533	4 302
Privater Verbrauch	3 639	4 192	2 700	3 346	2 849	3 523
Ersparnis	658	646	418	446	333	382

Privater Verbrauch nach dem Verwendungszweck

Gut die Hälfte der Ausgaben für den Privaten Verbrauch (51,7 Prozent) verwendeten die Brandenburger Haushalte 1998 für das Wohnen, die Ernährung und die Bekleidung, das waren durchschnittlich 1 822 DM im Monat.

Damit gaben die privaten Haushalte für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse durchschnittlich 407 DM mehr im Monat aus als 1993. Auch der dafür aufgewendete Kostenanteil am Privaten Verbrauch insgesamt ist gestiegen (1993 = 49,7 Prozent).

Die Ausgaben für das Wohnen waren auch 1998 der wichtigste Posten im Haushaltsbudget. Den zweitgrößten Anteil der Ausgaben für den Privaten Verbrauch be-

anspruchten die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ohne Verpflegung außer Haus, wie Essen und Trinken in Restaurants, Menschen, Kantinen u. ä.

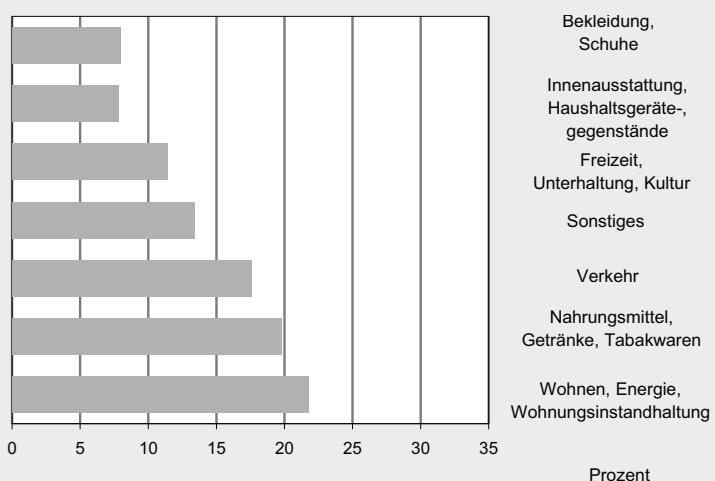
Die Aufwendungen für Güter im Bereich Verkehr bildeten 1998 den drittgrößten Bestandteil gefolgt von den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, die mit deutlichem Abstand zu den darauffolgenden Ausgabengruppen an vierter Stelle standen.

Relativ am wenigsten gaben die Brandenburger Haushalte für die Nachrichtenübermittlung (z. B. die Ausgaben für Telefon, Faxgeräte, Anrufbeantworter und Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung) sowie das Bildungswesen (z. B. Nachhilfeunterricht, Gebühren) aus.

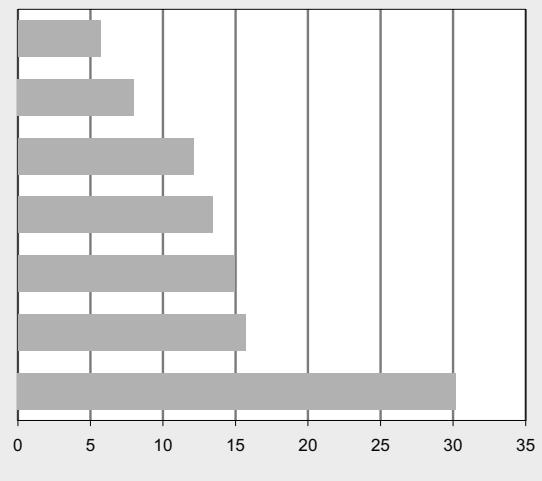
Ausgaben privater Haushalte für den Privaten Verbrauch

- Durchschnitt je Haushalt und Monat -

1993



1998



**Ausgaben privater Haushalte für den Privaten Verbrauch und deren Veränderung
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -**

Merkmal	1993		1998		Veränderung 1998 gegenüber 1993	
	DM	%	DM	%	DM	um %
Privater Verbrauch	2 849	100	3 523	100	674	23,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	565	19,8	555	15,7	- 10	- 1,8
Bekleidung und Schuhe	229	8,0	202	5,7	- 27	- 11,8
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	621	21,8	1 065	30,2	444	71,5
Innenausstattung, Haushaltsgeräte -gegenstände	223	7,8	283	8,0	60	26,9
Gesundheitspflege	52	1,8	94	2,7	42	80,8
Verkehr	501	17,6	524	14,9	23	4,6
Nachrichtenübermittlung	58	2,0	88	2,5	30	51,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	326	11,4	425	12,1	99	30,4
Bildungswesen	18	0,6	13	0,4	- 5	- 27,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	149	5,2	139	3,9	- 10	- 6,7
andere Waren und Dienstleistungen	107	3,8	136	3,9	29	27,1

Auch im Land Brandenburg ist Ende der neunziger Jahre ein Wandel in der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte festzustellen. Dieser vollzog sich wie in allen neuen Bundesländern allerdings innerhalb eines viel kürzeren Zeitraumes und dadurch deutlicher sichtbar. Im früheren Bundesgebiet war dies bereits mit Beginn der neunziger Jahre zu beobachten.

Die Ausgaben für die Ernährung haben 1998 gegenüber 1993 deutlich an Gewicht verloren, während die Ausgaben für das Wohnen nicht nur nach wie vor den wichtigsten, sondern auch einen zunehmend wachsenden Posten im Budget privater Haushalte darstellten.

Nicht unbedeutend gestiegen sind auch die Ausgaben für die Gesundheitspflege und die Nachrichtenübermittlung, wofür die Haushalte zwar auch 1998 sehr wenig aufwenden, deren Gewichte sich im Haushaltsbudget aber ebenfalls geändert haben.

Ausgaben für das Wohnen

Etwa zwei Drittel der gegenüber 1993 gestiegenen Ausgaben der Brandenburger Haushalte für den Privaten Verbrauch sind für das Wohnen verwendet worden. 1998 machte dieser Ausgabenanteil bereits knapp ein Drittel aller Konsumausgaben aus, 1993 waren es gut ein Fünftel.

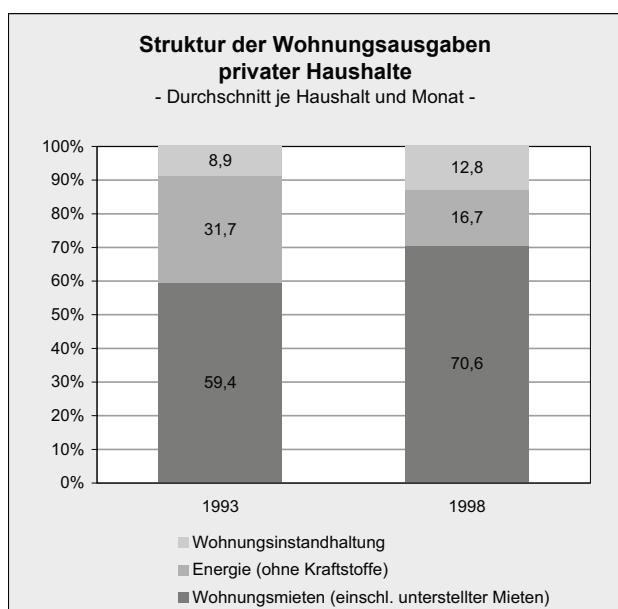
Die Ausgaben für das Wohnen umfassen Mieten, Ausgaben für Energie und für die Wohnungsinstandhaltung. Die EVS weist die gezahlten Mieten einschließlich kalter Be-

triebskosten (z. B. Müllabfuhr- und Abwassergebühren), jedoch ohne Heizung und Warmwasser, aus. Für Haushalte, die in ihren eigenen vier Wänden wohnen, wird eine sogenannte unterstellte Miete berechnet, die im Wesentlichen nach der Wohnunggröße bestimmt wird.

**Ausgaben privater Haushalte
für das Wohnen
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -**

Merkmal	1993		1998		Verän- derung 1998 gegen- über 1993	
	DM	%	DM	%	DM	um %
Wohnausgaben insgesamt	621	100	1 065	100	444	71,5
Wohnungs- mieten	369	95,4	752	70,6	383	103,8
Energie	197	31,7	178	16,7	- 19	- 9,6
Wohnungs- instand- haltung	55	8,9	136	12,8	81	147,3

Erkennbar ist, dass die Ausgaben für das Wohnen von den Wohnungsmieten dominiert werden. Gut zwei Drittel der Wohnkosten entfielen 1998 auf die Wohnungsmiete. Diese hat sich gegenüber 1993 mehr als verdoppelt. Auch ihr Anteil am Privaten Verbrauch insgesamt hat deutlich zugenommen. Waren es 1993 noch 13,0 Prozent aller Konsumausgaben, so waren es 1998 bereits 21,3 Prozent.



Die Ausgaben für Wohnungsmiete im Land Brandenburg lagen etwa im Durchschnitt der neuen Länder und Berlin-Ost. Unterschiede bestanden nach wie vor zu den Ausgaben im früheren Bundesgebiet sowohl in der absoluten Höhe als auch nach dem Anteil am Privaten Verbrauch.

Haushalte im früheren Bundesgebiet setzten 1998 für Wohnungsmiete im Schnitt monatlich 1 041 DM ein (24,8 Prozent des Privaten Verbrauchs, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 715 DM (21,4 Prozent). Ursachen dieser Unterschiede sind ein niedrigerer Anteil an Eigentümerhaushalten im Osten, kleinere Wohnungen und zum Teil noch weniger Komfort.

Zu den Ausgaben für das Wohnen zählen außer den Mietzahlungen auch Ausgaben für Energie, d. h. für Strom, Gas u. a. Brennstoffe einschließlich Umlagen für Heizung und Warmwasser. Dafür verwendeten die Brandenburger Haushalte 1998 weniger Geld als 1993. Dies ist z. B. zurückzuführen auf den Einsatz moderner und günstigerer Heiztechniken, verstärkt angebrachte Wärmedämmungen und den Einsatz energiesparender Haushaltsgeräte. Hinzu kommt 1998 starker gesunkene Gas- als gestiegene Strompreise.

Zu den Wohnkosten gehören des weiteren Aufwendungen für die Wohnungsinstandhaltung. Dafür gaben private Haushalte im Land Brandenburg 1998 durchschnittlich im Monat mehr als das Doppelte aus als 1993. Zu be-

rücksichtigen ist dabei, dass Haushalte, die im eigenen Heim wohnen um ein Vielfaches höhere Beträge für Käufe von Tapeten, Farben, Schönheitsreparaturen u. s. w. einzusetzen als Mieterhaushalte.

Ausgaben für Verkehr

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Verkehr bildeten im Land Brandenburg auch 1998 mit 14,9 Prozent den drittgrößten Ausgabenposten im Haushaltsbudget. Nicht enthalten hierbei sind die Ausgaben für Versicherung und Steuern von Kraftfahrzeugen². Verglichen mit 1993 (17,6 Prozent) war ihr Anteil am Privaten Verbrauch zwar rückläufig, absolut gaben die privaten Haushalte jedoch im Schnitt monatlich dafür mehr Geld aus als 1993.

Sowohl relativ als auch absolut betrachtet lagen die Verkehrsausgaben der Brandenburger Haushalte auch 1998 deutlich über denen der neuen Länder und Berlin-Ost (464 DM, 13,9 Prozent).

Gegenüber den Haushalten im früheren Bundesgebiet verwendeten die Brandenburger 1998 zwar absolut weniger Geld für den Verkehr (früheres Bundesgebiet: 566 DM), der Anteil am Privaten Verbrauch war jedoch auch hier höher (früheres Bundesgebiet 13,5 Prozent).

Der überdurchschnittliche Anteil der Brandenburger Verkehrsausgaben am Privaten Verbrauch zeigt die besondere Struktur des Flächenlandes Brandenburg, in dem Mobilität eine größere Rolle spielt, als in anderen Bundesländern.

Obwohl gegenüber 1993 leicht rückläufig, bildete der Erwerb von Kraftwagen auch 1998 den größten Anteil an den Verkehrsausgaben.

Den zweitgrößten Posten bildeten die Käufe von Kraftstoffen und Schmiermitteln, die sowohl anteilmäßig als auch absolut gestiegen sind. Danach folgen die Ausgaben für die Wartung, Reparatur an Kfz, Kraft- und Fahrrädern und Ausgaben für die Inanspruchnahme von Verkehrsdiensleistungen, wozu die Beförderung von Personen und Gütern gehören.

² Diese werden entsprechend der Systematik der Einnahmen und Ausgaben „übrige Ausgaben“ zugeordnet

Ausgaben privater Haushalte für Verkehr - Durchschnitt je Haushalt und Monat -						
Merkmal	1993		1998		Verän- derung 1998 ge- genüber 1993	
	DM	%	DM	%	DM	%
Verkehrsangaben insgesamt	501	100	524	100	23	4,6
darunter						
Kraftwagen	257	51,3	262	50,0	5	1,9
Kraftstoffe und Schmiermittel	88	17,6	109	20,8	21	23,9
Wartung, Reparaturen an Kfz, Kraft- und Fahrrädern	42	8,2	61	11,6	19	45,2

In Abhängigkeit von der Haushaltsgröße stiegen die Ausgaben der privaten Haushalte für Verkehr an. Eine Ausnahme bildeten die Vierpersonenhaushalte. Danach gaben 1998 im Land Brandenburg Einpersonenhaushalte durchschnittlich 160 DM im Monat aus, Zweipersonenhaushalte fast das Vierfache (622 DM), Dreipersonenhaushalte mehr als das 4,5-fache (735 DM), und Haushalte mit fünf und mehr Personen mit 988 DM mehr als das Sechsfache eines Einpersonenhaushaltes aus. Bei Vierpersonenhaushalten betrugen 1998 die Verkehrsausgaben 682 DM monatlich.

Aufgrund der Altersstruktur der Einpersonenhaushalte verrichten diese offensichtlich eher auf den Kauf von Kraftwagen und die damit verbundenen Folgekosten für Kraftstoffe, Versicherungen, Steuern, Garagen- und Stellplatzmieten oder Reparaturen. So lagen die monatlichen-

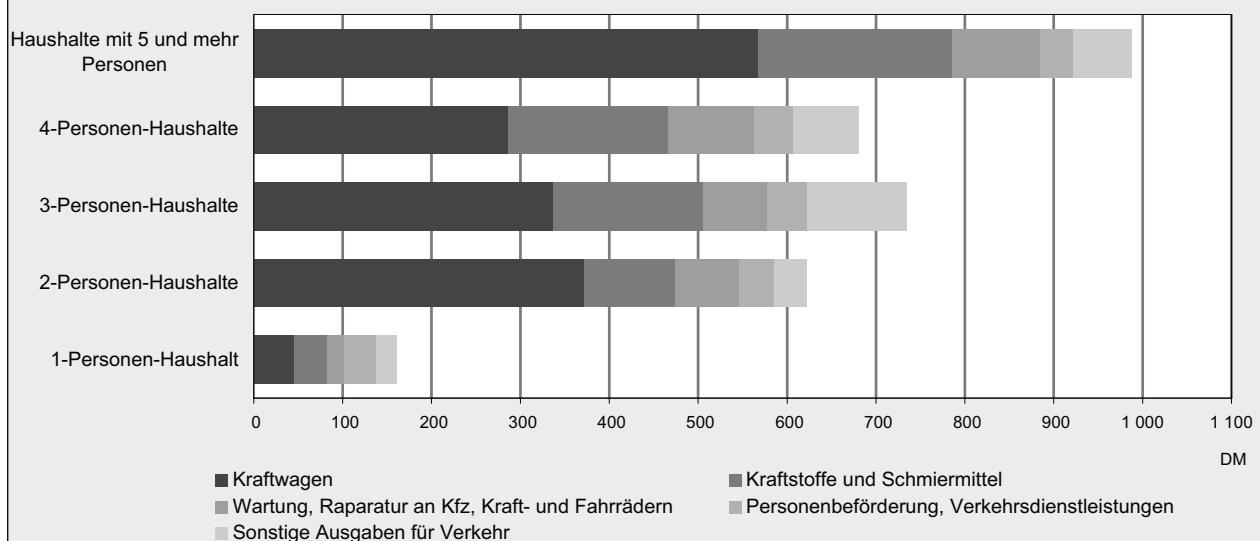
Ausgaben eines Brandenburger Haushalts von fünf und mehr Personen für die Anschaffung von Kraftwagen 1998 im Durchschnitt bei rd. 570 DM und die für Kraft- und Schmierstoffe bei rd. 220 DM. Die Ausgaben eines Einpersonenhaushaltes dafür betragen dagegen nicht einmal 50 DM bzw. 37 DM. Einpersonenhaushalte nutzten stärker die Möglichkeiten der öffentlichen Personbeförderung (36 DM). Mehrpersonenhaushalte gaben dafür monatlich nur wenig mehr aus (zwischen 39 DM und 46 DM).

Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur

Die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nehmen einen immer bedeutenderen Platz im Budget privater Haushalte ein. Gegenüber 1993 hat sich im Land Brandenburg 1998 sowohl ihr Anteil am Privaten Verbrauch von 11,4 Prozent auf 12,1 Prozent als auch ihre absolute Höhe von durchschnittlich 326 DM auf 425 DM im Monat erhöht. Zu den wichtigsten Einzelposten dieses Bedarfskomplexes gehören u. a. Pauschalreisen, Freizeit- und Kulturdienstleistungen (Ausgaben für den Besuch von Theatern, Museen, Kinos, Sportveranstaltungen, Bädern, Fitness-Studios, Rundfunk- und Fernsehgebühren u. a.), Käufe von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Ausgaben für Blumen und Gärten.

Die höchsten Ausgaben in diesem Bereich hatten die Brandenburger Haushalte 1998 für Pauschalreisen aufzuweisen. Ihr Anteil an den Freizeitausgaben insgesamt hat sich gegenüber 1993 (13,5 Prozent) mehr als Verdoppelt. Absolut betrachtet sind die monatlichen Ausgaben von 1993 bis 1998 durchschnittlich um 82 DM gestiegen (1993: 44 DM).

Struktur der Ausgaben privater Haushalte für Verkehr 1998 nach Haushaltsgröße
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -



**Ausgaben privater Haushalte für Freizeit,
Unterhaltung und Kultur 1998
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -**

Merkmal	1998	
	DM	%
Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur insgesamt	425	100
Rundfunkempfangsgeräte	8	1,9
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	14	3,3
Foto-, Filmausrüstungen und opt. Geräte	10	2,4
Datenverarbeitungsgeräte und Zubehör	19	4,5
Bild- und Tonträger	13	3,1
sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u. ä.	15	3,5
Spielwaren, Hobbys	20	4,7
Blumen und Gärten	33	7,8
Haustiere	14	3,3
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	86	20,2
Bücher	21	4,9
Zeitungen, Zeitschriften u. ä.	32	7,5
sonstige Verbrauchsgüter	7	1,6
Reparatur für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	7	1,6
Pauschalreisen	126	29,6

Den zweitgrößten Posten im Freizeitbereich bildete die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für Freizeit und Kultur. Es folgten die Ausgaben für Blumen und Gärten, dicht gefolgt von denen für Zeitungen, Zeitschriften u. ä. sowie Spielwaren und Hobbys

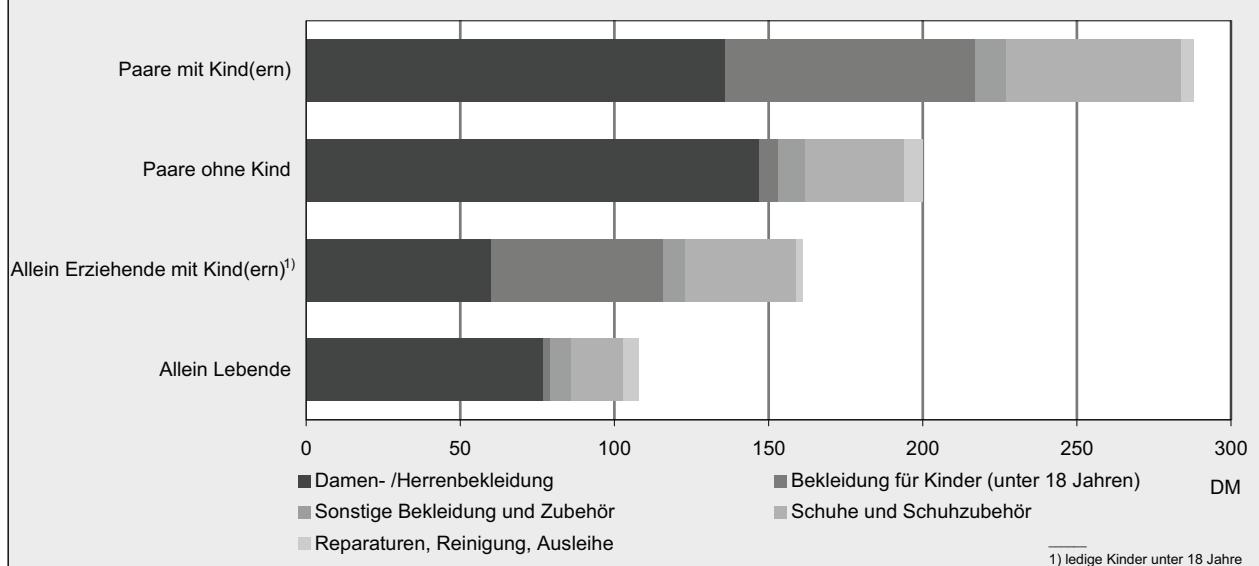
Ausgaben für Bekleidung und Schuhe

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Bekleidung und Schuhe sind im Land Brandenburg 1998 sowohl in der absoluten Höhe als auch nach ihrem Anteil am Privaten Verbrauch gegenüber 1993 zurückgegangen. 1993 standen die Ausgaben für diesen Bedarfkomplex noch an fünfter Stelle im Haushaltsbudget (8,0 Prozent), 1998 nahmen Sie nur noch die sechste Position ein (5,7 Prozent).

Trotz dieser Entwicklung sind die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe im Haushaltsbudget nicht ganz unbedeutend, insbesondere bei Mehrpersonenhaushalten und wenn Kinder im Haushalt leben. Innerhalb der EVS wird nach Ausgaben für Damen-, Herren- und Kinderbekleidung unterschieden.

Allein Lebende gaben im Land Brandenburg 1998 durchschnittlich im Monat 107 DM für Bekleidung und Schuhe aus, wobei allein lebende Frauen mit 122 DM deutlich mehr investierten als allein lebende Männer (75 DM).

**Struktur der Ausgaben privater Haushalte für Bekleidung und Schuhe 1998
nach ausgewählten Haushaltstypen**
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -



Ausgaben privater Haushalte für Bekleidung und Schuhe - Durchschnitt je Haushalt und Monat -						
Merkmal	1993		1998		Verän- derung 1998 ge- genüber 1993	
	DM	%	DM	%	DM	um %
Ausgaben für Bekleidung und Schuhe insgesamt darunter	229	100	202	100	- 27	- 11,8
Herrenbekleidung	37	16,2	48	23,8	11	29,7
Damenbekleidung	78	34,1	81	40,1	3	3,8
Bekleidung für Kinder (unter 18 Jahren)	18	7,9	24	11,9	6	33,3

Paare ohne Kinder gaben etwa das Doppelte aus (199 DM). Gehörten Kinder zum Haushalt von Paaren, betragen die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe 288 DM und lagen damit um 44,7 Prozent höher als bei Paaren ohne Kinder. Allein Erziehende hatten mit rund 160 DM die niedrigsten Ausgaben für Bekleidung und Schuhe. Für Kinderbekleidung verwendeten diese Haushalte monatlich 27 DM weniger als Haushalte von Paaren mit Kindern (81 DM).

Einflussfaktoren auf Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs

Die Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs der Haushalte sind das Ergebnis einer Reihe von Einflussfaktoren. Im Wesentlichen wird der Private Verbrauch durch die den privaten Haushalten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bestimmt. Diese wiederum werden maßgeblich durch den Erwerbsstatus determiniert. Weitere Einflussfaktoren sind Haushaltsgröße und -typ, sowie Alter, Bildungs- und Gesundheitszustand der

im Haushalt lebenden Personen. Aber auch Wohnbedingungen oder anerzogene Lebensgewohnheiten können Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs beeinflussen. Im Folgenden sollen einige wesentliche Hauptursachen für die Verbrauchsstrukturen, nämlich das Einkommen, die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers und die Haushaltsgröße näher betrachtet werden.

Privater Verbrauch nach dem Haushaltsnettoeinkommen

Hauptursache für die Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs der Haushalte ist das Haushaltsnettoeinkommen. Dabei wird deutlich, dass Haushalte mit geringem Einkommen nach Befriedigung der Grundbedürfnisse (Ernähren, Kleiden, Wohnen) kaum noch freie Mittel für andere Käufe haben. So mussten Haushalte in der untersten Einkommensklasse im Land Brandenburg 1998 mehr als die Hälfte ihrer ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen (60,7 Prozent) und auch ihres Privaten Verbrauchs (60,8 Prozent) dafür aufwenden. Dagegen hatten die Haushalte mit dem hier betrachteten größten Haushaltsnettoeinkommen einen mehr als fünfmal so hohen Privaten Verbrauch, aber nur 23,8 Prozent ihrer ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen bzw. 42,0 Prozent des Privaten Verbrauchs für diesen Grundbedarf aufzubringen.

Während die Haushalte mit hohem Einkommen den dreifachen Betrag für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, wie die Haushalte mit geringem Einkommen, sind die Anteile dieser Ausgaben mit steigendem Einkommen gesunken. Noch deutlicher waren die Unterschiede bei den Ausgaben für das Wohnen.

Andererseits war festzustellen, dass mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen die Anteile der Aufwendungen für Verkehr sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur tendenziell deutlich angestiegen sind. So gaben gutsituerte Haushalte hierfür fast das Fünfzehnfache bzw. das Sechsfache aus als die Haushalte mit geringem Haushaltsnettoeinkommen.

**Ausgaben privater Haushalte für den privaten Verbrauch 1998
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -**

Merkmal	Haushalte insgesamt	davon mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... DM						
		unter 1800	1800-2500	2500-3500	3500-5000	5000-7000	7000-10000	10000-35000
DM								
Privater Verbrauch	3 523	1 464	2 036	2 613	3 798	4 839	6 040	7 453
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	555	261	346	477	638	723	808	(799)
Bekleidung und Schuhe	202	(70)	110	147	216	284	378	(428)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	1 065	559	675	897	109	1 368	1 760	(1 906)
Wohnungsausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	283	(106)	131	189	344	384	501	(579)
Gesundheitspflege	94	(49)	64	81	88	122	185	(224)
Verkehr	524	(130)	182	233	571	824	1 029	(1 920)
Nachrichtenübermittlung	88	56	73	73	90	107	134	(1 469)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	425	146	277	313	444	610	725	(875)
Bildungswesen	13	/	/	5	(10)	25	(31)	(41)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	139	(31)	86	93	140	213	283	(282)
andere Waren und Dienstleistungen	136	(61)	87	106	149	180	225	(255)
Prozent								
Privater Verbrauch	100	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	15,7	17,8	17,0	18,2	16,8	14,9	13,4	(10,7)
Bekleidung und Schuhe	5,7	(4,8)	5,4	5,6	5,7	5,9	6,3	(5,7)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	30,2	38,2	33,1	34,3	29,2	28,3	29,1	(25,6)
Wohnungsausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	8,0	(7,3)	6,4	7,2	9,0	7,9	8,3	(7,8)
Gesundheitspflege	2,7	(2,8)	3,1	3,1	2,3	2,5	2,7	(3,0)
Verkehr	14,9	(8,9)	8,9	8,9	15,0	17,0	17,0	(25,8)
Nachrichtenübermittlung	2,5	(3,8)	3,6	2,8	2,4	2,2	2,2	(2,0)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,1	10,0	13,6	12,0	11,7	12,6	12,0	(11,7)
Bildungswesen	0,4	/	/	(0,2)	(0,3)	0,5	(0,5)	(0,5)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	3,9	(2,1)	4,2	3,6	3,7	4,4	4,7	(3,8)
andere Waren und Dienstleistungen	3,9	(4,2)	4,3	4,0	3,9	3,7	3,7	(3,4)

Privater Verbrauch nach der sozialen Stellung des Haupt-einkommensbeziehers

Brandenburger Haushalte von Selbstständigen und Beamten hatten 1998 45 Prozent ihres Privaten Verbrauchs für die Nutzung ihres Grundbedarfs aufzubringen. Dagegen mussten Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenhaushalte mehr als die Hälfte ihres Verbrauchs dafür aufwenden. Die Struktur des Privaten Verbrauchs in Nichterwerbstätigenhaushalten (einschließlich Arbeitslose) unterscheidet sich von der der Arbeitnehmerhaushalte im wesentlichen durch die relativ hohen Anteile der Ausgaben für das Wohnen und den deutlich niedrigeren Anteilen der Ausgaben für Verkehr. Letzteres hängt u. a. mit der Altersstruktur dieser Personen, deren Ausstattung mit PKW deutlich geringer ist, zusammen. Zunehmend wird aus Altersgründen ganz auf einen PKW verzichtet. Durch die fehlende Erwerbstätig-

tigkeit fallen in diesen Haushalten auch keine Ausgaben für den täglichen Berufsverkehr an. Der überdurchschnittlich hohe Anteil der Wohnausgaben am Gesamtverbrauch dieser sozialen Gruppe dürfte zum Teil auf die hier überwiegend geringeren Einkommen und die kleinere Haushaltsgröße zurückzuführen sein.

Bei der Betrachtung der Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs der einzelnen sozialen Gruppen, sind auch Faktoren zu beachten, die die Vergleichbarkeit einschränken können. So ist z. B. bei den Ausgaben der Beamten für die Gesundheitspflege zu berücksichtigen, dass diese alle krankheitsbedingten Aufwendungen zu-nächst aus eigenen Mitteln finanzieren und diese erst später durch Beihilfen des Arbeitsgebers und durch Leistungen der Privat- oder Ersatzkassen weitgehend ersetzt werden. Dadurch erscheinen sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben überhöht.

**Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Verbrauch 1998 nach
der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -**

Merkmale	Haushalte insgesamt	soziale Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers (in)					
		Selbstständiger	Beamter	Angestellter	Arbeiter	Arbeitsloser	Nichterwerbstätiger
DM							
Privater Verbrauch	3 523	(5 306)	5 281	4 356	3 594	2 646	2 589
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	555	(656)	708	642	646	420	454
Bekleidung und Schuhe	202	(238)	361	279	194	140	140
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	1 065	(1 493)	1 306	1 246	1 085	871	883
Wohnungsausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	283	(367)	433	371	303	201	161
Gesundheitspflege	94	(324)	258	94	49	95	51
Verkehr	524	(1 137)	903	646	587	317	356
Nachrichtenübermittlung	88	(118)	113	102	89	72	83
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	425	(552)	739	572	359	338	287
Bildungswesen	13	/	(37)	22	(14)	(3)	(0,4)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	138	(265)	242	196	154	74	66
andere Waren und Dienstleistungen	136	(149)	182	185	115	97	113
Prozent							
Privater Verbrauch	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	15,7	(12,4)	13,4	14,7	18,0	15,9	17,6
Bekleidung und Schuhe	5,7	(4,5)	6,8	6,4	5,4	5,3	5,4
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	30,2	(28,1)	24,7	28,6	30,2	32,9	34,1
Wohnungsausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	8,0	(6,9)	8,2	8,5	8,4	7,6	6,2
Gesundheitspflege	2,7	(6,1)	4,9	2,2	1,4	3,6	2,0
Verkehr	14,9	(21,4)	17,1	14,8	16,3	12,0	13,8
Nachrichtenübermittlung	2,5	(2,2)	2,1	2,3	2,5	2,7	3,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,1	(10,4)	14,0	13,1	10,0	12,8	11,1
Bildungswesen	0,4	/	0,7	0,5	(0,4)	(0,1)	(0,4)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	3,9	(5,0)	4,6	4,5	4,3	2,8	2,6
andere Waren und Dienstleistungen	3,9	(2,8)	3,4	4,2	3,2	3,8	4,3

Privater Verbrauch nach der Haushaltsgröße

Auch in der Gliederung des Privaten Verbrauchs nach der Haushaltsgröße wurden im Land Brandenburg 1998 sowohl in der Höhe als auch in der Struktur deutlich Ausgabenunterschiede sichtbar. Insbesondere Einpersonenhaushalte waren durch die Ausgaben für die Wohnung überdurchschnittlich stark belastet. Dagegen lag der Ausgabenanteil für die Ernährung unter dem Durchschnitt aller Brandenburger Haushalte. Auffallend bei dieser Gruppe waren auch die überdurchschnittlichen Anteile der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie Gesundheitspflege.

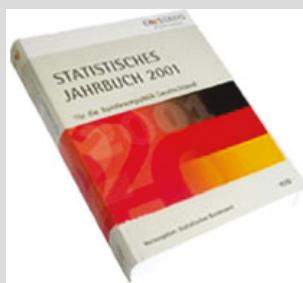
Hier wird deutlich, dass besonders Alleinstehende bereit und in der Lage waren, für den Bereich Freizeit und Reisen größere Ausgaben zu leisten. Bei den überdurchschnittlichen Aufwendungen für die Gesundheitspflege kommt der höhere Anteil älterer Menschen bei den Einpersonenhaushalten zum tragen. Für diese haben Ausgaben für den Erhalt der Gesundheit einen besonderen Stellenwert.

Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Verbrauch 1998
nach der Haushaltsgröße
- Durchschnitt je Haushalt und Monat -

Merkmal	Haushalte insgesamt	davon mit ... Person(en)				
		1	2	3	4	5 und mehr
DM						
Privater Verbrauch	3 523	1 943	3 654	4 509	4 778	5 796
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	555	279	564	695	826	(1 020)
Bekleidung und Schuhe	202	107	195	260	307	(376)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	1 065	681	1 083	1 362	1 333	(1 649)
Wohnungsausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	283	147	289	362	409	(467)
Gesundheitspflege	94	80	106	91	94	(110)
Verkehr	524	160	622	735	682	(988)
Nachrichtenübermittlung	88	68	83	113	106	(123)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	425	254	448	526	551	(650)
Bildungswesen	13	(5)	(6)	(16)	36	(37)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	139	77	126	181	234	(182)
andere Waren und Dienstleistungen	136	85	132	167	199	(194)
Prozent						
Privater Verbrauch	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	15,7	14,4	15,4	15,4	17,3	(17,6)
Bekleidung und Schuhe	5,7	5,5	5,3	5,8	6,4	(6,5)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	30,2	35,1	29,6	30,2	27,9	(28,4)
Wohnungsausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	8,0	7,6	7,9	8,0	8,6	(8,1)
Gesundheitspflege	2,7	4,1	2,9	2,0	2,0	(1,9)
Verkehr	14,9	8,2	17,0	16,3	14,3	(17,0)
Nachrichtenübermittlung	2,5	3,5	2,3	2,5	2,2	(2,1)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,1	13,1	12,3	11,7	11,5	(11,2)
Bildungswesen	0,4	(0,2)	(0,2)	(0,4)	8,0	(0,6)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	3,9	3,9	3,4	4,0	4,9	(3,1)
andere Waren und Dienstleistungen	3,9	4,4	3,6	3,7	4,2	(3,4)

Elke Zimmer

**Das Statistische
Jahrbuch 2001
für die Bundes-
republik Deutsch-
land**



ist das umfassendste statistische Nachschlagewerk, das auf dem deutschen Markt zu finden ist. Es bietet in 27 Kapiteln ausführliche Informationen zu demografischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten und Entwicklungen in Deutschland. Über die Entwicklung der Bevölkerung wird ebenso berichtet, wie über die Lage der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, über Löhne und Preise sowie die Staatsfinanzen. Angaben zum Bildungs- und Gesundheitswesen, über kulturelle Ein-

richtungen und Freizeit sowie Trends bei den Sozialleistungen und im Umweltbereich vervollständigen das Bild.

Es werden fünf Kapitel des Statistischen Jahrbuchs als kostenfreie Leseprobe vom Statistischen Bundesamt zum Download angeboten.

- Erläuterungen
- Bevölkerung
- Erwerbstätigkeit
- Bautätigkeit und Wohnungen
- Kultur, Freizeit, Sport

Format 21,5 x 25,5 cm. Gebunden.

DM 128,-/EUR 65,45

Bestell-Nr. : 1010110-01700

ISBN 3-8246-0640-2



Social and Economic Analyses of Consumer Panel Data

ZUMA-Nachrichten Spezial Band 7

Hrsg. von Georgios Papastefanou, Peter Schmidt, Axel Börsch-Supan, Hartmut Lüdtke, Ulrich Oltersdorf
Mannheim: ZUMA 2001; ISBN 3-924220-21-2
212 Seiten; CD-ROM;
Preis: 15 EURO

Eine von der Abteilung Einkommen und Verbrauch von ZUMA organisierte Arbeitsgruppe hat sich mit datentechnischem Handling und Analysepotential von komplexen Verbraucherpaneldaten, am Beispiel des ConsumerScan Haushaltspansels der Gesellschaft für Marktforschung (GfK, Nürnberg) beschäftigt und die Ergebnisse in einem Symposium im Oktober 1999 vorgestellt. Die überwiegende Zahl der vorgetragenen Arbeiten, die man als Werkstattberichte ansehen kann, sind in diesem Band 7 der ZUMA-Nachrichten Spezial abgedruckt.

Neben einem detaillierten Einblick in die Praxis und das Datenerhebungsprogramm von Verbraucherpanels, wie sie z. B. bei der Marktforschungen der GfK unterhalten werden, enthält der Band Untersuchungen zu Fragen der Flexibilität von Preisbildungsvorgängen, des Lebensstils im alltäglichen Konsums, der Gesundheitsorientierung im Konsumverhalten, der Umweltorientierung und ihrer Umsetzung im Kauf alltäglicher Haushaltungsprodukte, der Gewohnheitsbildung und Risikorientierung bei Kaufentschei-

dungen sowie der sozioökonomischen Einbettung des Kaufs spezieller Produkte wie z. B. alkoholischer Getränke. Diese Untersuchungen bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für grundlagen- und anwendungsorientierte Fragen der Konsumforschung mit Verbraucherpaneldaten.

Der Band enthält eine CD-ROM mit Dokumenten und Co-debüchern der aufbereiteten ZUMA-Verbraucherpanel-daten 1995.

Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus

ZUMA-Nachrichten Spezial Band 6

Hrsg. von Paul Lüttinger
Mannheim: ZUMA 1999,
ISBN 3-924220-17-4
ca. 400 Seiten, 25 Mark (13 €),

Im Oktober 1998 veranstaltete die Abteilung Mikrodaten von ZUMA die Konferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“, an der vorwiegend Nutzer des Mikrozensus teilnahmen. Hauptziel dieser ersten Nutzerkonferenz war es, ein Forum für den Informationsaustausch zwischen den Datennutzern und den statistischen Ämtern zu schaffen.

Die mehr als 20 Vorträge gingen deutlich über die von den statistischen Ämtern veröffentlichten Standardergebnisse zum Mikrozensus hinaus und sind weitgehend in diesem Band 6 der ZUMA-Nachrichten Spezial abgedruckt.

In dem vorliegenden Band werden jene Forschungsvorhaben vorgestellt, die sich mit der Analyse von Strukturen des Arbeitsmarktes, von Haushalten und Familien und sozialer Ungleichheit beschäftigen. Das Besondere an dem Tagungsband ist, dass in sämtlichen Arbeiten amtliche Mikrodaten (Individualdaten) als Datenbasis verwendet wurden, wie sie im Rahmen der jährlichen Mirozensuserhebung der amtlichen Statistik in Deutschland vorliegen. Mit dem Start eines von GESIS und dem Statistischen Bundesamt initiierten Pilotprojektes in dem beginnend mit Daten des Mikrozensus des Jahres 1995 sowie mittlerweile auch weiteren amtlichen Datenbereiche (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) als Scientific-Use-File der Forschung zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt wurde, war es möglich, die amtlichen Daten zu Forschungszwecken zu verwenden.

H.J. Hoffmann



Praktische Statistik mit SPSS

Werner Voß

Hanser Verlag, 2. aktualisierte Auflage

März 2000, 366 Seiten, CD-ROM

Paperback, 279 s/w-Abbildungen

ISBN 3-446-21338-4

DM 79,80 / ÖS 583,00* / SFR 70,00 / EURO 40,80

Mit dem leistungsfähigen Programm SPSS können auch umfangreiche Datenbestände statistisch ausgewertet und analysiert werden. Die Nutzung seiner Möglichkeiten setzt jedoch einige statistische Grundkenntnisse voraus. Deshalb werden in diesem Buch die für die Praxis relevanten Methoden der Statistik besprochen:

- Berechnung statistischer Maßzahlen
- Analyse statistischer Zusammenhänge
- Testverfahren
- Schätzmethoden
- Multivariate statistische Analyseverfahren

Der Autor verzichtet weitgehend auf den statistisch-mathematischen Formelapparat. Er zeigt vielmehr an anschaulichen Beispielen, wie SPSS beim Einsatz der verschiedenen Verfahren genutzt wird. Die einzelnen Arbeitsschritte werden mit vielen Abbildungen illustriert. Alle Beispiele des Buches sind auf der beiliegenden CD-ROM enthalten und damit besonders einfach nachvollziehbar.

Allen, die statistische Daten auswerten, sei es im beruflichen oder im privaten Umfeld, wird dieses Buch eine nützliche Hilfe sein. Sie werden die statistischen Methoden verstehen und die Ergebnisse sachgerecht zu interpretieren.

Die zweite Auflage basiert auf der SPSS-Version 10.0.

Aus dem Inhalt:

- Was ist Statistik? (Aufgaben und Anwendung)
- Statistische Daten (Start von SPSS)
- Häufigkeitsverteilungen
- Grafische Verteilungen
- Mittelwerte
- Streuungsmaße
- Wahrscheinlichkeitsstatistik
- Regressionsrechnung
- Zusammenhangsrechnung
- Multiple Regression
- Statistische Tests für Mittelwerte
- Anpassungstests
- Nichtparametrische Tests
- Zeitreihenstatistik
- Diskriminanzanalyse
- Faktorenanalyse
- Clusteranalyse
- Logit-Analyse
- Ergänzungen
- Formelanhang
- Register

Unser Fazit: Das Buch ist nicht nur etwas für Laien oder Neulinge auf dem Gebiet der statistischen Anwendungssoftware, sondern bietet auch für Praktiker in Sachen Datenanalyse mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS ein hilfreiches und umfangreiches Kompendium der Anwendungsmöglichkeiten statistischer Datenanalyse.

H.J. Hoffmann



Fit am Computer – clever und schnell

Markt und Technik Verlag
München, 2000
Preis: 14,95 DM

Mit der Reihe „Fit am Computer – clever und schnell“ hat der Verlag „Markt + Technik“ zusammen mit dem Verlag „Dorling Kindersley“ eine Buchreihe entwickelt, die es Anfängern sehr einfach macht ohne Vorkenntnisse und große Einarbeitung mit Programmen zu arbeiten. Innerhalb kurzer Zeit kann man sich die nötigen Grundkenntnisse für das Arbeiten am PC aneignen.

Die in dieser Reihe erschienenen Bücher sind visuell ansprechend gestaltet und kommen auch durch eine klare Gliederung den Bedürfnissen von Anfängern sehr entgegen.

Bisher erschienen sind:

- Briefe mit Word
- Tabellen und Diagramme mit Word
- Tabellen mit Excel
- Tabellen gestalten und drucken mit Excel
- Präsentationen mit PowerPoint
- Digitale Fotografie
- Browsen im Web
- E-Mail
- Die eigene Website
- Start ins Internet



Access 2000 programmieren

Professionelle Anwendungsentwicklung mit Access und VBA

Ralf Albrecht; Natascha Nicol
- München :Addison-Wesley, 2000, 2. Auflage
Erscheinungsdatum: 15. Juli 2000
Gebundene Ausgabe - 1136 Seiten -+ CD-ROM
ISBN: 3-8273-1547-6
Preis: 99,90 DM

Endbenutzer und Datenbankprogrammierer, die mit Access vertraut sind und die Programmierungsumgebung von Access kennen lernen möchten, finden hier die vielfältigen Möglichkeiten erläutert, die Access zur Erstellung von Datenbankanwendungen bietet.

Ich empfehle dieses Buch jedem, der sich mit der Benutzung von Access 2000 auskennt und nun selber leistungsfähige Anwendungen entwickeln möchte. Themen sind u. a. SQL, VBA, diverse Objektmodelle sowie professionelle Anwendungsfelder wie Access-Projekte, OLE-Automatisierung etc. Das Buch bleibt auch bei komplexen Zusammenhängen stets anschaulich, übersichtlich und sehr verständlich, durch Anwendungsbeispiele ergänzt.

Es werden sämtliche Neuheiten ausführlich beschrieben und kommentiert. Sehr gut ist auch die beiliegende CD, die außer den Beispielen zu den einzelnen Themen auch noch einige andere Beispiele und sogar Add-Ins enthält.

Ilka Borgies

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im November 2001

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik - Dezernat Öffentlichkeitsarbeit - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: (0331) 39 418, E-mail: info@lds.brandenburg.de bezogen werden.

Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (Disketten, CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in DM
A IV 2 - j/00	Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2000	6,50
	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	
A VI 5 - vj 1/00	- 31.03.2000	9,50
A VI 5 - vj 2/00	- 31.06.2000	9,50
A VI 7 - m 09/01	Arbeitsmarkt September 2001	5,00
	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und deren Pendlerverhalten	
A VI 12 - vj 1/00	- am 31.03.2000	10,00
A VI 12 - vj 2/00	- am 30.06.2000	10,00
C I 3 - j/01	Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2001	4,00
C II 1 - m 09/01	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland September 2001	3,50
C III 1/1 - 2j/01	Viehzählung Allgemeine Erhebung Pferde, Rinder, Schafe, Schweine und Geflügel 03. Mai 2001	
	- Vorläufiges Ergebnis	5,50
C III 2 - m 09/01	Schlachtungen und Fleischerzeugung September 2001	3,50
	Milcherzeugung und Milchverwendung	
C III 3 - m 05/01	- Mai 2001	3,00
C III 3 - m 06/01	- Juni 2001	3,00
D I 2 - vj 3/01	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten 01.07. - 30.09.2001	6,50
E I 1; 3 - m 09/01	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	
E I 2 - m 09/01	- Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex September 2001	7,50
	- Produktionsindex September 2001	4,00
E II 1 - m 09/01	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)	
E II 2 - j/01	- September 2001	5,00
	- Ergebnisse der Totalerhebung 2001	4,50
E III 2 - j/01	Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe) 2001 Ergebnisse der jährlichen Erhebung	4,00
F II 1; 2 - m 09/01	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen September 2001	5,00
G I 1 - m 09/01	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel - Messzahlen -	
	- September 2001, Vorläufige Ergebnisse	4,00
G III 1; 3 - m 08/01	Aus- und Einfuhr August 2001, Vorläufige Ergebnisse	5,50
	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr	
G IV 1 - m 08/01	- August 2001	6,00
G IV 1 - m 09/01	- September	6,00
G IV 3 - m 09/01	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen -	
	- September 2001, Vorläufige Ergebnisse	3,50
H I 1 - m 08/01	Straßenverkehrsunfälle	
H I 1 - m 09/01	- August 2001, Endgültiges Ergebnis	5,50
	- September 2001, Vorläufige Ergebnisse	2,50
H II 1 - m 09/01	Binnenschifffahrt September 2001	5,00
J I 1 - vj 2/01	Insolvenzen 01.01. - 31.06.2001	5,00
K III 3 - j/00	Kriegsopferfürsorge 2000	4,00
M I 2 - m 11/01	Preisindex für die Lebenshaltung November 2001	6,00
N I 1 - vj 3/01	Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	
	- Juli 2001	5,50
O II 2 - 5j/98	Geldvermögen und Schulden privater Haushalte 1998 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	6,00
Daten+Konjunktur 9/2001	Ausgewählte Konjunktur- und Landesdaten für das Land Brandenburg in Bild und Zahl	-

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“

Heft	Themenhefte	Preis	Heft	Querschnittshefte	Preis
1/1998	Die Entwicklung der Landwirtschaft Brandenburgs 1991 - 1997	8,00 DM	4/2000	Verkehrsunfallentwicklung 1999 Amtliche Umweltstatistik Ausländische Studierende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	8,50 DM
2/1998	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1991 - 1997 Der Außenhandel Brandenburgs 1991 - 1996	5,00 DM	5/2000	Industrieinvestitionen 1995 - 1998 Landtagswahl 1999 Tourismus 1999 Region Havelland-Fläming	10,50 DM
4/1998	Kinder in Brandenburg	8,50 DM	6/2000	Mikrozensus 1999 Insolvenzgeschehen Handwerk Umweltschutzinvestitionen	9,00 DM
2/1999	Statistischer Jahresbericht 1998	10,50 DM	7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang Sozialhilfeleistungen 1994-1999 Landwirtschaftszählung 1999 Strafvollzug Sozialer Wohnungsbau 1999	9,50 DM
3/1999	Regionen im Vergleich	12,00 DM	I/2001	Quartalsheft	8,00 DM
3/2000	Statistischer Jahresbericht 1999	12,50 DM	II/2001	Quartalsheft	8,00 DM
1/2001	Jahresbericht 2000	12,50 DM			
2/2001	„Ältere Menschen“	7,00 DM			

Verzeichnis der Brandenburger Pflegeeinrichtung en im Internet

Die Lebenserwartung in Deutschland wächst, immer mehr Menschen werden immer älter. Nicht in jedem Fall lässt sich das Leben im hohen Alter allein bewältigen, die Nachfrage nach pflegerischen Angeboten wird größer.



Am 15. Dezember 1999 wurde erstmals bundesweit eine Pflegestatistik erhoben, die u. a. Angaben über die Einrichtungen zur ambulanten und stationären Versorgung von Pflegebedürftigen liefert. Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat nun für Brandenburg ein Verzeichnis der Einrichtungen, die der Veröffentlichung zugestimmt haben, ins Internet gestellt.

unter
http://www.lbs.bb.de/service/pflege/index_p.htm

hat der Nutzer die Möglichkeit, aus 437 Pflegediensten und 218 Pflegeheimen nach den Kriterien Verwaltungsbezirk und Träger gezielt eine Pflegeeinrichtung auszuwählen. Das Suchergebnis beinhaltet alle gefundenen Einrichtungen unter Angabe von Ort und Straße.

Vor jeder Zeile mit den Angaben zur Einrichtung befindet sich ein Link „Pflegedienst“.

Ein Klick auf diesen Link öffnet eine Seite mit allen verfügbaren Informationen über diese Einrichtung, wie Adresse, Telefon, Fax, E-Mail, Internetadresse, Art der Pflegeeinrichtung, Träger und bei Pflegeheimen die Zahl sowie Art der Pflegeplätze.

Das Verzeichnis der Pflegeeinrichtungen ist auch als Broschüre oder als Excel-Datei auf Diskette erhältlich.

Ferner ist es möglich, die Publikationen beim Informationsservice des LDS käuflich zu erwerben:

 Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Postfach 60 10 52, 14467 Potsdam

 (0331) 39 575

 (0331) 39 418